

realistisch

und radikal

Das Debattenheft der
Sozialistischen Linken Nr. 8 (2018)



DIE LINKE stärken – aber wie?

Mit Beiträgen von Bernd Riexinger, Michael Vester, Lise Kula, Fabio de Masi, Volker Hinck, Ralf Krämer, Isabelle Vandré, Ursula St ger, Kerstin Wolter, Thomas Goes, Andreas Nölke, Sophie Dieckmann, Lia Becker, Jörg Schindler, Sarah Nagel, Romin Khan, Margareta Steinrücke, Ana Süssner Rubin, Kristina Rein, Katalin Gennburg, Tony Pohl, Malin Becker und Violetta Bock.

Inhalt

**realistisch
und radikal**

Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken

- 03 **Editorial**
- 04 **Bernd Rixinger** Organisieren. Verbinden. Zuspitzen.
- 06 **Lise Kula** Was wir brauchen: Klassenpolitik statt habituellem Kleinkrieg
- 08 **Fabio de Masi** Links und populär DIE LINKE stärken!
- 10 **Volker Hinck** Adieu PDS...
- 12 **Isabelle Vandré** Ende einer Volkspartei?
- 14 **Ralf Krämer** Die soziale Klassenlandschaft in Deutschland 2018
- 18 **Michael Vester** Soziale Klassen, Milieus und ideologische Lager
- 22 **Ursula Stöger** Vom Verschwinden der Ressource Solidarität
- 25 **Kerstin Wolter** Kein Nebenschauplatz.
- 28 **Sophie Dieckmann** Das ist DIE LINKE.
- 32 **Thomas Goes** DIE LINKE hat ein Problem...
- 34 **Andreas Nölke** Links und kommunitaristisch
- 36 **Jörg Schindler** Fata Morgana „Kommunitarismus“
- 38 **Lia Becker / Kerstin Wolter** Klassenkampf (queer-)feministisch, antirassistisch und populär
- 42 **Sarah Nagel** Zurück in die Zukunft - das Comeback der Labour-Party
- 44 **Margareta Steinrücke** Arbeitszeitverkürzung: Zeit für den nächsten Schritt
- 45 **Ana Süssner Rubin** Von Schweden lernen, heißt: für den 6-Stunden-Tag kämpfen
- 46 **Romin Khan** Es geht um die betriebliche Hausmacht
- 48 **Tony Pohl** „Wird Zeit, dass ihr mal kommt!“ - Organizing in Neukölln
- 50 **Katalin Gennburg** „Asyl für Obdachlose“? - Raum-Umverteilung jetzt!
- 52 **Kristina Rein / Malin Becker** Bezahlbares Wohnen als verbindendes Klasseninteresse
- 54 **Violetta Bock** Versuche linkspopulistischer Klassenpolitik in der Praxis
- 57 **Mitgliedsantrag für die Sozialistische Linke / Spenden**
- 58 **Einladung und Programm der Sommerakademie 2018**

Impressum

realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Lia Becker, Katharina Dahme, Sophie Dieckmann,
Ralf Krämer, Jakob Migenda, Jörg Schindler

Layout: Daniel Wittmer

V.i.S.d.P.: Jakob Migenda, c/o DIE LINKE – Sozialistische Linke,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Druck: Laserline, Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit dem Erscheinen des letzten SL-Debattenhefts „Klasse neu denken“ ist ein bewegtes Jahr vergangen. Als LINKE haben wir eine erfolgreiche Bundestagswahl hinter uns gebracht und erleben, wie die Partei viele neue Mitglieder gewinnt. Aber die gesellschaftlichen Herausforderungen sind groß. Wir erleben die Herausbildung eines zunehmend autoritären Kapitalismus, in dem sich neoliberale Politik mit der Aushöhlung von Demokratie und der Mobilisierung von Rassismus verbindet. Mit der Fortsetzung der GroKo kommt auch hierzulande die Sozialdemokratie nicht aus der Krise, die Rechten sind weltweit weiter im Aufschwung.

Es ist eine lebhaft und kontroverse Diskussion darüber entbrannt, wie DIE LINKE in dieser veränderten politischen Lage wachsen und stärker werden kann. Wir wollen mit diesem Debattenheft einen Beitrag dazu leisten und gleichzeitig an die Diskussion um „neue Klassenpolitik“ anknüpfen, die wir im letzten Heft begonnen haben. Denn eine stärkere Klassenorientierung und die Verankerung im Alltag der vielgestaltigen Arbeiter_innenklasse ist der Schlüssel zur Frage, wie wir DIE LINKE stärken können. Und umgekehrt: Gerade in diesen

Zeiten braucht es eine klassenorientierte Partei, die soziale Kämpfe um gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, gute Gesundheitsversorgung unterstützt und voranbringt – und dabei die umfassende Solidarität der Lohnabhängigen über die vielen Grenzen im Alltag hinweg stärkt. Aber auf dem Weg dahin sind noch viele Fragen offen, die wir in diesem Heft debattieren wollen.

Wir werden diese Fragen zum Teil nur in der Praxis beantworten können. Aber eine erfolgreiche Praxis braucht auch Diskussionsräume, Theorie und Strategien. In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen! Gerne könnt ihr uns für Gesprächsabende einladen oder mit vielen anderen Genoss_innen die Diskussion bei unserer Sommerakademie in Bielefeld fortsetzen, bei der natürlich nicht nur SL-Mitglieder, sondern alle Interessierten herzlich willkommen sind!

Wir danken der Redaktions-AG aus Lia Becker, Katharina Dahme, Sophie Dieckmann, Ralf Krämer, Jakob Miggenda und Jörg Schindler.

Viel Spaß mit dem Heft,
der BundessprecherInnenrat der SL

mehr Hefte

Du willst das Heft kostenfrei bestellen oder bei dir in der Geschäftsstelle auslegen? Dann schick uns eine Mail an info@sozialistische-linke.de und vergiss Adresse und Menge nicht. Wir freuen uns außerdem über dein Feedback zur Ausgabe oder einzelnen Artikeln.

mehr Wissen

Gerne bieten wir Abendveranstaltungen oder eintägige Workshops zum Thema Klassenpolitik bei euch vor Ort an. Melde dich bei der oben genannten Mailadresse, gerne schon mit groben Terminwünschen, und wir bemühen uns, es umzusetzen.

mehr Infos

www.sozialistische-linke.de
www.facebook.com/sozialistichelinke



Organisieren. Verbinden. Zuspitzen.

Bernd Riexinger

Eine Grundregel der Politik heißt, sich niemals kleiner zu machen als man ist. DIE LINKE steht derzeit mit um die zehn Prozent und einem starken Zuwachs an Neumitgliedern in den letzten drei Jahren außerordentlich gut da. Der nach dem Göttinger Parteitag begonnene Prozess der Stärkung des Parteaufbaus an der Basis durch Kampagnen, Schärfung unseres Profils und Weiterentwicklung unseres Programms (z.B. bei Zukunft der Arbeit, Rente, Wohnen, sozial-ökologischem Umbau), stärkere Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen trägt Früchte. Wir haben als LINKE dazu beigetragen, dass man am Thema Pflegenotstand nicht mehr vorbei kommt – und immer mehr Pflegekräfte und Menschen in sozialen Berufen kommen zu uns.

Aber wir dürfen uns darauf nicht ausruhen, sondern sollten den Prozess der Erneuerung fortsetzen. Wir erleben die Tendenz zur Herausbildung eines zunehmend autoritären Kapitalismus – auch in Deutschland. Viele alltägliche Sorgen und Nöte der Menschen werden ignoriert. Das macht es den Rechten leichter, mit Sündenböcken und Rassismus zu werben. Die SPD wird sich in der „Großen Koalition“ nicht grundlegend erneuern. Wir brauchen deshalb echte Alternativen. Als LINKE stehen wir vor der Herausforderung, zum Motor einer Veränderung der Kräfteverhältnisse zu werden, die zuerst aus der Gesellschaft heraus erwächst und perspektivisch gesellschaftliche Mehrheiten für soziale Verbesserungen und für linke Politik ermöglicht.

Das ist keine kleine Herausforderung. Die neoliberale Wende der Sozialdemokratie hat eine Lücke hinterlassen, die wir bislang nur teilweise füllen konnten. Es wäre zu einfach, anzunehmen, dass die Mehrheit der

ehemaligen SPD-AnhängerInnen eher nach links, als zur Union oder gar zur AfD tendieren würden, wenn sie nur das richtige Angebot auf der Linken fänden. Auch die Millionen Menschen, die sich resigniert oder wütend von der Politik abgewandt haben, lassen sich nicht einfach „einsammeln“.

Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut oder kommt kaum über die Runden. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten hat heute weniger oder genauso viel Einkommen wie vor zehn Jahren. Aber aus der Entwicklung zur „Abstiegsgesellschaft“ kommt noch nicht automatisch die Kraft für einen gesellschaftlichen Aufbruch nach links. Um diesen zu befördern, wird es auch nicht reichen, das soziale Profil der LINKEN in den Mittelpunkt zu stellen. Alleine mit klaren Forderungen und Botschaften, mit Talkshowauftritten und Anträgen im Parlament werden wir diesen Weg nicht gehen können. Die Menschen müssen mit uns die Hoffnung auf tatsächliche Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebenssituation verbinden.

Derzeit wird das gesellschaftspolitische Klima von den Themen und Forderungen der Rechten bestimmt. Das können wir nur ändern, wenn es gelingt, das Feld der Auseinandersetzung hin zu „Klassenfragen“ zu verschieben und dabei mehr zuzuspitzen, Gegner zu benennen (z.B. die 100 reichsten Familien, die mehr besitzen als die Hälfte der Bevölkerung; Immobilienfonds, die MieterInnen schröpfen und Familien entmieten; Aktionäre, die Krankenhäuser und Pflegeheime ihrem Renditestreben unterwerfen), realistische und zugleich an die Wurzel der Probleme gehende Alternativen ins Spiel zu bringen. Wir gewinnen, wenn wir gemeinsame Interessen der Erwerbslosen, jungen Prekären,

der Verkäuferin und des Facharbeiters, der Pflegekraft und der IT-Spezialistin, der Rentnerin und des Studenten in den Mittelpunkt stellen. So vielfältig ist die ArbeiterInnenklasse heute. Wir brauchen eine neue, verbindende Klassenpolitik. Diese ist das Herz einer zweiten Phase der Erneuerung der LINKEN. Sie ist der Schlüssel dazu, gemeinsam mehr zu werden.

Wenn es uns aus der Opposition heraus gelingt, an drei bis vier Punkten gesellschaftliche Mehrheiten von linken Alternativen zu überzeugen und mittels Kampagnen und breiten gesellschaftlichen Bündnissen auch Veränderungen durchzusetzen, sind wir einen großen Schritt weiter. Dafür sollten wir gemeinsam Schwerpunkte setzen, die auf fünf bis zehn Jahre angelegt sind.

Orga

Verbind

Organisierende Kampagnen, Arbeit in der Kommune, lernende Partei: Mit unseren bundesweiten Kampagnen zur Pflege und für bezahlbare Mieten haben wir in den nächsten Jahren die realistische Chance, mit Bündnispartnern tatsächliche Fortschritte durchzusetzen. Dabei machen wir zugleich deutlich, worum es linker Politik geht: Menschen vor Profite. Pflege, Gesundheitsversorgung und Wohnen müssen der Profitlogik entzogen, demokratischer und gemeinwohlorientiert organisiert werden.

Für eine stärkere gesellschaftliche Verankerung ist es entscheidend, dass wir die Basis in den Kreisverbänden stärken. In vielen Kreisverbänden geht es zunächst darum, neue MitstreiterInnen zu gewinnen oder Neumitglieder aktiv in die Entscheidungsfindung und politische Arbeit einzubeziehen. Dazu sollten wir den Austausch der Kreisverbände untereinander organisieren und die Bildungsarbeit vor Ort stärken. Perspektivisch geht es darum, die Arbeit in Kommunen und Stadtteilen mit Hilfe von Ansätzen des „Organizing“ so zu gestalten, dass das Gewinnen neuer Aktiver im Mittelpunkt steht. Die Labour Party mit Jeremy Corbyn hat damit gute Erfahrungen gemacht. Die Kampagne für bezahlbare Mieten kann mit Haustürgesprächen, aufsuchender Stadtteilarbeit, Stadtteilkonferenzen u.a. verbunden werden.

Gewerkschaftliche Verankerung: Neben der Pflegekampagne können wir mit einer politischen Initiative für Löhne, die für ein gutes Leben reichen (durch einen höheren Mindestlohn und allgemeinverbindliche Tarifverträge), gegen Dauerstress und für Arbeitszeitverkürzung Mehrheiten der Beschäftigten ansprechen und unsere Verankerung in den Gewerkschaften stärken.

Weitere Themen, bei denen wir gesellschaftliche Mehrheiten ansprechen können, sind gute Arbeit für alle statt Hartz IV, Investitionen in den Ausbau des öffentlichen und perspektivisch kostenfreien Nahverkehrs, in gleiche Bildungschancen für alle Kinder, in eine Infrastruktur, die Allen zu Gute kommt - besonders in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und sozialen Brennpunkten.

Um das gesellschaftliche Klima nach links zu verschieben, ist aber noch mehr notwendig. Die LINKE muss die Kraft sein, in der Neoliberale und die rechten Hetzer ihren entschiedensten Gegner finden. Wir müssen den „Kampf um die Köpfe“ führen, klare Kante gegen Rassismus und Diskriminierungen zeigen – und dabei deutlich machen, wofür die linke Alternative steht. Für Solidarität gegen einen zunehmend brutalen Kapitalismus und die Entwicklung einer Herrschaft der Superreichen. Die Solidarität derjenigen Menschen,

die diese Gesellschaft am Laufen halten, mit denjenigen, die an den Rand gedrängt, ausgeschlossen und diskriminiert werden. Es geht um die Solidarität der lohnabhängigen Klasse in ihrer Vielgestaltigkeit. Wir können mittelfristig Mehrheiten überzeugen, wenn soziale Kämpfe und fortschrittliche Bewegungen stärker werden, und es uns gelingt, unsere vielen richtigen Forderungen zu einer konkreten Alternative zum neoliberalen Exportmodell zuspitzen. Heute, 200 Jahre nach Marx' Geburtstag, ist Kapitalismuskritik kein Nischenthema mehr. Angesichts der Krise der SPD und der Richtungsauseinandersetzungen bei den Grünen sollten wir daran arbeiten, die soziale Klassenfrage und die ökologische Frage stärker zusammenzubringen. Es geht um radikale Umverteilung von Reichtum und Zeit, um gemeinwohl- statt profitorientierte Gesundheitsversorgung und Wohnen, um die Zukunft der Mobilität und die Konversion der Autoindustrie. Wir stehen vor der Herausforderung, das Erbe der Sozialdemokratie mit einer neuen verbindenden, emanzipatorischen und sozial-ökologischen Klassenpolitik anzutreten - und zugleich die Perspektive eines demokratischen Sozialismus zu konkretisieren.

Bernd Riexinger ist seit dem Jahr 2012 Parteivorsitzender der LINKEN und seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags aus dem Wahlkreis Stuttgart.

organisieren.

Zuspitzen.

den.

Was wir brauchen: Klassenpolitik statt habituellem Kleinkrieg

Lise Kula

In der LINKEN wird in letzter Zeit wieder ausgiebig eine der Kernfragen jeder sozialistischen Partei diskutiert: die Klassenpolitik. Wer den Disput mitverfolgt, erkennt schnell, dass Form und Inhalt der Diskussion an manchen Stellen eher einer polemischen parlamentarischen Debatte gleichen, als einer am Inhalt orientierten, solidarischen Auseinandersetzung. Beiträge in Strategiepapieren und sozialen Medien sind, so scheint mir, geleitet von kurzfristigen, wahltaktischen Überlegungen. Anstelle einer materialistischen Erörterung der Klassenfrage tritt eine verkürzte Gegenüberstellung habituellem und kultureller Wertesysteme. Vielmehr braucht es aber eine Diskussion um die Analyse der gegenwärtigen Klassengesellschaft sowie eine daraus resultierende politische Strategie, die sowohl kurz- als auch mittel- und langfristige Perspektiven einbezieht.

Ich möchte an dieser Stelle ein Diskussionsangebot unterbreiten, das weder auf einer wissenschaftlichen Arbeit noch auf einer ausgearbeiteten materialistischen Klassentheorie basiert. Vielleicht kann sie aber Anstoß für weitergehende Debatten werden.

Der sozialdemokratische Klassenkompromiss der 1970er kann kein Vorbild für eine Klassenpolitik im 21. Jahrhundert sein, weil erstens, die Voraussetzungen für weiterführende Kämpfe der Arbeiter*innenklasse deutlich schlechter geworden sind.

Die Zielsetzung sozialistischer Reformprojekte kann nie eine Besänftigung der dem Kapitalismus inhärenten Gegensätze sein. Sozialistische Parteien und Gewerkschaften haben einen Doppelcharakter inne: Sie sollen „die in jedem Zeitpunkte gegebenen Konjunkturen des Marktes für sich auszunutzen“ (Rosa Luxemburg). Gleichzeitig, und hier

unterscheiden sich nun Sozialdemokratie und sozialistische Parteien, können soziale Reformen nicht den Sozialismus herbeiführen. Lediglich revolutionäre Umbrüche können dem Kapitalismus den Garaus machen. Da diese nicht vom Himmel fallen, sondern immer Produkt der geschichtlichen Entwicklung von Klassenkämpfen sind, ist es Aufgabe einer sozialistischen Partei, ebene zu stärken. Ob durch Reformen oder außerparlamentarische Organisationsarbeit. Revolutionäre Realpolitik kann nie zum Ziel haben, den Kapitalismus zu zähmen, sondern die Gegensätze des Kapitalismus für Klassenauseinandersetzungen fruchtbar zu machen. Ein neokorporatistisches Reformprojekt geht deshalb meines Erachtens nach in die falsche Richtung.

Zweitens haben Globalisierung und Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt Voraussetzungen für Klassenkämpfe verändert.

Das Subjekt der Klassenkämpfe selbst hat sich, analog zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus, verändert. Der alte Klassenkompromiss wurde zu Ende des 20. Jahrhunderts unter dem Konkurrenzdruck der Globalisierung aufgekündigt. Das Akkumulationsregime veränderte sich hin zu einem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus, der sich global organisiert. Selbstredend veränderte sich seitdem die Klassengesellschaft. Die Arbeiter*innenklasse hat sich ausdifferenziert, wurde feminisiert und globalisiert. Nur noch rund 12 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der klassischen Industriebranche. In neu entstandenen, nun in die kapitalistische Verwertung eingebundenen Branchen, wie dem Care- und Erziehungsbereich, hatten weder die Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften einen Fuß in der Tür. Gleichzeitig wird die Arbeiter*innenklasse durch atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit gespalten. Migrations- und Fluchtbewegungen auf Grund von Armut oder Krieg werden dazu eingesetzt, den internationalen Druck auf die Löhne weiter zu befeuern und ganze Branchen

weiter abzuwerten. Diese hier kurz skizzierten Entwicklungen haben auf verschiedenen Ebenen etwas mit Ausbeutung zu tun: im klassischen Verständnis von kapitalistischer Ausbeutung, aber auch auf der Ebene der rassistischen und geschlechtsspezifischen Ausbeutung. Ein gegeneinander Auspielen von Identitätspolitik und Klassenpolitik ist folglich widersinnig. Eine materialistische Analyse wirft automatisch Fragen nach „Race und Gender“ auf, da diese Kategorien die Klassengesellschaft maßgeblich prägen und untrennbar mit ihr verwoben sind. Anstatt also das voneinander zu trennen, was analytisch zusammengehört, sollten Strategien diskutiert werden, wie diese Spaltung innerhalb der gesellschaftlichen und parteipolitischen LINKEN zu überwinden ist.

Ziel einer solchen Neufindung und Sammlung muss die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links sein. Eine linke Partei und außerparlamentarische Bewegungen können es dann schaffen, Solidarität innerhalb der Arbeiter*innenklasse und darüber hinaus für alle Abgehängten und Unterdrückten zu schaffen und den Boden für eine neue Gesellschaftsformation zu bereiten. Jetzt aktuell geht es allerdings zuallererst darum, Abwehrkämpfe zu organisieren, die gleichzeitig über das Bestehende hinausweisen. Aber erst wenn klar ist, wer das Subjekt der aktuellen historischen Entwicklung ist, können wir Mehrheiten organisieren. Ein Subjekt, das sich äußerlich gewandelt hat, aber die gleichen Interessen und gesamtgesellschaftlichen Ziele teilt, wie ein Industriearbeiter zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wenn wir uns fragen, wie Solidarität vermittelt werden kann, lohnt es sich, dorthin zu schauen, wo ganz konkrete politische Kämpfe ebendiese hervorgebracht haben und Sammlung statt Spaltung zur politischen Praxis wurde. Auf die Frage, wer Subcommandante Marcos, eine politische Kunstfigur, die zur Stimme des zapatistischen Aufstandes in Chiapas wurde, eigentlich sei, antwortete dieser:

Lise Kula ist Sprecherin der SL Hessen und als Kandidatin des Jugendverbands auf Platz 7 der Landesliste für die anstehenden Landtagswahlen.

„Yes, Marcos is gay. Marcos is gay in
San Francisco, black in South Africa,
an Asian in Europe, a Chicano in San
Ysidro, an anarchist in Spain, a
Palestinian in Israel, a Mayan Indian
in the streets of San Cristobal, a Jew
in Germany, a Gypsy in Poland,
a Mohawk in Quebec, a pacifist
in Bosnia, a single woman on the Metro
at 10pm, a peasant without land, a gang
member in the slums, an unemployed
worker, an unhappy student and,
of course, a Zapatista in the mountains.
Marcos is all the exploited, marginalised,
oppressed minorities resisting and saying
‘Enough’. He is every minority who is
now beginning to speak and every majority
that must shut up and listen. He is every
untolerated group searching for a way
to speak. Everything that makes power and
the good consciences of those in power
uncomfortable -- this is Marcos.“
„Ja, Marcos ist schwul. Marcos ist schwul in
San Francisco, schwarz in Südafrika,
ein Asiater in Europa, ein Mexikaner in San
Isidro, ein Anarchist in Spanien, ein
Palästinenser in Israel, ein Maya-Indianer
in den Straßen von San Cristobal, ein Jude
in Deutschland, ein Zigeuner in Polen,
ein Mohawk in Quebec, ein Pazifist
in Bosnien, eine Frau allein in der Metro
um 22 Uhr, ein Bauer ohne Land, ein
Gangmitglied in den Slums, ein arbeitsloser
Arbeiter, ein unglücklicher Student, und
natürlich ein Zapatist in den Bergen.
Marcos ist alle ausgebeuteten, marginalisierten,
unterdrückten Minderheiten, die sich wehren und sagen:
Genug! Er ist jede Minderheit, die
beginnt aufzubegehren und bei der die Mehrheit
zu schweigen und zuzuhören hätte. Er ist jede
nicht tolerierte Gruppe, die nach einem Weg sucht,
sich Gehör zu verschaffen. Alles, was der Macht und
jenen, die an der Macht sind, ein schlechtes
Gewissen bereitet – das ist Marcos.“

Links und populär DIE LINKE stärken!

Fabio de Masi

DIE LINKE hat auf dem Land verloren, gerade im Osten, und Zugewinne in den Städten. Es ist falsch, junge urbane Milieus gegen ArbeiterInnen und Arbeitslose auszuspielen. Als wir zu Zeiten Oskar Lafontaines und Gregor Gysis in den Umfragen bei 15 Prozent lagen, da waren wir in allen Milieus stark. Ich freue mich über jeden jungen Menschen, der in DIE LINKE eintritt. Was aber passiert, wenn jemand einmal seine Penthouse-Wohnung hat, lässt sich an den Grünen beobachten, die soziale Probleme nicht mehr interessieren. Und wenn wir nun bei Arbeitslosen einbüßen, bei ArbeiterInnen nah an die Werte der FDP rücken, dann ist das ein Problem. Wir müssen versuchen, diese Leute zurückzugewinnen. Die Frage ist: Haben wir noch eine Sprache, die mit dem Alltag dieser Menschen zu tun hat? Sahra Wagenknecht ist unsere populärste Politikerin. Das ist Fakt. Wer meint, sie loswerden zu müssen, kann das tun, wird DIE LINKE damit aber schwächen.

Soziale Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sind zwei Paar Schuhe: Wir wollen das Asylrecht wiederherstellen, da gibt es keinerlei Dissens. Wir sind die Fluchtverhinderungspartei, weil wir Fluchtursachen wie Regime-Change-Kriege und unfaire Handelspolitik bekämpfen. Dies bedeutet auch Hilfe vor Ort und das Recht, nicht fliehen zu müssen. Und wir wollen, dass der Staat sich um die, die hier sind, kümmert. Nicht, dass er sich billige Arbeitskräfte für Unternehmen holt, um den Rest ins Industriegebiet zu schicken. Das ist asozial, ein Geschäft mit der Not. Ein Einwanderungsgesetz fordern hingegen der Bundesverband der Deutschen Industrie, FDP, Grüne, SPD und AfD. Warum müssen wir gezielt Fachkräfte abwerben? Was wir brauchen, ist ein echtes Integrationsgesetz, um den Leuten, die hier

sind, Perspektiven zu geben und ihre Verhandlungsmacht gegenüber Arbeitgebern zu stärken.

Eine Forderung nach offenen Grenzen (und 1050 Euro) für alle hilft uns nicht. Weil es das Asylrecht schwächt bzw. abschafft. Es ist auch vollkommen unrealistisch: Wir fordern zu Recht eine erleichterte Einbürgerung. Kein EU-Land würde aber die damit einhergehende unbeschränkte Freizügigkeit innerhalb der EU für jeden Menschen auf der Welt akzeptieren. Jeder hat das Recht auf ein Leben in Sicherheit. Aber dafür müssen wir eben auch weltweit Voraussetzungen schaffen. Wir können die internationalen Krisen und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung nicht alleine über die Einwanderungspolitik eines Landes lösen. Wir müssen unsere Ressourcen auf Menschen in Not konzentrieren. Und der Staat muss auch wissen, wer im Land ist, um seine Pflicht gegenüber Menschen zu erfüllen. Schutzlose Minderjährige etwa müssen zur Schule, in den Sportverein und Deutsch lernen. Offene Arme für Menschen in Not sind richtig. Die Mehrheit der Menschen will eine sichere Heimat und nicht in Deutschland leben. So schön ist unser Wetter auch nicht. Ich höre auch Leute in der Linken sagen, der Sozialstaat ginge nicht mehr national. Aber die denken das gar nicht zu Ende. Das heißt dann: kein Sozialstaat, denn der finanziert sich aus Steuern und Abgaben. Soll Deutschland die überall auf der Welt erheben? Wir müssen bei denen sein, die von ihrer Arbeit leben müssen – ganz egal, wo jemand herkommt. Eine Welt offener Grenzen für alle heißt auch: offene Grenzen für alles. Für Geld oder Waffen. Das wird uns um die Ohren fliegen.

Eine andere Europäische Union

Zur EU: Viele finden da jetzt die Pläne von Macron gut. Doch Mac-

ron ist kein guter Europäer. Er will eine Agenda 2010 wie hierzulande, Löhne drücken, Gewerkschaften schwächen – und wofür? Für einen europäischen Finanzminister, der etwas Taschengeld verteilt, sonst aber kürzt, bis es kracht. Das ist Prostitution: Erst strippe ich, dann kriege ich dafür ein paar Euro. Er traut sich nicht, Merkel, Deutschlands Exportüberschüssen und dem Wirtschaftsnationalismus die Stirn zu bieten. Auch eine Transfer-Union würde nicht funktionieren, da die Eurozone so heterogen und die Lohnverhandlungs- und Sozialversicherungssysteme so unterschiedlich sind, dass es dafür sieben bis zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts bräuchte. In Deutschland wären das zwei Drittel des Bundeshaushalts. Und die gäbe es nicht obendrauf. Die würden an anderer Stelle gekürzt, Paris und Rom würden aus Berlin regiert.

Auch der Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung ist nicht ohne Risiken. Der Präsident der französischen Zentralbank sagte mir einst, er sei dafür. Und er sagte auch, warum: Diese Versicherung wäre niedriger als in manchen Ländern, und dann gäbe es einen Wettbewerb der Sozialsysteme. Vom portugiesischen Arbeitslosen würde dann erwartet, dass er für eine Stelle

auch nach Deutschland kommt. Die Versicherung diene dann zur Arbeitssuche. Die Arbeitgeber wollen, dass die Leute Jobs nachwandern, statt Vollbeschäftigung. Aber Menschen sind keine Amazon-Pakete. Sie haben soziale Nahbeziehungen. Ich bin sofort für europäische Mindeststeuern für Konzerne, für ein öffentliches EU-weites Investitionsprogramm und dafür, dass die EZB Investitionen finanziert, statt wie heute Geld in die Finanzmärkte zu pumpen. Aber ich würde der EU-Kommission ungern die Kompetenz über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik geben, denn dann wäre morgen das Streikrecht weg. Wenn wir per Scheckbuch verankern, dass Berlin und Brüssel die anderen Staaten regieren, dann werden die Marine Le Pens noch stärker. Ich will ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa.

Politik in Deutschland ändern!

Auch Nationalstaaten bleiben dabei für demokratische Politik wichtig. In der Steuerpolitik etwa. Denn eine europäische Mindeststeuer für Konzerne braucht die Zustimmung aller 28 EU-Mitgliedsstaaten. Wir können aber in Deutschland sofort eine Quellensteuer auf Dividenden und

Lizenzgebühren erheben, die sonst unversteuert in Steueroasen abfließen.

Hätte Martin Schulz vor der Wahl Mehrheiten genutzt und drei, vier zentrale Projekte wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung mit der Linken und den Grünen umgesetzt, hätte er sie gezwungen, sich zu Merkel oder zu sozialer Verantwortung zu bekennen. Die Große Koalition wäre geplatzt, Schulz hätte die in ihn gesetzten Hoffnungen bestärkt und auf dem Höhepunkt seiner Umfragen Neuwahlen erzwungen. Er hätte die Themen diktiert und eine Chance gehabt, die Wahl zu gewinnen. Regieren und auf Opposition zu machen, das geht so wenig, wie halbschwanger zu sein. Aber bis heute will die SPD halbschwanger sein. Wir wollen andere Mehrheiten und regieren. Aber um die sozialen Verhältnisse in Deutschland zu verändern, nicht um uns ein paar Dienstwagen zu gönnen.

Fabio De Masi ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und war 2014 - 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments. Der Text beruht auf einem Interview im Freitag vom 30.11.2017.



Adieu PDS...

Volker Hinck

DIE LINKE wächst wieder. Sie wächst bei Wahlen, aber auch bei der Zahl der Mitglieder. Sie wächst in urbanen Milieus, dort wo prekär arbeitende Akademiker_innen leben, bei jungen Menschen, durch Aktive von Bewegungen und bei Beschäftigten etwa in der Pflege. Sie wächst bei Migrant_innen. Aber in Ostdeutschland schrumpft sie. Dort verlieren die Landesverbände Mitglieder. Dafür gibt es drei wichtige Gründe:

1. Urbane Milieus fehlen

Die beschriebenen Räume und Milieus, in denen DIE LINKE bundesweit gewinnt, gibt es hier kaum. Urban ist hier wenig und ländlich viel. Junge Menschen gibt es hier wenige und diese ziehen häufig weg. Der Anteil der Akademiker_innen ist geringer als im Westen. Nennenswerte Bewegungsmomente – jenseits des Antifaschismus – gibt es kaum. Es gibt also viele strukturelle Gründe, die erklären, warum die Zahl der Eintritte in DIE LINKE gering ausfällt. Todesfälle oder altersbedingte Austritte sind dann für den Mitgliederschwund verantwortlich. Hier rächt sich, dass auch in den 1990ern kaum Mitglieder gewonnen wurden. Die PDS und auch DIE LINKE weist im Osten kaum Genossinnen und Genossen zwischen 40 und 60 Jahren auf. Das Durchschnittsalter bleibt in Folge sehr hoch und die Verankerung der Partei in vielen gesellschaftlichen Bereichen nimmt ab. Vor allem die Verankerung bei Erwerbstätigen ist am Schwinden. Wiederum weitere Faktoren, die die Partei unattraktiv machen.

2. Die PDS schwindet

Zu den strukturellen Problemen treten Entfremdungsprozesse, die in den frühen 2000ern begannen. Überdeckt von hohen Ergebnissen der PDS und LINKEN – wegen der relativ hohen Bindungskraft der PDS

in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung und den Protestwahlen gegen Hartz IV – sinkt die Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft seit langem. Vereine unter linkem Einfluss scheiden dahin, kommunale Fraktionen finden immer schwerer neue Kandidat_innen und der Kontakt mit linker Politik im Alltag schwindet. Viele Menschen fühlen sich von der LINKEN nicht mehr im selben Maße vertreten wie durch die PDS oder wurden durch Alterskohorten abgelöst, die auch in den 1990ern der Partei ablehnend gegenüber standen. Die Stammwählerschaft schwindet, mit ihr schwinden unsere traditionellen Multiplikator_innen aus ehemaligen DDR-Eliten. Diese hatten gerade auch im Plattenbau häufig organisierende Funktion, schufen alternative Medien und bauten Vereine auf. Ihre Bildungs- und Kaderhintergründe prädestinierten sie dafür. Ihre Projekte wurden und werden nicht fortgeführt. Der Status der Partei DIE LINKE als Volkspartei ist – je nach Bundesland – verloren oder in Gefahr.

3. Die Stärke der Rechten

Zu dieser eigenen Schwäche kommt das Einbrechen der AfD in viele Bereiche der ostdeutschen Gesellschaft, die in den 1990ern stark unter Einfluss der PDS standen: Kleingärten und Plattenbau sind nicht mehr notwendig unser. Gerade im ländlichen Raum und im Plattenbau stehen soziale Strukturen und Vereine enorm unter Druck. Die einzig verbliebenen Aktiven haben manchmal eine Sozialisation in rechten Strukturen hinter sich. Andersdenkende sind häufig abgewandert. Gerade im ländlichen Raum organisieren Rechte den kleinbürgerlichen Alltag. Der Thüringer Neonazi-Gastwirt Tommy Frenck – Veranstalter der Rechtsrockevents in Themar – ist dafür ein gutes Beispiel. In Dörfern, Gemeinden und Kleinststädten haben wir

es in der Folge besonders schwer. Neue Mitglieder kommen hier kaum hinzu oder sind schnell wieder weg. Hier verlangt Linkssein häufig mehr Haltung als in der Stadt.

Die LINKE wird auch im Osten merklich jünger

Und trotzdem können die ostdeutschen Landesverbände der LINKEN in gewissem Maß positiv auf das Bundestagswahljahr schauen. Sie verzeichneten – dort wo die neuen links affinen Milieus stark sind wie in den Großstädten – viele Eintritte im letzten Jahr. Die Partei ist merklich jünger geworden. Bei uns in Thüringen sind etwa 70 Prozent der Neueingetretenen unter 35 Jahre alt. Allein 2017 sank das Durchschnittsalter der LINKEN in Thüringen um 2,5 Jahre. Von den Frauen unter 35 Jahren in unserer Partei ist zudem über ein Drittel 2017 eingetreten. Besonders auffällig ist, dass sich viele junge Mitglieder auch aktiv einbringen wollen. Dies trifft nicht nur auf die 2017 hinzugekommenen Mitglieder zu, sondern auch auf diejenigen, die Jahre zuvor eingetreten sind. Kreisverbände haben neue Vorstandsmitglieder bekommen, Gruppen der Linksjugend [solid] gründeten sich gerade auch abseits der Städte und in Teilen des ländlichen Raums bilden sich neue Strukturen jüngerer Genoss_innen. Diese Veränderungsprozesse müssen wir aufnehmen. DIE LINKE muss es schaffen, den Zufluss an Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Bestrebungen erneut in gesellschaftliche Verankerung zu verwandeln.

Gerade die neuen jungen Mitglieder bergen dabei in Ostdeutschland ein ungeheures Potenzial. Sie können auf die Erfahrungen aus politischer und zivilgesellschaftlicher Arbeit zurückgreifen. Wie der Autor eines Arbeitspapiers der Otto-Brenner-

Stiftung, Jochen Roose, betont, finden sich unter 32-Jährige im Osten häufiger in Leitungstätigkeiten innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen als in Westdeutschland. Sie sind häufiger Mitglied in einer zivilgesellschaftlichen Organisation als ihre Altersgenoss_innen im Westen und insgesamt häufiger als die „Alten“ über 32-Jährigen bundesweit. Weil die Zivilgesellschaft im Osten schwächer ist und 1989 einen Neustart erlebte, spielen darin Jüngere eine bedeutende Rolle. Traditionelle Hierarchien bremsen sie nicht aus und sie haben so hohe organisatorische Kompetenzen.

Eine andere Mitgliederstruktur bringt eine andere Parteikultur

Wer mit offenen Augen in Ostdeutschland unterwegs ist, kann dies schon lange erkennen. Kultur- und Kreativarbeit sowie Soziokultur werden häufig allein von jungen Menschen getragen, Jugendverbände sind im Osten der lebendigste Teil von größeren Organisationen. Bei Mietenprotesten oder Diskussionen um Stadtentwicklung

sind es in Erfurt wie Leipzig in der Hauptsache Aktivist_innen unter 40 Jahren, die aktiv sind. Diejenigen Milieus, die dies verdichten, zeigen sich besonders deutlich in wachsenden ostdeutschen Städten wie Leipzig, Erfurt oder Potsdam. Aber die Aktivitäten bleiben nicht darauf beschränkt. Dort, wo es ihnen schmackhaft gemacht wird und Kommunen um sie werben, tragen junge Menschen Angebote in den ländlichen Raum und bilden damit ein Gegengewicht zu den dort von rechts offerierten Strukturen.

Die Partei muss ihre Erfahrungen für ihre organisatorische Verankerung nutzen und die Verbreitung sozialer, demokratischer und solidarischer Ideen darauf aufbauen. Gerade für viele ältere Genossinnen und Genossen wird dies ein endgültiger Abschied von einer Parteikultur, die lange an den Alltagsverstand vieler Ostdeutscher anknüpfte. Die Hinzukommenden passen aber oftmals nicht in die alten Strukturen der Partei. Sie beteiligen sich stattdessen

überproportional an offenen und informellen Formen, an Ideenwerkstätten, Regionalforen oder aktivistischen AGs. Sie bevorzugen Haustürwahlkampf, den viele langjährige Mitglieder ablehnen. Wir brauchen als Partei Formate, um sie zu binden und gleichzeitig das Gemeinsame zu erhalten. Sonderstrukturen reichen nicht. Die Parteikultur muss einem radikalen Wandel unterworfen werden und diskussionsfreudiger werden. Wollen wir wachsen, muss sich DIE LINKE in Ostdeutschland ändern. Sie muss ein Risiko eingehen. In den 1990ern wurde kaum Nachwuchs gewonnen und die organisatorische Zukunft nicht gesichert. Etwas, was wir uns heute nicht mehr erlauben können.

Volker Hinck ist Pressesprecher und Büroleiter der Landesvorsitzenden der LINKEN in Thüringen.



Ende einer Volkspartei?

Isabelle Vandré

DIE LINKE in Ostdeutschland verzeichnet seit Jahren einen Mitgliederückgang. Zahlreiche Neueintritte in Reaktion auf die Wahl von Trump oder auf das Erstarren der AfD vermögen diesen nicht zu kompensieren. Insbesondere auf kommunaler Ebene in ländlichen Regionen führen die sinkenden Mitgliederzahlen zu strukturellen Organisationsproblemen. Nach der Bundestagswahl vergangenen Herbst versah der Spiegel das Wahlergebnis der LINKEN mit der Überschrift „Das Ende der Ost-Partei“. Die Kernaussage: Während die Partei im Westen zulegt und damit der Prozess der Etablierung geglückt scheint, mussten die Ostlandesverbände herbe Verluste hinnehmen. Gregor Gysis Aussage von 2009, DIE LINKE sei in Ostdeutschland längst eine Volkspartei, scheint damit revidiert. Wie können wir dem begegnen und die Verankerung der LINKEN in der Fläche stärken?

Vorab: Nein, es gibt keine allgemeingültige Strategie, die den Trend kurz- oder mittelfristig umzukehren vermag. Alles was ich zu dieser dutzende Male in den Kreis- und Landesvorständen durchdiskutierten Frage beitragen kann, sind Gedankenanstöße, die aus meinen individuellen Beobachtungen und durchzechten Nächten in WG-Küchen von Genoss_innen resultieren.

Politik für die Bewegungen

Als Jugendverbandsaktivistin gehöre ich zu einer Generation von Parteimitgliedern, die lange nach der Fusion zwischen PDS und WASG zur LINKEN kam. Weder kenne ich die Politik einer der beiden Quellparteien noch den Prozess des Zusammenwachsens. Mein Zugang zur LINKEN kam aus der außerparlamentarischen Politik. Mein Anspruch ist es bis heute, sozialen Bewegungen – von Hartz-IV-Protesten über antifaschistische, antikapitalistische, globalisierungskritische Bündnisse, der Friedensbewegung bis hin zu Klimaprotesten und anderen –, eine Stimme in den Parlamenten zu geben und für einen radikalen Politikwechsel zu streiten. Wenn wir darüber diskutieren, wie wir mehr

werden, ist eine Betrachtung der Gründe, die Menschen dazu veranlassen sich bei uns zu engagieren, essenziell. Offenkundig ist es aktuell insbesondere das Erstarren rechtspopulistischer und offen rassistischer Parteien in ganz Europa, das Personen jeden Alters dazu veranlasst, in DIE LINKE einzutreten. Meiner Erfahrung nach handelt es sich dabei häufig um Menschen, die nicht gerade erst politisiert wurden. Vielmehr sind es Menschen aus unserem direkten Umfeld, die wir aus der Zusammenarbeit in Bündnissen, Geflüchteteninitiativen etc. kennen, und die sich zuvor nie veranlasst sahen, ihr ehrenamtliches, politisches Engagement an ein Parteibuch und die damit einhergehenden formellen Strukturen zu binden. So, wie es nun eine bewusste Entscheidung war einzutreten, war es bis dato auch eine, diesen Schritt nicht zu gehen. Eben weil eine Parteimitgliedschaft heute nicht den Regelfall darstellt, ist anzunehmen, dass alle, die eintreten, damit auch den Anspruch verbinden, tatsächlich aktiv zu werden. Die Frage ist nur, wie viele Freiräume ihnen durch die bestehenden Strukturen eingeräumt werden, um die eigene Form der Aktivität zu definieren und auszuleben. Schaffen wir es, ihnen einen Raum dafür zu bieten, oder saugen wir sie nur in unsere bestehenden Basis- und Kreisstrukturen auf? Das viel gezeichnete Bild der Neugenoss_innen, die bei ihrer ersten BO Sitzung dazu verpflichtet werden, mal eben das eigene Wohngebiet zu stecken, ist leider mitnichten überholt. Dass sich das häufig nicht mit den Vorstellungen vom eigenen politischen Aktivismus deckt, ist wenig überraschend. Statt Frust zu produzieren, indem verfestigte Strukturen und Arbeitsweisen verteidigt werden, ist es an der Zeit sich zu öffnen, neue Impulse aufzunehmen und die eigene politische Praxis weiterzuentwickeln.

Widersprüche des Ostens

Neben den Fragen, warum Menschen zur LINKEN kommen und wie sie in der Partei aufgenommen werden, gibt es eine Vielzahl weiterer Ostspezifika, die meines Erachtens nicht dazu beitragen, dass Men-



schen sich für eine Mitgliedschaft bei uns entscheiden. Zwei von ihnen möchte ich an dieser Stelle kurz beleuchten.

1. Normalisierung vs.

Die Welt gerät aus den Fugen

Geprägt durch die Nachwendezeit als massiver struktureller Umbruch, der sich auf jede_n Einzelne_n auswirkte, schwebt insbesondere die Angst vor Arbeits- und Perspektivlosigkeit als Damoklesschwert über den neuen Bundesländern. Das allgemeine politische Credo ist: Stabilität. Das der LINKEN ist: die eigene Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen. Das Problem daran ist nur, dass die Finanzkrise, die Fluchtursachen, die Verschärfung der Law-and-Order-Politik und die Gefahr, die ein Anwachsen der AfD mit sich bringen könnte, genau dieser ostdeutschen Erzählung der sich normalisierenden Verhältnisse seit den 1990er Jahren entgegensteht. Und damit komme ich zum zweiten Punkt:

2. Volkspartei Ost - DIE LINKE?

Nicht nur scheint die Aussage Gysis durch das letzte Bundestagswahlergebnis überholt, ich halte sie auch für eine inhaltlich falsche Ausrichtung. Qua Definition ist eine Volkspartei eine Partei, die Mitglieder und Wähler_innen aus allen Bevölkerungsschichten vereint und dementsprechend ihre politische Programmatik ausrichtet. Auch wenn wir natürlich nicht weniger als ein gutes Leben für alle fordern, kann das nur über konsequente Umverteilung zugunsten der bisher Ausgebeuteten und von gesellschaftlicher Teilhabe Ausgeschlossenen gelingen. Wir sind also eine Interessenpartei. Mit ihnen, sowie jenen, denen beispielsweise nach Protesten gegen Braunkohleabbau oder Neonazis mit Strafverfahren gedroht wird, muss DIE LINKE politisch für eine Veränderung der Verhältnisse streiten. Das ist unser Klientel und unser Anspruch.

Ein neues Politikverständnis ist nötig

Wie werden wir also mehr? Wir brauchen eine LINKE in Ostdeutschland, die dazu bereit ist, sich neuen Ideen und einem neuen Politikverständnis zu öffnen. Damit meine ich sowohl die Form der Einbindung der Mitglieder in die aktive Parteipolitik als

auch den politischen Habitus. Mehr Aktionsorientierung statt Sitzungssozialismus. Mehr partizipative, über die Parteigrenzen hinweggehende Diskussionsprozesse statt Vorstandsbeschlüsse. Mehr Streiten an der Seite der gesellschaftlich Abgehängten statt des Versuchs, es allen recht zu machen.

Inhaltlich geht es zudem nicht nur darum, bisher Erreichtes, wie den Mindestlohn, zu vertei-

digen. Es geht darum, eine eigene Utopie des gesellschaftlichen Miteinanders zu entwickeln und auch vermeintliche Sachzwänge stärker zu hinterfragen. DIE LINKE ist genau der Ort, um dies zu tun.

Isabelle Vandré ist stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg und 2009 als Kandidatin der Linksjugend [solid] in den Landtag eingezogen.



Die soziale Klassenlandschaft in Deutschland 2018

Ralf Krämer hat sich einen Überblick verschafft, wie die Klasse in Deutschland überhaupt aussieht und lässt uns daran teilhaben

Die marxistische Klassentheorie stellt eine Verbindung zwischen der Sozialstruktur einer Gesellschaft und den Produktionsverhältnissen her. Damit verbunden sind unterschiedliche und auch gegensätzliche Interessenlagen sowie Machtpositionen in Gesellschaft und Politik. Letztlich fragt marxistische Klassentheorie danach, welche Bewusstseinsstrukturen die Menschen in sozialen Klassenzusammenhängen entwickeln und wie sie sich als soziale Großgruppen formieren und in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen - Klassenkämpfen - wirksam werden.

Klassenverhältnisse im Kapitalismus

Eine „klassische“ Definition stammt von Lenin: „Klassen sind große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils von Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.“ (Lenin Werke, Bd. 29, S. 410) Die gesellschaftlich und politisch relevante Formierung der Klassen vollzieht sich im Rahmen der einzelnen Gesellschaften und Staaten.

In Deutschland haben wir es mit einer bürgerlichen Gesellschaft zu tun, die durch kapitalistische Produktionsweise beherrscht wird, also durch die Produktion von Waren - Gütern und Dienstleistungen für den Verkauf – zum Zweck der Erzielung von

möglichst viel Profit. Dies bestimmt die Struktur und Entwicklungsdynamik der Gesellschaft. Kapitalistische Klassenverhältnisse beruhen auf der Konzentration des Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln bei einer kleinen Minderheit der Gesellschaft einerseits, der „doppelten Freiheit“ der Lohnabhängigen andererseits. Diese sind einerseits persönlich rechtlich frei, andererseits frei von eigenen Produktionsmitteln und daher gezwungen, zum Erwerb ihres Lebensunterhalts ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

In der kapitalistischen Produktion produzieren die Lohnarbeitenden unter Kontrolle der Produktionsmitteleigentümer oder ihrer Funktionäre Mehrwert, der von den Eigentümern des Kapitals angeeignet und teils konsumiert, vor allem aber zur Vergrößerung ihres Kapitals eingesetzt wird. Diese Mehrwertproduktiven Lohnarbeitenden bilden die ArbeiterInnenklasse im engeren Sinne, ein anderer Teil der Lohnabhängigen arbeitet außerhalb dieses Bereichs. Die kapitalistische Klasse ist die der privaten Eigentümer größerer, gemeinschaftlich genutzter Produktionsmittel, Immobilien oder großer Geldvermögen. Ihre Einkommen speisen sich aus verschiedenen Formen von Mehrwert, also letztlich aus der Ausbeutung fremder Arbeit. Lohnarbeit in Deutschland

2018 gibt es in Deutschland über 40 Millionen abhängig Beschäftigte, das ist historischer Höchststand. Davon sind allerdings über fünf Millionen nur geringfügig Beschäftigte. Über 32 Millionen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dazu kommen 1,8 Millionen BeamtInnen, RichterInnen und SoldatInnen.

Etwa 1,9 Millionen Personen befinden sich in Berufsausbildung. Insgesamt arbeiten über 24 Millionen in Vollzeit und über 10 Millionen in nicht nur geringfügiger Teilzeit. Der Anteil dieser Teilzeitbeschäftigten an den Lohnarbeitenden steigt kontinuierlich an, seit 1991 von gut zehn auf 26 Prozent. Die Vollzeitbeschäftigung ist von über 80 Prozent 1991 auf gut 60 Prozent der Personen und 78 Prozent des Stundenvolumens gesunken. Die Zunahme atypischer und überdurchschnittlich häufig prekärer Beschäftigung erfolgte vor allem in den 1990er und 2000er Jahren, seit 2010 ist eine Stabilisierung zu verzeichnen. Ein durchgehender Trend ist die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Ausweitung von Schicht- und Wochenendarbeit sowie die Zunahme von Nebenjobs und Mehrfachbeschäftigungen.

Über 80 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten bei den weit über drei Millionen privaten Unternehmen. Etwa 45 Prozent der Beschäftigten arbeiten in den knapp 15.000 Großunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten oder 50 Millionen Euro Jahresumsatz, etwa ein Drittel in Großbetrieben (viele größere Unternehmen haben mehrere Betriebe). Etwa je ein Fünftel sind in kleineren Unternehmen mit 9 bis 49 Beschäftigten und in mittleren von 50 bis 249 Beschäftigten tätig. Etwa ein Achtel arbeiten in Kleinunternehmen mit unter 10 Beschäftigten.

Nur noch weniger als ein Viertel der bei Unternehmen Beschäftigten arbeiten in der Industrie, davon über die Hälfte in Großbetrieben. Weitere sieben Prozent arbeiten in

Bauwirtschaft, Ver- und Entsorgung. Etwa ein Viertel arbeiten in Handel, Verkehr und Gastgewerbe, überwiegend in Klein- und Kleinstbetrieben. Über ein Fünftel arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht oder Kultur und Erholung, ein Viertel in sonstigen privaten Dienstleistungsbereichen.

Etwa 4,7 Millionen Beschäftigte, also knapp ein Siebtel der nicht nur geringfügig Beschäftigten, arbeiten im Öffentlichen Dienst. Davon sind etwa ein Drittel in der allgemeinen Verwaltung, Sicherheit usw. und zwei Drittel in Bereichen von Bildung und Wissenschaften, sozial-

staatlichen Leistungen und Daseinsvorsorge beschäftigt. Weitere 1,2 Millionen arbeiten bei Einrichtungen und Unternehmen in überwiegend öffentlichem Eigentum in privater Rechtsform. Also arbeiten insgesamt knapp sechs Millionen Menschen bei öffentlichen Arbeitgebern. Etwa zweieinhalb Millionen Beschäftigte arbeiten im sogenannten „Dritten Sektor“, der nicht gewinnorientierten Unternehmen und Organisationen außerhalb des öffentlichen Sektors. Insgesamt sind damit etwa ein Viertel der Lohnarbeitenden nicht für kapitalistische Unternehmen tätig. Von der „vertikalen“ Struktur her

arbeiten etwa drei Prozent der Beschäftigten in Führungsfunktionen, etwa 13 Prozent als ganz überwiegend akademisch qualifizierte ExpertInnen. 14 Prozent sind SpezialistInnen, 55 Prozent Fachkräfte. Etwa 18 Prozent der Beschäftigten arbeiten als überwiegend Un- und Angeleimte auf Helferniveau.

Alle Differenzierungen innerhalb der Lohnarbeit sind auch mit Unterschieden bei den üblicherweise erzielten Löhnen verbunden. Grob gesagt wirken sich folgende, häufig miteinander verflochtene, Faktoren negativ auf die Lohnhöhe aus:

Tabelle 4: Neuangebot und aus dem Erwerbsleben ausscheidende Erwerbspersonen nach Berufshauptfeldern in Tausend Personen				
Jahr	2014	2015		
	Erwerbspersonenbestand	Neuangebot (kumuliert seit 2014)	Erwerbspersonenbestand	Aus Erwerbsleben ausgeschieden (kumuliert seit 2014)
Rohstoff gewinnende Berufe	832	237	599	470
Hilfskräfte/Hausmeister	23	6	10	19
Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer, Elektroberufe	2.804	943	2.150	1.598
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	2.205	502	1.527	1.179
Sonstige be-, verarbeitende und instand setzende Berufe	1.684	438	1.181	942
Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe	2.129	765	1.672	1.222
Berufe im Warenhandel: Verkaufsbetriebe (Einzelhandel)	537	219	489	267
Berufe im Warenhandel: Kaufleute	2.847	1.267	2.735	1.379
Verkehr, Lager, Transportberufe	699	401	728	372
Sicherheits- und Wachberufe	252	122	227	148
Gastronomieberufe	1.946	737	1.865	818
Reinigungs- und Entsorgungsberufe	130	113	188	55
Büro-, kaufm. Dienstleistungsberufe	4.916	2.019	4.373	2.562
IT- und naturwissenschaftliche Berufe	3.183	2.510	4.254	1.440
Technische Berufe	1.567	595	1.231	931
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	2.295	1.688	3.157	826
Medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche, künstlerische Berufe	1.202	1.208	1.936	474
Gesundheitsberufe	4.211	2.277	4.714	1.774
Soziale Berufe	1.287	966	1.691	561
Lehrende Berufe	1.058	738	1.202	594
Ohne erlernten Beruf	5.733	1.088	4.261	2.560
In Ausbildung	3.185	0	3.471	-
Insgesamt	44.725	18.839	43.658	23.377

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen und Darstellungen QuBe-Projekt, vierte Welle

niedrigeres Anforderungsniveau der Tätigkeit und Stellung in der betrieblichen Hierarchie, Teilzeit und insbesondere geringfügige Beschäftigung, Befristung, Leiharbeit, relativ kurze Betriebszugehörigkeit, kleineres Unternehmen oder von kleineren Unternehmen geprägte Branchen, keine Tarifbindung, Lage in eher ländlichen Regionen oder in Ostdeutschland, hoher Frauenanteil in der Branche oder dem Berufsfeld. Sektoral sind die Löhne in Land- und Forstwirtschaft, Bau, Verkehr und Logistik, Security und Hausdienste, Gastgewerbe und Einzelhandel besonders niedrig. Von den persönlichen Merkmalen her sind geringe formale Qualifikation, geringes Alter, Migrationshintergrund und weibliches Geschlecht mit durchschnittlich geringeren Löhnen verbunden. Zahlenangaben dazu finden sich in der Verdienststrukturerhebung 2014 bei destatis.de.

Reproduktionsarbeit und Geschlechterverhältnisse

Neben der Erwerbsarbeit ist auch die unbezahlt, überwiegend in den privaten Haushalten geleistete, gesellschaftlich notwendige Arbeit und ihre Verteilung Element der

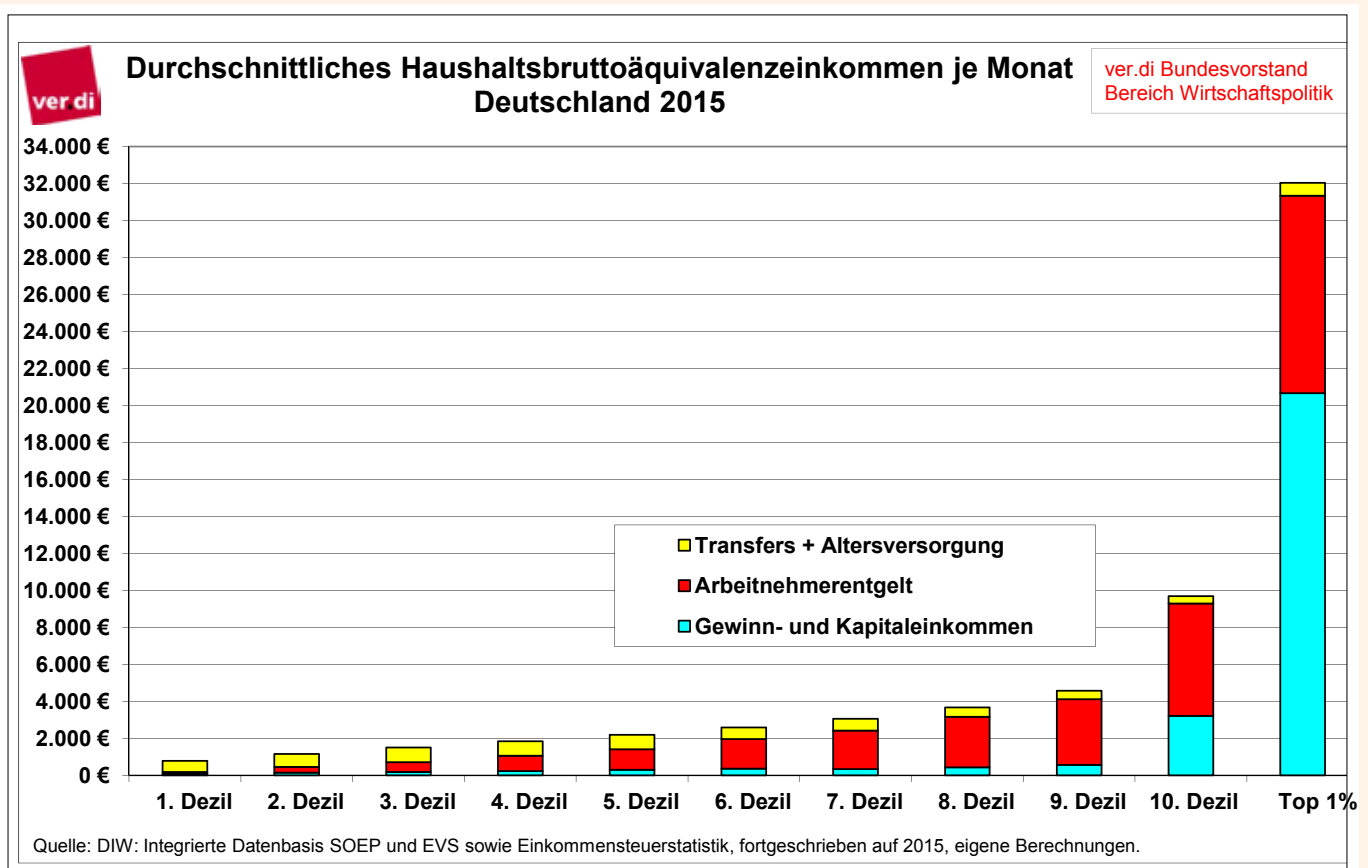
Produktionsverhältnisse. Insbesondere Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegeaufgaben werden immer noch überwiegend den Frauen zugeordnet und durch sie geleistet. Dabei wird ein relevanter Teil dieser „Care-Arbeit“ zudem von migrantischen Frauen erledigt. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen und insbesondere der Mütter ist (in den Ländern der alten BRD) in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen, eine Feminisierung der Lohnarbeit. Fast die Hälfte der Erwerbstätigen sind Frauen. Doch ein großer Teil insbesondere der Mütter sind nur in Teilzeit oder geringfügig erwerbstätig. Frauen erbringen etwa 40 Prozent des Erwerbsarbeitsvolumens und 60 Prozent der unbezahlten Arbeit. Nimmt man bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen, arbeiten Männer und Frauen etwa gleich lang, mit Kindern fast 60 Stunden die Woche, ohne Kinder knapp 50 Stunden. Doch die Frauen haben im Durchschnitt nur etwa halb so viel „eigenes Geld“ wie die Männer.

Die Klasse der Lohnabhängigen

Zur Klasse der Lohnabhängigen gehören auch die einkommensmäßig abhängigen Familienangehörigen

(überwiegend Kinder), sowie die große Mehrheit der etwa 21 Millionen RentnerInnen – von denen ein kleiner, aber zunehmender Teil auch noch, meist geringfügig, erwerbstätig ist – und der 1,6 Millionen BezieherInnen von Beamtenversorgung. Hinzu kommen die unfreiwillig Erwerbslosen, das sind knapp 2,5 Millionen registrierte Erwerbslose sowie etwa eine Million überwiegend in Maßnahmen geparkte Menschen, sowie Personen, die wegen Erziehungs- und Pflegeaufgaben oder Arbeitsunfähigkeit nicht erwerbstätig sein können. Zur lohnabhängigen Klasse in diesem weitesten Sinne gehören an die 90 Prozent, zur ArbeiterInnenklasse (inklusive Nichterwerbstätige) etwa drei Viertel der Bevölkerung. Wie sich die Menschen selbst verstehen, ist allerdings eine andere Frage.

Das entscheidende Merkmal, das in Verbindung mit der begrenzten Höhe der damit verbundenen Einkommen die sozialökonomische Lage prägt, ist die Lohnabhängigkeit als solche, der Warencharakter der Arbeitskraft. Daraus ergeben sich gemeinsame Interessen: möglichst hohe Löhne und begrenzte und so-



zial geregelte Arbeitszeiten, gute und gesunde Arbeitsbedingungen und Kommunikationsmöglichkeiten, Mitbestimmungsrechte, soziale Absicherung, soziale Infrastruktur, gute Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Diese Interessen müssen zum Einen gegenüber den „Arbeitgebern“, zum anderen aber auch politisch gegenüber dem Staat vertreten werden. Ob und in welchem Maße die Beschäftigten diese Interessen aber auch praktisch gemeinsam organisieren und vertreten, in Gewerkschaften als den unmittelbaren Klassenorganisationen, ist stark von weiteren gesellschaftlichen und historischen sowie individuellen Bedingungen abhängig. Noch mehr gilt das für die Frage nach ihrer politischen Ausrichtung und Organisation.

Mittlerweile etwa ein Viertel der Lohnabhängigen haben einen Migrationshintergrund, mit weiter steigender Tendenz. Diese Lohnabhängigen arbeiten in überdurchschnittlichem Maße in den weniger qualifizierten und schlechter bezahlten Bereichen und stellen dort vielfach die, teils überwiegende, Mehrheit. Sie sind in besonders häufig atypisch und prekär beschäftigt, von Erwerbslosigkeit betroffen und von Armut bedroht. Migration erfüllt heute in hohem Maße die klassischen Funktionen der industriellen Reservearmee.

Mittelschichten und Selbstständige

Ein Teil der Lohnabhängigen, um die 15 Prozent, hebt sich von der breiten Mehrheit durch Leitungs- oder besonders hochqualifizierte Tätigkeiten sowie erheblich überdurchschnittliche Einkommen ab und kann als lohnabhängige Mittelschicht betrachtet werden. Dies betrifft Teile des insgesamt größer werdenden Bereichs der akademisch qualifizierten wissenschaftlich-technischen und sozial-kulturellen „Intelligenz“. Wie diese sich gesellschaftlich und interessenpolitisch einordnen, ob sie sich in Gewerkschaften oder eher ständisch organisieren, ist noch stärker als bei der Mehrheit der Lohnabhängigen eine Frage der persönlichen Entscheidung und umkämpft.

Auf der anderen Seite entspricht die soziale Lage eines großen Teils der Solo-Selbstständigen – das sind insgesamt etwa 2,5 Millionen Personen

bzw. knapp sechs Prozent der Erwerbstätigen – weitgehend der der ArbeiterInnenklasse. Die soziale Unsicherheit ist meist noch größer und die Mehrheit der Solo-Selbstständigen verdient weniger als den mittleren Lohn abhängig Beschäftigter. Nach Anstieg in den 2000er Jahren ist ihre Zahl im Zuge der verbesserten Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren leicht gesunken. Die meisten Solo-Selbstständige haben ähnliche Interessen wie die Lohnarbeitenden und könnten diese auch gemeinsam mit ihnen in Gewerkschaften organisieren und vertreten, tun das bisher allerdings in geringem Maße.

Die Mehrheit der anderen Selbstständigen bzw. KleinunternehmerInnen – etwa in Handwerk, Landwirtschaft, Handel, Gastronomie oder „freien Berufen“ – beschäftigen zwar Lohnarbeitende, ihr Einkommen beruht aber überwiegend auf ihrer eigenen Arbeit. Das sind etwa eineinhalb Millionen Personen plus etwa 150.000 mithelfender Familienangehöriger, etwa dreieinhalb Prozent der Erwerbstätigen. Sie sind nicht als KapitalistInnen zu betrachten, sondern bilden die selbstständige Mittelschicht oder Mittelklasse. Die soziale Stellung und Haltung dieser Teile der Bevölkerung ist besonders widersprüchlich. Einerseits wollen sie die Lohnkosten in ihren Betrieben niedrig halten und sich sozial nach unten abgrenzen. Andererseits stehen sie oft unter existenzbedrohendem Konkurrenzdruck der größeren kapitalistischen Unternehmen.

Die kapitalistische Klasse

Auch die kapitalistische Klasse ist hoch differenziert danach, in welchen Wirtschaftszweigen und ob sie unternehmerisch oder nur vermögensverwaltend und spekulativ oder gar nicht aktiv sind, und insbesondere auch nach der Größe ihrer Vermögen und damit ihrer Einkommen. Auch angestellte GeschäftsführerInnen, Vorstandsmitglieder und führende ManagerInnen großer Unternehmen gehören zur kapitalistischen Klasse. Ihre sehr hohe Einkommen sind nur formell als Lohn, vom sozialen Inhalt her aber ganz überwiegend als ihnen übertragene Anteile am Mehrwert zu betrachten. In vielen GmbHs gibt es zudem geschäftsführende GesellschafterInnen und in vielen AGs haben Vorstandsmitglieder auch erhebliche Aktienpakete. Ein kleiner Teil der KapitalistInnenklasse bildet die

Gruppe der Superreichen, die großkapitalistische Oligarchie, die auch über besonders große persönliche Macht und Zugänge zur politischen Führung verfügen.

Wir landen letztlich etwa beim reichsten Prozent der Bevölkerung, knapp eine Million Personen, das im Kern die KapitalistInnenklasse ausmacht. Das sind in etwa die Vermögensmillionäre (ganz überwiegend Männer), die weit über ein Drittel des gesamten Nettovermögens und 90 Prozent des Betriebsvermögens besitzen. Die reichsten 0,1 Prozent, mit Vermögen im mindestens zweistelligen Millionenbereich, besitzen fast ein Viertel des Nettovermögens und drei Viertel des Betriebsvermögens. Das reichste Prozent der Haushalte bzw. der Bevölkerung hatte 2015 ein monatliches Bruttoäquivalenzeinkommen (je Person gewichtet nach OECD-Skala) von mindestens 13.000 Euro, durchschnittlich waren es 32.000 Euro. Bei den Top-0,1-Prozent waren es durchschnittlich über 140.000 Euro im Monat, davon fast 120.000 Euro Gewinne und Kapitaleinkommen. Der Reichtumszuwachs durch nicht ausgeschüttete Gewinne und Wertzuwächse ist dabei nicht einberechnet.

Fast zwei Drittel der DAX-Aktien sind mittlerweile im Besitz von Finanzfonds, Banken und Versicherungen, die wiederum untereinander stark verflochten und zu einem großen Teil aus dem Ausland kontrolliert werden. 2009/10 lag der Anteil des Finanzkapitals an den TOP-200-Unternehmen in Deutschland bei 42 Prozent (in den USA bei fast 85 Prozent). Die meisten besonders großen Fonds sind US-basiert, am bedeutendsten ist Blackrock. Das ändert aber nichts daran, dass die Unternehmen mit Sitz oder Mehrheit der Anteilseigner in Deutschland „die deutsche Wirtschaft“ bilden, deren Interessenvertretung ein zentrales Anliegen des deutschen Staates ist.

Ralf Krämer ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken und im Parteivorstand, er arbeitet beim ver.di-Bundesevorstand im Bereich Wirtschaftspolitik.

Soziale Klassen, Milieus und ideologische Lager: vertikale und horizontale Konfliktlinien

Unter dem Eindruck des Rechtspopulismus wird unter anderem diskutiert, ob die aktuellen politischen Konfliktlinien noch aus Gegensätzen der sozialen Klassen erklärt werden können oder ob sie durch die neue Achse zwischen einem fremdenfeindlichen und einem weltoffenen, „kosmopolitischen“ Pol des politischen Feldes strukturiert sind. Dabei handelt es sich, wie ich darlegen möchte, um einen Scheingegensatz. Allerdings hat sich das Gefüge der sozialen Klassen so nachhaltig verändert, dass wir es mit der herkömmlichen Vorstellung einer rein vertikalen und rein ökonomischen Klassengliederung nicht mehr hinreichend erfassen können.

Michael Vester

Lebensweltliche Milieus: Neue Klassenfraktionen und Konfliktlinien

Die sozialen Milieus stehen unter dem Druck gegensätzlicher Veränderungen. Dies zeigt sich sowohl in der Lebenswelt als auch in der Arbeitswelt. Zwar haben für mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen die Ausbildungs- und Kompetenzniveaus erheblich zugenommen. In den gut qualifizierten Berufsmilieus gründet sich auf das erhöhte Fachkönnen auch eine Zunahme des Berufsstolzes, der Ansprüche der Selbst- und Mitbestimmung im Arbeitsprozess und des Gruppenzusammenhalts. Doch an anderer Stelle nehmen wiederum auch Entsolidarisierung und Konkurrenz zu, wenn Menschen mit heterogenen Hintergründen und unter prekarierten Bedingungen zusammenkommen oder wenn von oben die Konkurrenz um Positionen verschärft wird. Dies wird häufig zu dem Szenario einer allgemeinen Fragmentierung verallgemeinert. In Wirklichkeit handeln auch fragmentiert arbeitende Menschen nach einer spezifischen sozio-kulturellen Identität, nach Gesellschaftsbildern, die sie durch die Sozialisation in ihren Familien und Milieus erworben haben.

Seit den 1960er Jahren ist auch in der Alltagskultur das Streben nach Selbst- und Mitbestimmung bedeutsamer geworden. Die Aufmerksamkeit hat sich zunehmend den Lebensstilen, den Alltagsmilieus und den Differenzierungen nach Geschlecht, Alter und Ethnie zugewandt. Manche interpretierten diesen „cultural

turn“ als Überwindung der Einflüsse von Ökonomie und Klassenzugehörigkeit. An ihre Stelle sei eine völlig freie, „individualisierte“ Wahl der Lebensstile getreten. Andere verstanden ihn als Ergänzung der vereinfachenden ökonomischen Klassentheorien. Pierre Bourdieu (1982) definierte in seiner großen Untersuchung die feinen Unterschiede der sozialen Klassen nicht über einzelne Strukturmerkmale, sondern ganzheitlich, sowohl ökonomisch als auch kulturell. Die Klassenzugehörigkeit beruhe schlicht und einfach auf der Teilnahme am praktischen Beziehungszusammenhang des Milieus. Über diesen werde nicht nur ökonomisches Kapital vererbt, sondern auch der Erwerb von Bildungskapital und des Kapitals sozialer Beziehungen organisiert. Nicht zuletzt werden über die feinen Interaktionen der Sozialisation die Grundzüge des Habitus an die nächste Generation weitergegeben.

Daher erkennen sich die Menschen nicht nur in der Arbeitswelt, sondern gerade in der Lebenswelt gegenseitig als Angehörige verschiedener Milieus. Sie erkennen sich spontan an der ganzen inneren und äußeren Haltung, am Habitus. Er bildet – wie eine Handschrift – das einheitsstiftende Prinzip aller Praxisäußerungen eines Menschen, d.h. der Art des Geschmacks, der Lebensführung, der Umgangsformen, der Körperlichkeit, der Klassifikations- und Bewertungsschemata. Allerdings arbeiten diese praktischen Schemata „jenseits von Bewusstsein und diskursivem Denken“ (Pierre Bourdieu 1982

[1979]): Die feinen Unterschiede, S. 130). Sie sind durch die Sozialisation bis hinein in das Körperliche verinnerlicht. Daher können sie aber auch nicht beliebig gewechselt werden.

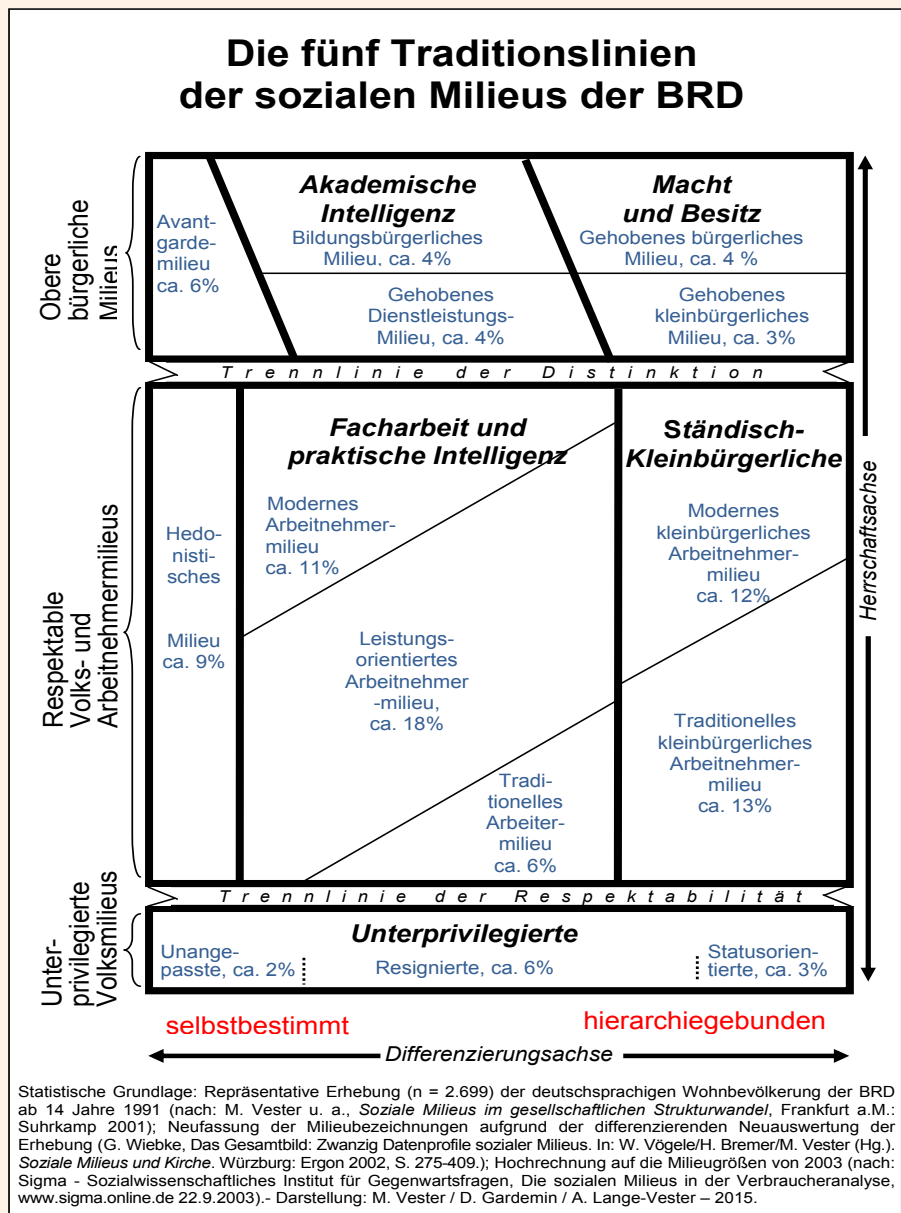
Im Habitus sind auch Strategien angelegt, mit denen die Menschen ihre Klassenstellung in der Gesellschaft reproduzieren, insbesondere über bestimmte Bildungs- und Berufswege. Dazu gehören nicht zuletzt Strategien der Umstellung auf neue äußere Bedingungen. Klassenmilieus, auch die der „Arbeiterklasse“, verschwinden also durchaus nicht. Sie überdauern den Wandel, weil sie sich vor allem in den jüngeren Generationen aktiv auf neue ökonomische Strukturen umstellen, z.B. von Industriebetrieben auf Dienstleistungsberufe bzw. auf höhere Bildungsabschlüsse. Dadurch bilden sich in den jüngeren Generationen neue Klassenfraktionen. Dieser Gedanke wurde, was überraschen mag, auch schon vom jungen Marx als Faktor des Wandels besonders hervorgehoben. Er versteht die „Entwicklung der Produktivkräfte“, also der Fachkompetenz und der Technologie, als „Geschichte der sich entwickelnden und von jeder neuen Generation übernommenen Produktivkräfte und damit die Geschichte der Entwicklung der Kräfte der Individuen selbst“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 72).

Bourdieu beschreibt das in einem Bild des sozialen Raums: Die sozialen Klassen sind zwar nach ihrem

Machtrang weiterhin vertikal übereinander geschichtet, aber sie haben sich horizontal aufgefächert. Innerhalb der gleichen Klassenstufe stehen traditionelle Berufsgruppen mit vergleichsweise wenig Bildungskapital wachsenden moderneren Berufsgruppen gegenüber, die mehr Bildungskapital voraussetzen. Generationenvergleichende Untersuchungen belegen, dass es parallel zu einem „intergenerationellen Habitus- und Mentalitätswandel“ gekommen ist (Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling u.a. (2015 [2001]): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel). Die jüngeren Generationen haben die Grundmuster des Herkunftshabitus beibehalten, aber durch stärkere Betonung von Selbst- und Mitbestimmung abgewandelt. Sie stellten sich um auf die langfristig wachsenden Möglichkeiten der Bildung, der Kommunikationsmittel, neuer beruflichen Kompetenzen und Handlungsspielräume; gleichzeitig sind sie unzufrieden, weil diese aufgrund der Machtverhältnisse nicht allen gleich zugänglich sind. Dieser Generationenwandel ist oft – siehe 1968! – mit heftigen Konflikten um das einschränkende Pflicht- und Gehorsamsethos der älteren Generationen innerhalb der eigenen Milieus, aber auch in den anderen Milieus der Gesellschaft verbunden.

Eine „Gesamtlandkarte“ der deutschen Milieus

Die Entwicklung lässt sich in einer Art „Gesamtlandkarte“ der deutschen Milieus übersichtlich machen (Abb. 1). Sie beruht auf umfangreichen lebensgeschichtlichen Befragungen und repräsentativen Datenanalysen und fasst diese stark vereinfacht zusammen. Bei aller Vielfalt individueller Varianten zeigt sich eine Gliederung in drei vertikale Klassenstufen, deren jede auch horizontal aufgefächert ist. Damit hat sich die Gestalt einer „pluralisierten Klassengesellschaft“ herausgebildet. Nach den Grundprinzipien der Lebensführung lassen sich fünf Großgruppen oder historische Traditionslinien unterscheiden, in denen Habitus und soziale Ressourcen an die nächsten Generationen weitergegeben und von diesen auch weiterentwickelt werden. Die Angehörigen der kapitalistischen Klasse finden sich vor allem in der Traditionslinie von Macht und Besitz, bei den großen selbstständigen Unternehmern und höheren Managern („Gehobenes bürgerliches Milieu“) und bei den kleineren Unternehmern und mittleren Managern („Gehobe-



nes kleinbürgerliches Milieu“).

- Nach oben heben sich die bürgerlichen und die oberen kleinbürgerlichen Milieus (ca. 18 Prozent) mit gesicherten oder privilegierten Lebens- und Bildungsstandards und distinktiven Stil- und Führungsansprüchen ab. Sie teilen sich in die eher konservative Traditionslinie von Macht und Besitz (Schwerpunkt: höhere Selbstständige und administrative Dienstleistungen) und die eher progressive Traditionslinie der akademischen und fachgeschulten Intelligenz (höhere technische und interpersonelle Dienstleistungen).
- Die großen mittleren Arbeitermilieus (ca. 70 Prozent), suchen ihre Identität in einem gesicherten, „respektablen“ Status. Die autoritäre kleinbürgerlich-konservative Traditionslinie sucht ihre Sicherheit in der Einordnung in Hierarchien und Konventionen. Sie ist langsam auf ein Viertel der Gesamtbe-

völkerung geschrumpft und hat sich in ihrer jüngeren Hälfte ein Stück weit modernisiert. Die Traditionslinie der modernen Volksmilieus der Facharbeit und der praktischen Intelligenz (etwa ein Drittel der Bevölkerung) hat ihren Schwerpunkt in den gut qualifizierten Arbeiter- und Angestelltenberufen. Ihr zentraler Wert ist die Autonomie. In Lebensführung und Beruf soll ein möglichst großes Stück Unabhängigkeit von äußeren Zwängen und Autoritäten erlangt werden, nicht als Geschenk oder Gnade, sondern durch eigene, methodische Anstrengung (ein asketisches Ethos) und Solidarität auf Gegenseitigkeit.

- Die Traditionslinie der unterprivilegierten Volksmilieus (ca. 12 Prozent) mit ihren niedrigen Bildungs- und Sicherheitsstandards ist stärker auf Strategien der Gelegenheitsnutzung und der Anlehnung an Stärkere verwiesen.

Vertikale und horizontale Konfliktlinien

Insgesamt überschneiden sich also in der Gliederung der Klassenmilieus vertikale und horizontale Konfliktlinien. Bei den vertikalen Konflikten geht es um die Verteilung von Macht, Einkommen und sozialen Chancen. Bei den horizontalen Konflikten geht es darum, auf welche Weise diese Konflikte um die Macht geregelt werden sollen, eher autoritär oder eher demokratisch. Es handelt sich also nicht um zwei verschiedene Konflikte, sondern zwei Gesichter des gleichen Konfliktes.

Bei diesem geht es um die Rechte der bisher Benachteiligten: der Arbeitnehmer, der Frauen, der Kinder und Jugendlichen, der Zuwanderer, der homosexuellen und anderen Minderheiten – und ebenso um den Respekt vor der Natur und den Frieden zwischen den Völkern. Bei den

eher konservativen bzw. autoritären Milieus im rechten Teil des sozialen Raums überwiegen verschiedene, tief im Habitus verankerte Weltbilder, die den benachteiligten Gruppen nur die Unterordnung in einer Hierarchie oder gar keine Rechte zubilligen oder sie sogar aggressiv ausgrenzen. Bei den eher progressiven bzw. egalitär demokratischen Gruppen überwiegen Weltbilder, die auf verschiedene Grade der Partizipation, Gleichberechtigung und Solidarität zielen.

Aus diesem Gegensatz nähren sich die aktuellen „horizontalen Klassenkonflikte“ mit stramm autoritären Kräften. Oberflächlich sieht es so aus, als ob dies ein Kampf nur zwischen „kosmopolitischen“ und „fremdenfeindlichen“ Kräften ist, wobei an die Stelle der Juden die Muslime getreten sind. Tatsächlich aber ist das für Rechtskonservative

und Rechtspopulisten nur der Aufhänger für einen Konflikt darum, ob die soziale Ordnung und alle ihre Teilbereiche demokratisch oder autoritär geregelt werden sollen.

Das Feld der Politik: Kampf um die gesellschaftspolitische Ordnung

Die Konflikte hängen mit der Krise der großen Volksparteien zusammen. Seit dem Ausgang der 1970er Jahre ist es ihnen immer weniger gelungen, die Verlierergruppen der einschneidenden Strukturverschiebungen von den altindustriellen Strukturen zu den sich modernisierenden Industrien und Dienstleistungen mit dem Instrumentarium des alten Wohlfahrtsstaates abzufedern. Der Spagat zwischen bevorzugten und benachteiligten, zwischen progressiven und traditionellen Wähler(innen)milieus nahm immer mehr zu.

Der Raum der ideologischen Lager in der BRD

Gesellschaftsbilder der ideologischen Lager Die Modelle der sozialen Ordnung und (grau unterlegt) die Einflusszone des Rechtspopulismus	Progressive Ideologien (Σ ca. 24 %) <i>Demokratische Partizipation, Gleichstellung, Multikulturalität und Ökopax in der Zivilgesellschaft</i>	Resistenz gegen etablierte Politik (Σ ca. 18 %) <i>Kein Vertrauen in große Ideologien und große Politik, aber aktive solidarische Selbsthilfe im Alltag</i>	Konservative Ideologien (Σ ca. 31 %) <i>Gesellschaft als gerechtfertigte (legitime) hierarchische Ordnung</i>	Ideologien der Benachteiligten (Σ ca. 27 %) <i>Die derzeitige Gesellschaft als nicht gerechtfertigte (illegitime) Zweiteilung in Mächtige und Ohnmächtige</i>
Eliteorientierte Modelle <i>Politik bzw. Führung von oben</i> (Σ ca. 39 %)	Elitäre Progressive („Radikaldemokraten“) ca. 11 % •politische Gleichstellung <i>aller</i> Gruppen •Hierarchie nach Leistung (meritokratisch) •avantgardistische Konventionen •Zivilgesellschaft (direkte pol. Mitwirkung) • Multikulturalismus	•/•	Rechtskonservative („Traditionell-Konservative“) ca. 14 % •Hierarchie nach ständischem Rang •Strenge Autoritätsausübung • Abwehr unkonventioneller Politik und Alltagsmoral •Berufspolitik / Legalismus • Klassenethnozentrismus/Fremdenabwehr	Rechtsextreme (Rebellisch-Autoritäre) ca. 14 % •Kluft zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen •'Recht des Stärkeren' (Sozialdarwinismus) •Bruch mit den Konventionen der „political correctness“ •Gewaltbereitschaft • Rassistischer Ethnozentrismus/Fremdenfeindschaft
Modelle sozialen Ausgleichs <i>Basis für einen erneuerten Sozialstaat</i> (Σ ca. 61 %)	Egalitäre Progressive („Sozialintegrative“) ca. 13 % •politische Gleichstellung <i>aller</i> Gruppen •soziale Gleichstellung <i>aller</i> Gruppen und Arbeitnehmerrechte •idealistische Modernisierung der Konventionen u. Alltagsmoral •Zivilgesellschaft (direkte pol. Mitwirkung) • Multikulturalismus	Realistische Progressive („Skeptisch-Distanzierte“) ca. 18 % •Kluft zw. Politik und Gesellschaft •Sozialer Ausgleich u. Arbeitnehmerrechte •realistische Modernisierung der Konventionen u. Alltagsmoral •Interessenvertretung u. Solidarität im Alltag • Eher keine Ablehnung von Fremden	Modernisierende Konservative („Gemäßig-Konservative“) ca. 17 % •Hierarchie nach Leistung (meritokratisch) •Sozialer Ausgleich u. Arbeitnehmerrechte •dosierte Modernisierung der Konventionen und Alltagsmoral •stabile und aktive Integration im Alltag • Eher keine Ablehnung von Fremden	Strukturbenachteiligte („Resigniert-Autoritätsgebundene“) ca. 13 % •Kluft zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen •Staatlicher Protektionismus (Schutz der Schwächeren) und Arbeitnehmerrechte •Abwehr unkonventioneller Politik und Alltagsmoral •Resignativer Rückzug auf den eigenen Alltag • Protektionistischer Ethnozentrismus/Fremdenfurcht

Grundlage: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre 1991 (nach M. Vester u.a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2015 [1993], S. 429-472)

Mit der Wiederkehr der sozialen Unsicherheit zeigte sich seit 1990 bei mehr als 60 Prozent der Bevölkerung eine hohe „Verdrossenheit“ über die politischen Parteien. Nach 2000 zerbrach das lange unanfechtbare Zweiparteiensystem. Die Volksparteien fächerten sich in mehrere Parteien auf. Dabei übersetzten sich Unterschiede zwischen oben und unten nicht in einen vertikalen Klassenkonflikt zwischen Bevorzugten und Benachteiligten. Fraktionen der bürgerlichen Oberschichten wählten auch links oder rechtspopulistisch, Fraktionen der Arbeitnehmer auch konservativ oder rechtspopulistisch. Damit entkoppelten sich Klassenzugehörigkeit und Wahlverhalten aber keineswegs ganz. Dass sich die vertikalen Klassenteilungen nicht direkt in politische Lager übersetzen, war schon immer der Fall. Lepsius nennt die historischen Parteilager „sozialmoralische Milieus“; diese sind „sozio-kulturelle Gebilde“, die „durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden.“ (Mario Rainer Lepsius (1993 [1966]): Parteiensystem und Sozialstruktur. In: Lepsius, M. R.: Demokratie in Deutschland 1993, S. 38). Er weist dies nach an der Geschichte der liberalen und konservativen, protestantischen und katholischen, sozialistischen und konservativen Lager. Diese sind als gegnerische Kampfallianzen schon seit der Stadtrevolution und der Reformation entstanden und haben sich in den Gewohnheiten, Institutionen und Ideologien dauerhaft verfestigt. Die Sozialmodelle dieser Lager haben daher eine ungeheure Beharrungskraft in den Köpfen der Menschen. Parteien, die – wie die SPD mit ihrer neoliberalen Wende – diesen Traditionen den Rücken kehren, verlieren große Teile ihrer Anhängerschaft.

Das politische Feld folgt „relativ autonomen“ Gesetzmäßigkeiten. Bourdieu beschreibt, wie in der Politik eigene Regeln des Machtkampfes, der Organisation und des Diskurses gelten, die den oberen Schichten privilegierte Einflusschancen geben. Daher bilden sich meist Koalitionen, in denen Teilgruppen der Volksmilieus und der oberen Milieus zusammengehen und miteinander ein Patron-Klient-Verhältnis bilden. Neue Trennlinien („cleavages“) können sich durch neue Großkonflikte bilden. Historische Beispiele

sind das nationalsozialistische Lager, das bis 1932 die Klientele der bürgerlich-konservativen Parteien aufgesogen hat, und das postmaterialistische „radikaldemokratische“ Lager, das in den Konflikten um 1968 entstanden ist und weit über die Partei der „Grünen“ hinauswirkt. Repräsentative Analysen bestätigen, dass die deutsche Bevölkerung sich nach wie vor an den großen Ideologien und Modellen der sozialen Ordnung orientiert und die Parteien daran misst (Tab. 2). Diese ideologischen Lager haben Schwerpunkte in bestimmten Klassenmilieus, aber auch darüber hinaus.

Krise der politischen Repräsentation

Aus der Abbildung 2 zum Raum der ideologischen Lager ist zu ersehen, dass die Mehrheit sich von einer offenen neoliberalen Politik nicht vertreten fühlt. Dies ist der Kern der „Krise der politischen Repräsentation“. Demgegenüber könnten „Modelle des sozialen Ausgleichs“ (Abb. 2), d.h. eines konservativen oder sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, bei vier ideologischen Lagern (ca. 61 Prozent) Unterstützung finden. Entsprechend groß war die politische Enttäuschung nicht zuletzt in den mittleren und unteren Milieus über die neoliberale Wende der Volksparteien. Dadurch haben sich in fast allen europäischen Ländern sowohl im linken wie im konservativen Teil des politischen Spektrums Protestbewegungen und alternative Parteien etabliert. Dabei haben in den Mittelmehrländern zuletzt eher linkssozialdemokratische, im übrigen Europa eher rechtspopulistische Kräfte an Boden gewonnen. In der politischen Mitte zeigen sich tiefe Risse zwischen eher autoritär und eher demokratisch orientierten Ideologien. Neu ist dabei auch in der BRD nicht das autoritäre Potential, sondern dessen dauerhafte Mobilisierung in Aktionen und bei Wahlen.

Die rechtspopulistische AfD hat bei Wahlen (mit regionalen Unterschieden) ein größeres Umfeld mobilisie-

ren können. Sie versucht ihre rassistischen und militant-autoritären Positionen durch eine Rhetorik der „political correctness“ zu verdecken und stattdessen vor allem die ethnozentrischen Einstellungen (insbesondere die Vorbehalte gegenüber der Zuwanderung, s. Abb. 2) in den anderen ideologischen Lagern, die einen rabiaten Rechtsextremismus und Fremdenhass ablehnen, anzusprechen, also in den Lagern der Rechtskonservativen und der Strukturbenachteiligten. Insbesondere die 13 Prozent im Lager der Strukturbenachteiligten können für die Volksparteien, deren Anhänger sie einst waren, wiedergewonnen werden. Denn ihnen geht es vor allem um Schutz durch einen Sozialstaat, der sie vor sozialen Risiken und Benachteiligung schützt und die verwahten sozialen Infrastrukturen ihrer Lebenswelt wieder aufbaut – und damit der Konkurrenz mit den Zuwanderern um soziale Sicherung, Arbeitsplätze, Wohnraum und Lebensqualität den Boden entzieht.

Die internationale Situation ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, dass die anhaltenden sozialen Spaltungstendenzen sich nicht direkt in rationale Konflikte um die vertikale Umverteilung zwischen den privilegierten und benachteiligten sozialen Schichten umsetzen, sondern in horizontale Konflikte zwischen verschiedenen ideologischen Lagern. Die Konflikte eskalieren, solange sie nicht durch integrative Aushandlungssysteme, Institutionen und kulturelle Identifikationen reguliert werden können.

Michael Vester ist Professor für Politische Wissenschaft i.R. an der Universität Hannover mit den Forschungsschwerpunkten Sozialstruktur, Milieus und Mentalitäten, soziale Bewegungen und sozio-politische Lernprozesse.

Weitergehende Darstellungen

M. Vester (2015): Die Grundmuster der alltäglichen Lebensführung und der Alltagskultur der sozialen Milieus, in: R. Freericks/D. Brinkmann (Hg.): Handbuch Freizeitsoziologie, Wiesbaden: Springer VS 2015, S.143-187.

Weitergehende Darstellung der ideologischen Lager: M. Vester (2017): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung. http://www.spw.de/data/michael_vester.pdf.



Vom Verschwinden Ressource **Solidarität**

In Gesprächen mit Beschäftigten sind **Ursula Stöggli** und **Christoph** dem Rechtspopulismus in den Betrieben auf die Spur gekommen.

Spätestens seit der letzten Bundestagswahl ist bekannt, dass auch Gewerkschaftsmitglieder rechtspopulistischen Parteien anhängen. Etwa 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben AfD gewählt. Damit liegt der Wert sogar etwas höher als bei allen Wähler*innen.

Über die Ursachen der hohen Affinität vieler abhängig Beschäftigter zur AfD wird in Politik, Medien und Wissenschaft viel gesagt und geforscht. Mögliche arbeitsweltliche bzw. betriebliche Hintergründe bleiben dabei allerdings – von wenigen Ausnahmen abgesehen – weitgehend unberücksichtigt. Um diese Lücke zu schließen, haben wir in unserem Forschungsteam mit Funktionär*innen, Aktiven und Vertrauensleuten der IG Metall, von ver.di und des DGB sowie mit Betriebs- und Personalräten über ihre Erfahrungen mit Rechtspopulismus im Betrieb sowie ihren Arbeitsbedingungen und Einstellungen zur Politik gesprochen. Überdies interessierte uns, wie die Gewerkschaften mit dem Rechtspopulismus umgehen und welchen Herausforderungen sie sich stellen müssen. Wir haben mit Menschen aus unterschiedlichsten Industrie- und Dienstleistungsbranchen, von der Stahl- und Elektroindustrie über Logistik bis hin zu Krankenhäusern und dem Öffentlichen Dienst gesprochen.

Aus unseren Gesprächen haben sich vier zentrale Erkenntnisse herausgebildet.

1. Rechtspopulismus im Betrieb: die Enttabuisierung rechter Meinungsäußerungen

Uns wurde von einem breiten Spektrum des Rechtspopulismus in den Betrieben berichtet. Es reicht von vorsichtigen Äußerungen von Ängsten gegenüber Geflüchteten, über fremdenfeindliche und rassistische Statements bis hin zu offen rechten Aktivitäten und zum Vordringen rechter Gewerkschafter*innen in die Gremien der betrieblichen Interessenvertretung. Unsere Interviewpartner*innen berichteten von einer Klimaveränderung, die mit der Fluchtbewegung von 2015 einsetzte und zu einer Enttabuisierung rechter Meinungsäußerungen geführt hat. Rechte Orientierungen waren vermutlich schon immer vorhanden, so die Annahme vieler unserer Interviewpartner*innen. Neu ist hingegen, dass sie jetzt offen ausgesprochen werden. Ein zentrales Muster zur Legitimation rechter Positionen besteht in der Auffassung, dass die „Geflüchteten uns was wegnehmen“. Als Gründe für die Wahl der AfD wurde sowohl Protest aufgrund der Enttäuschung über die etablierten Parteien als auch Überzeugung, die sich aus der Kritik an deren Politik gegenüber den Geflüchteten nährt, genannt.

n der tät

ger und ihre Kollegen
Spur gegangen.

Unsere Gespräche zeigen: Rassismus ist wieder gesellschaftsfähig geworden. Dabei wird auch argumentiert, AfD und Pegida seien nicht als Nazis sondern als „normale“ Parteien bzw. Bewegungen zu sehen. Das impliziert mitunter auch die Forderung, dass sich Betriebsrat und Gewerkschaften neutral gegenüber diesen Organisationen zu verhalten hätten.

2. Betriebliche Zustände und deren subjektive Verarbeitung – ein Nährboden für den Rechtspopulismus?

Im Anschluss an diese Schilderungen wollten wir von unseren Interviewpartner*innen wissen, wie sie ihre Arbeitsbedingungen empfinden und welche betrieblichen Probleme sie belasten. Die Erzählungen der Kolleg*innen belegen eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Befragten sprachen von einer kontinuierlichen Entwicklung zum Schlechteren, einer permanenten Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen, einem immerwährenden Leistungsdruck und von Prekarisierungserfahrungen aufgrund von Befristungen und Leiharbeit.

Als Hintergrund bzw. verursachende Faktoren der Verschlechterung der Arbeitssituation wurden die fortwährenden Prozesse der Restrukturierung

in den Unternehmen genannt. Bei Logistikunternehmen kommt es zum Beispiel zu Firmenaufspaltungen und Verlagerungen von Standorten und Standortkonkurrenzen. Hinzu kommen die Folgen der Digitalisierung, so etwa die damit einhergehenden Anforderungen an die zeitliche Flexibilität und die Qualifizierungsbereitschaft. Die Beschäftigten nehmen die Umstrukturierungen als Angriffe auf ihre Beschäftigteneexistenz wahr. Dabei empfinden sie nicht generell die Restrukturierungen an sich als Bedrohung, sondern deren meist unklare Folgen. Einige Interviewpartner*innen berichteten, dass sie nie sicher sind, ob der eigene Arbeitsplatz künftig noch am ursprünglichen Standort sein wird und welche Anforderungen auf sie zukommen.

Als größten Belastungsfaktor nannten die Interviewpartner*innen den steigenden Leistungsdruck und die Leistungskontrolle. Die Kolleg*innen sehen sich in einem Hamsterrad, in dem sie ihr Bestes geben und doch nur die „nackten Zahlen“ etwas gelten, während ihnen die Anerkennung für ihre Arbeitsleistung aber auch als Mensch oft vorenthalten wird.

Die beschriebenen betrieblichen Zustände fördern bei den Beschäftigten Unzufriedenheit aber auch Abstiegs- und Zukunftsängste. Die Kolleg*innen berichten von Abwer-



tungserfahrungen und dem Gefühl, nicht mehr gerecht entlohnt zu werden. Sie empfinden Ohnmachtsgefühle, da sich kein Verursacher für die Probleme dingfest machen lässt und auch Betriebsräte und Gewerkschaften nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten haben. Die Gewissheit, die eigene Erwerbsbiografie aktiv gestalten zu können, geht angesichts der permanenten Umstrukturierungen verloren. Dies fördert Kontrollverluste, aber auch Resignation und Wut.

Unter einer Zuspitzung der betrieblichen Zustände verstehen wir auch allgemein die Erosion des betrieblichen Ordnungssystems, welches für den westdeutschen Kapitalismus prägend war. Das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass Arbeitsanstrengung und Qualifizierungsbereitschaft auch entsprechend belohnt werden und soziale Notlagen durch das System der sozialen Sicherung aufgefangen werden, wird zunehmend gebrochen und gegen fortwährende Unsicherheit getauscht.

Wir vermuten, in den von den Befragten geschilderten Erfahrungen liegt ein Teil des arbeitsweltlichen Nährbodens, der eine rechtspopulistische Verarbeitungsform der eigenen Lage befördert.

Zu diesen betrieblichen Erfahrungen kommt die Enttäuschung über die etablierten Partei-en, insbesondere die Sozialdemokratie. Beinahe alle unsere Interviewpartner*innen sehen ihre Interessen durch die demokratischen Parteien nicht mehr vertreten und fühlen sich mit ihren Ängsten und Problemen allein gelassen. Dies mündet vielfach in einen Vertrauensverlust in die demokratischen Strukturen der Gesellschaft und fördert eine Anti-Establishment-Haltung.

In dieser Situation hat es die AfD – so vermuteten unsere Gesprächspartner*innen – leicht, sich als vermeintlich eigentliche Vertreterin der Beschäftigteninteressen stark zu machen. Der Rechtspopulismus schöpft seine Kraft aus den identitätsstiftenden Bildern von Volk und Nation, die als Ersatz für eine zunehmend desintegrierte Gesellschaft, die auch in den Betrieben ihre Auswirkungen zeigt, fungieren.

3. Das Verschwinden der Resource Solidarität

Allerdings lässt sich kein Automatismus zwischen schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und einer spezifischen politischen Grundhaltung feststellen. Menschen könnten angesichts des Drucks ebenso linke Positionen übernehmen. Es kommt, so unsere Vermutung, darauf an, wie sie ihre Arbeitsbelastungen und Lebensbedingungen subjektiv verarbeiten und welche Ressourcen ihnen hierbei zur Verfügung stehen. Wir vermuten, eine solche Ressource könnte Solidarität sein.

Allerdings droht gerade diese Resource zunehmend zu schwinden, so die Erfahrung einiger Interviewpartner*innen. Die Rahmenbedingungen für Solidarität haben sich in den letzten Jahren aufgrund der Prekarisierungserfahrungen und der Arbeitsintensivierung verschlechtert. Die Belegschaften sind gespalten und nicht nur der Arbeitsdruck steigt mit der Arbeitsintensivierung, diese verringert auch die sozialen Kontakte in den Betrieben. Der Verlust an erfahrener, konkreter Solidarität befördert das Schwinden der gewerkschaftlichen Machtpotenziale. Wirksame Strukturen für erfolgreiche Gegenwehr gegen die Folgen des digitalen Kapitalismus durch einen kollektiven Zusammenschluss lassen sich zunehmend schwerer aufbauen.

4. Gewerkschaften in der Defensive

Für die Gewerkschaften entstehen hierdurch Probleme. Sie lehnen rechtspopulistische Positionen durchgängig ab, müssen sich aber mit rechten Positionen in ihrer Mitgliedschaft und in den Belegschaften auseinandersetzen. Damit sind einige Fragen verbunden, so etwa nach den Grenzen zwischen rechtspopulistischen Ressentiments, denen vielleicht mit guten Argumenten begegnet werden kann, und rechter Hetze. Die Lage ist umso kritischer, als sich gewerkschaftliches Engagement und rechter Protest nicht ausschließen. Es wurde über Kolleg*innen berichtet, die keinen Widerspruch darin sehen, tagsüber im Betrieb für die Interessen der Lohnabhängigen zu kämpfen und abends auf die Pegida-Demonstration zu fahren. Über-

dies kam es auch – teilweise sogar gehäuft – zu Gewerkschaftsaustritten, weil sich die Gewerkschaften vermeintlich mehr für die Probleme der Geflüchteten als für die eigenen Mitglieder interessieren würden.

Derzeit haben die meisten unserer Gesprächspartner*innen (noch) ein recht großes Vertrauen in die Gewerkschaften, die sie nach wie vor als die konsequentesten Vertreterinnen der Interessen der abhängig Beschäftigten sehen. Doch auch diese Auffassung gerät ins Wanken angesichts der Zugeständnisse, zu denen die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren gezwungen wurden. Es deutet einiges darauf hin, dass sich zukünftig die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften verschlechtern werden und sie dadurch weiter in die Defensive geraten, gerade angesichts der anhaltenden Tendenzen der Vermarktlichung betrieblicher Leistungsbedingungen.

Eine Chance für eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten der Gewerkschaften besteht unseres Erachtens in einer Neuaufgabe und Weiterentwicklung ihrer betrieblichen Arbeitspolitik. Auf die Ängste der Beschäftigten müssen die Gewerkschaften Antworten finden. Da die institutionalisierten Strukturen der Interessenvertretung den Schutz der Beschäftigten nicht mehr ausreichend gewährleisten können, darf allerdings auch vor Systemkritik nicht zurückgeschreckt werden, so die Forderung einiger unserer Interviewpartner*innen. Auf die von den Rechtspopulisten in Stellung gebrachte „radikale Gesellschaftskritik von rechts“ müsse eine „radikale Gesellschaftskritik von links“ folgen. Hier ließen sich vielleicht auch Ansatzpunkte für eine Revitalisierung der Resource Solidarität finden.

Dr. Ursula Stöger arbeitet am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München und hat gemeinsam mit Dieter Sauer, Richard Detje, Joachim Bischoff und Bernhard Müller die Studie zu Rechtspopulismus und Gewerkschaften veröffentlicht.

Kein Nebenschauplatz.

Kerstin Wolter beleuchtet die Veränderung der Klassenzusammensetzung unter Einbeziehung der Kategorie Geschlecht

Die Arbeiter_innenklasse hat sich in den vergangenen Jahrzehnten so sehr verändert, dass sie für viele Linke kaum noch zu erkennen ist, was die Suche nach einer zeitgemäßen linken Klassenpolitik zunehmend erschwert. Auf der Suche nach Antworten ist die Kategorie Geschlecht kein interessanter Nebenschauplatz. Alle Praxen der Gesellschaft sind von Geschlechterverhältnissen bestimmt. So ist nicht nur der Bereich der Reproduktion des Lebens und der Arbeitskraft, sondern auch die Sphäre der Warenproduktion auf eine bestimmte Art und Weise vergeschlechtlicht. Industriearbeit war nie nur männlich, denkt man allein an die Textilarbeiterinnen. Im hochtechnologischen Kapitalismus wird bspw. industrielle Arbeit in der Textil- oder Elektronikindustrie mehrheitlich von Frauen im globalen Süden geleistet.

Unsere gesamte Lebensweise, unsere Moralvorstellungen und Sprache sind geschlechtlich unterschiedlich codiert. Mit der Veränderung der Arbeitswelt ändern sich die geschlechtlichen Zugehörigkeiten der Fähigkeiten. So haben etwa „soft skills“ heute einen anderen Stellenwert. Die verschiedenen Bereiche der Arbeit sind auf eine bestimmte Weise herrschaftlich geordnet: Was als produktive Arbeit gilt und was nicht, welche Fähigkeiten abgewertet werden, wird beharrlich zu Ungunsten der typisch weiblichen Tätigkeiten entschieden.

Prekäre Arbeit ist oft Arbeit von Frauen

Prekäre Arbeit und Armut haben in Deutschland in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Die Zunahme von Leiharbeit, Teilzeitjobs

und befristeten Arbeitsverhältnissen prägen das Bild. Ziehen wir zusätzlich die Kategorie Geschlecht heran, ergibt sich ein differenziertes Bild, dass auch Folgen für linke Klassenpolitik hat.

Der Anteil der Berufstätigen in Teilzeitjobs hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung waren 2015 fast ein Viertel aller lohnabhängig Beschäftigten in Teilzeitjobs beschäftigt. Das ist angesichts von Löhnen, die an ein Normalarbeitsverhältnis von 40 Stunden angepasst sind, schon für sich genommen eine problematische Entwicklung. Schaut man genauer hin, dann arbeiten nur 9 Prozent der Männer, aber ganze 47 Prozent der Frauen in Teilzeitjobs. Damit ist Deutschland im europaweiten Vergleich längst nicht Spitzenreiter. In den Niederlanden arbeiten fast drei Viertel aller Frauen in Teilzeitverträgen.

Gefragt nach den Gründen für ihre Teilzeittätigkeit, geben nur 29,4 Prozent der Männer mit Kindern die Sorge- und Erziehungsverantwortung an, bei Frauen mit Kindern sind es hingegen 77,6 Prozent. Hier zeigt sich, dass die Erwerbs- und Sorgearbeiten zwischen den Geschlechtern noch immer sehr ungleich verteilt sind. Die ungleiche Verteilung der Lohn- und unbezahlten Sorgearbeit hat auch weitreichende Folgen für die Sicherung im Alter. Schon heute können wir sagen: Altersarmut ist weiblich. Laut einer 2017 erschienenen Studie der Bertelsmann Stiftung steigt die Armutsrisikoquote unter Rentnerinnen von heute 16,2 auf 27,8 Prozent im Jahr 2036 an. Mehr als jede vierte Frau wird dann in Altersarmut leben (im Vergleich zu

jedem fünften Rentner insgesamt). Insgesamt verdienen Frauen bezogen auf die Arbeitsstunde immer noch rund 21 Prozent weniger als Männer. Die tatsächliche Einkommensungleichheit – und damit (mögliche) finanzielle Abhängigkeit von Frauen – ist aber noch größer als es auf den ersten Blick erscheint. Auf das gesamte Jahr bezogen, verdienen Frauen 1 Prozent weniger, was an dem höheren Teilzeitanteil liegt. Beziehen wir gleiche Qualifikation und gleichen Beruf mit ein, sind es zwar nur noch 6 Prozent (pro Arbeitsstunde), aber dieser Unterschied ist hauptsächlich damit zu erklären, dass ganze Bereiche der Arbeitswelt wie die soziale Arbeit und personennahe Dienstleistungen als „feminisierte“ Sektoren abgewertet sind.

Sorgearbeit – das marginalisierte Zentrum

Dass der Arbeitsbegriff sich nicht auf die Lohnarbeit allein beschränken darf, wird schon lange von Feministinnen betont, etwa in der sogenannten „Hausarbeitsdebatte“ in den 1970/80er Jahren. Für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft und der Gesellschaft schlechthin sind die fürsorgenden, Leben produzierenden und erhaltenden Tätigkeiten das Fundament. Frigga Haug spricht in diesem Zusammenhang von einem »marginalisierten Zentrum«, weil die Produktion des Lebens, obwohl so fundamental, »privat« organisiert und unsichtbar gemacht wird.

Dem Kapital geht es darum, die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft möglichst gering zu halten. Das bedeutet, diese notwendigen Arbeiten entweder ins Private zu verschieben oder unter geringem Kostenaufwand gesellschaftlich zu organisieren. Aufgrund der historisch gewachsenen geschlechtlichen Arbeitsteilung leisten Frauen bis heute den Großteil der reproduktiven Arbeit. Dazu gehört die Erziehung und Versorgung der Kinder, die Pflege von Angehörigen oder die Organisation und Reinigung des Haushalts.

Insgesamt verbrachten die Deutschen in den Jahren 2012/13 durchschnittlich rund 24,5 Stunden die Woche mit unbezahlter Arbeit und rund 20,5 Stunden mit Erwerbsarbeit. Zur unbezahlten Arbeit wurden in der Studie neben der Haushaltsführung und Sorgearbeit auch die Unterstützung von Personen in anderen Haushalten, Gartenarbeit, Tierpflege, Bauen, handwerkliche Tätigkeiten sowie ehrenamtliches und freiwilliges Engagement gerechnet. Frauen arbeiteten insgesamt mit 45,5 Stunden eine Stunde mehr als Männer. Doch während Frauen rund zwei Drittel ihrer Arbeit unentlohnt leisteten, war es bei den Männern

lediglich weniger als die Hälfte. Interessant ist, dass der Anteil der unbezahlten Arbeit bei Frauen wie Männern seit 2001 gesunken ist. Dabei hat auch die Zunahme mehrheitlich weiblicher Arbeiterinnen in Privathaushalten eine wichtige Rolle gespielt. Die globale Neuverteilung von Sorgearbeit anhand transnationaler Sorgketten führt dazu, dass Sorge- und Hausarbeiten zunehmend an Migrantinnen weitergegeben werden. Häufig ohne offiziellen Aufenthaltsstatus und ohne Arbeitsrechte, entsteht mit ihnen eine neue Generation von „Dienstmädchen“ des 21. Jahrhunderts. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub, Kündigungsschutz – das sind oft Fremdworte in diesen Beschäftigungsverhältnissen.

Auch in anderen Bereichen der entlohnten Pflege- und Erziehungsarbeit sind Frauen in der Überzahl. Der Anteil von Frauen am Gesundheitspersonal liegt bei rund 76 Prozent. Ähnlich sieht es in den Erziehungsberufen aus: 87 Prozent der Lehrkräfte an Grundschulen sind Frauen. Beide Berufszweige werden relativ schlecht entlohnt und erfahren gesellschaftlich zu geringe Anerkennung.



Feminisierung der Streiks

Der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung macht mittlerweile fast 70 Prozent aus. In vielen Dienstleistungsberufen bilden Frauen die Mehrheit. Während in Deutschland zwischen 2001 und 2005 94 Prozent aller streikbedingt ausgefallenen Arbeitstage auf die Industrie entfielen und lediglich 6 Prozent auf den Dienstleistungssektor, gingen zwischen 2011 und 2015 95 Prozent der Ausfalltage auf das Konto der Serviceleistenden. In den vergangenen Jahren ist es den Gewerkschaften gelungen, z.T. erfolgreiche Streiks zu organisieren und ihre Mitgliederzahlen in diesen Bereichen zu erhöhen. So konnte ver.di durch die Streiks in den Kitas 2015 20.000 neue Mitglieder gewinnen.

Vor allem in den Pflege- und Erziehungsberufen ist die große Herausforderung, ausreichend Druck durch Streiks zu entfalten. Ein großer Teil dieser Branchen ist staatlich organisiert. „Produktionsausfälle“ treffen daher „nur“ den Staat und im schlechteren Fall andere Teile der lohnabhängigen Klasse (z.B. über Lohnausfälle, da sie die Betreuung ihrer Kinder selbst organisieren müssen oder letztlich über erhöhte Steuerausgaben für Bildung und Erzie-

hung). Letztere Argumente werden aber vor allem von Seiten der Politik und Arbeitgeberseite immer wieder ins Feld geführt. Beispiele wie das Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ zeigen, dass es gelingen kann, Solidarität zu organisieren, da bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal auch im Interesse der Patient_innen und Angehörigen sind.

Auf dem Weg zu einer neuen Klassenpolitik

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu Werten und Konflikten in der Wähler_innenschaft gibt interessante Hinweise auf den Zusammenhang von politischen Einstellungen, Milieu und Geschlecht. Die Studie teilt die Bevölkerung in 9 Milieus ein. Interessant ist, dass DIE LINKE vor allem im „engagierten Bürgertum“, in der „kritischen Bildungselite“, der „desillusionierten Arbeitnehmerrunde“ und unter den „missachteten Leistungsträgern“ überproportional punkten konnte. In den beiden letzteren Milieus sind Frauen überdurchschnittlich vertreten. Hinter den sperrigen Begriffen verbergen sich auch viele Pflegekräfte, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen, Verkäuferinnen. Hier sollten wir als Linke genauer hinschauen.

Für eine Neue Klassenpolitik stellen sich gleich mehrere zusammenhängende Fragen: Wo und wie lässt sich ökonomischer und politischer Druck am besten aufbauen? Wie lassen sich auch stark vereinzelt arbeitende Beschäftigte, z.B. in Privathaushalten oder der Pflege, organisieren? Wie viel Arbeitszeit ist gesellschaftlich überhaupt noch notwendig, um die Lebensbedingungen für alle zu verbessern? Wie lässt sich die fortschreitende Automation und Digitalisierung für eine Humanisierung der körperlich anstrengenden Arbeiten, z.B. in der Pflege, Reinigung etc. nutzen?

Klar ist, dass das „Neue“ an heutiger Klassenpolitik sich daran orientieren muss, wie die Lohnarbeit sich weiter grundlegend verändern wird und welche Teile der Arbeiter_innenklasse am ehesten für linke Politik zu gewinnen sind. Frauen könnten hier, aufgrund ihrer Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess, ihres daraus resultierenden spezifischen Interesses sowie ihrer kulturell zugeschriebenen Eigenschaften, eine Schlüsselrolle einnehmen.



Kerstin Wolter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Mitglied der „Feministischen Offensive“ beim Parteivorstand.

Das ist DIE LINKE.

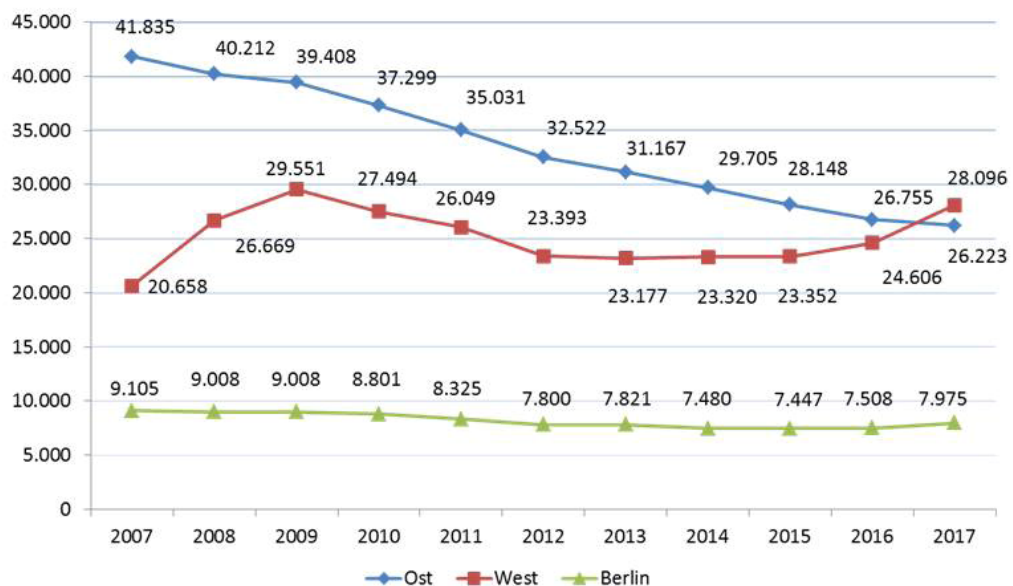
In der LINKEN gibt es spätestens seit dem Aufstieg der AfD eine heiße Debatte um Zielgruppen, Klassen und Milieus, die sich auf WählerInnen wie auf Mitglieder bezieht. Im Fokus stehen besonders die vielen Neumitglieder, die seit einiger Zeit zur LINKEN stoßen. Fragen nach ihren Interessen, Gründen für den Eintritt, Alter, Ausbildung, Beruf und Wohnort werden immer wieder aufgeworfen. Die **Bereiche Kampagnen und Parteientwicklung** sowie **Politische Bildung** in der Bundesgeschäftsstelle haben einige Daten aufbereitet, die vorläufige Trends darstellen. Vorläufig, weil bestimmte Schlussfolgerungen einer längeren Beobachtungsdauer bedürften, wie bspw. die Trends zum Mitgliederzuwachs. So nicht anders angegeben, ist der Stand der 29.11.2017. Die erklärenden Texte stammen von **Sophie Dieckmann**.

Mitgliederentwicklung in Ost und West 2007-2017

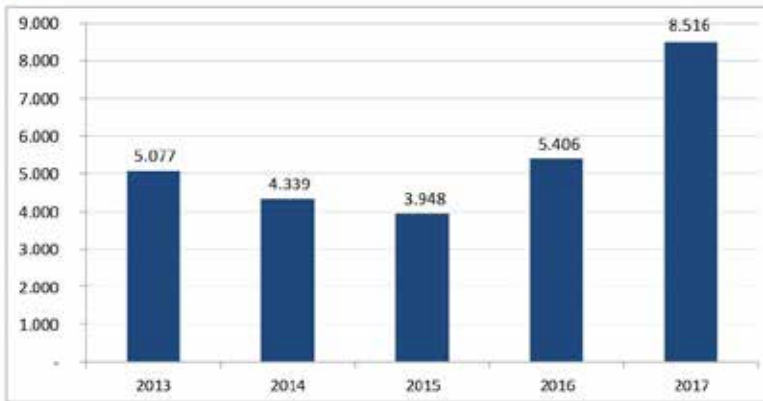
DIE LINKE wächst seit 2016 kontinuierlich. Ende 2016 hatte DIE LINKE insgesamt 58.910 Mitglieder, Ende 2017 waren es 62.339.

28

Mitgliederentwicklung 2007-2017



Eintritte 2013-2017



www.die-linke.de

DIE LINKE.

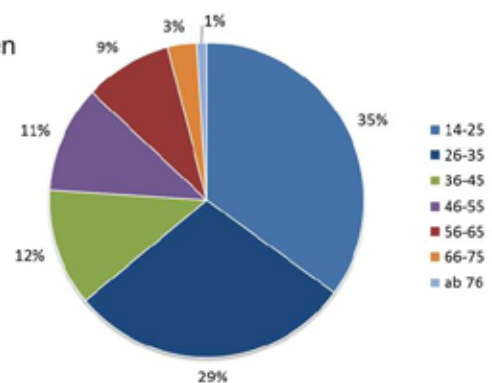
Eintritte 2013-2017

Diese Grafik zeigt, dass die Zahl der Neueintritte seit 2016 kontinuierlich steigt. Die großen Zuwächse 2017 hängen auch mit der Bundestagswahl zusammen: Allein im Monat September sind über viermal so viele Neueintritte zu verzeichnen wie im August. Die Gesamtmitgliederzahl der LINKEN betrug 58.910 Personen zum Jahresende 2016, 63.339 Personen waren es Ende 2017.

Eintritte 2017

Im Jahr 2017
8.516 Eintritte
31,8 Prozent (2704) Frauen
64 Prozent waren höchstens 35 Jahre
Ø-Alter 34,6 Jahre

Altersstruktur Eintritte in Prozent



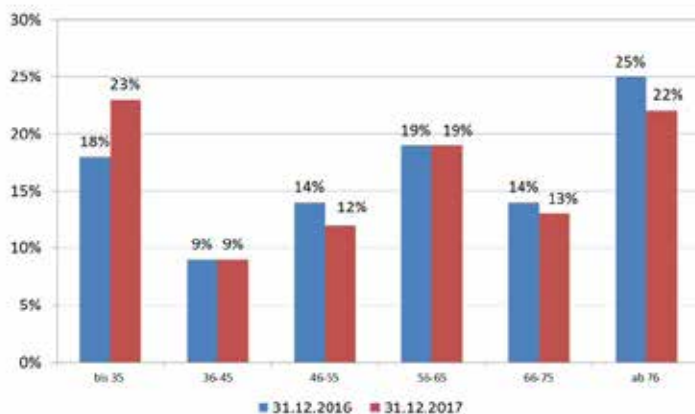
www.die-linke.de

DIE LINKE.

Eintritte 2017

Von den 8.516 Eintritten im Jahr 2017 waren 31,8 Prozent (also 2704) Frauen. 64 Prozent waren höchstens 35 Jahre alt. Das Durchschnittsalter betrug 34,6 Jahre.

DIE LINKE wird jünger...



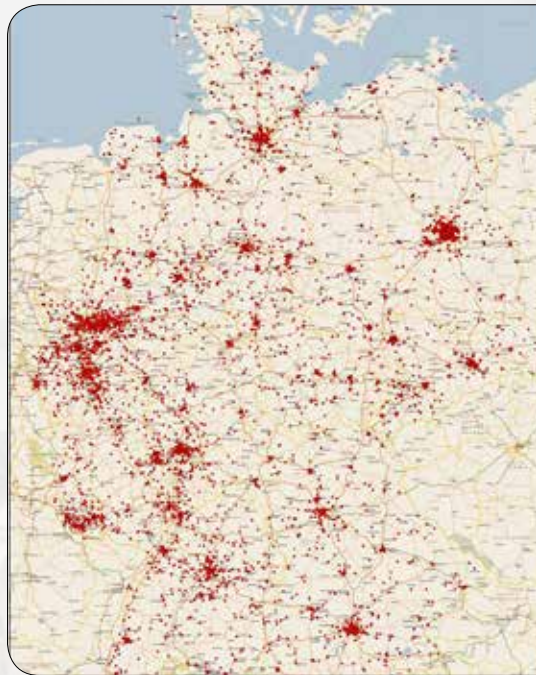
DIE LINKE.

DIE LINKE wird jünger...

Insgesamt wirken sich die Neueintritte verhältnismäßig junger Leute auf die Mitgliederstruktur so aus, dass die Partei insgesamt jünger wird. Im Westen Deutschlands hat DIE LINKE das niedrigste Durchschnittsalter aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Räumliche Verteilung der Eintritte

Neue Mitglieder treten vor allem im städtischen Raum ein. Im Westen leben 72 Prozent der Neumitglieder (6.135), im Osten 15 Prozent (1.135), in Berlin 13 Prozent (1.125).



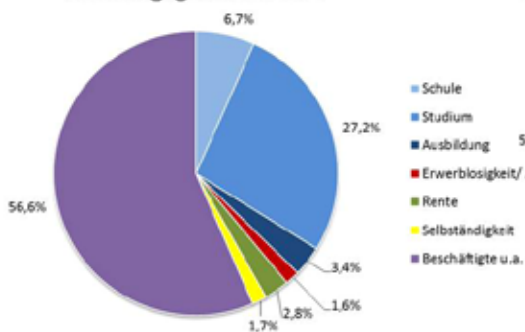
Räumliche Verteilung der Eintritte

West:	6.135	72%
Ost:	1.256	15%
Berlin:	1.125	13%

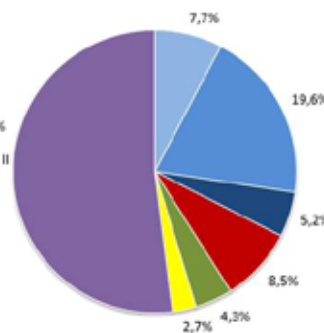
DIE LINKE.

Online-Eintritte 2017

Nach angegebenem Beruf



Nach angegebener Tätigkeit



www.die-linke.de

9

DIE LINKE.

Angegebene Berufe bei Online-Eintritten 2017

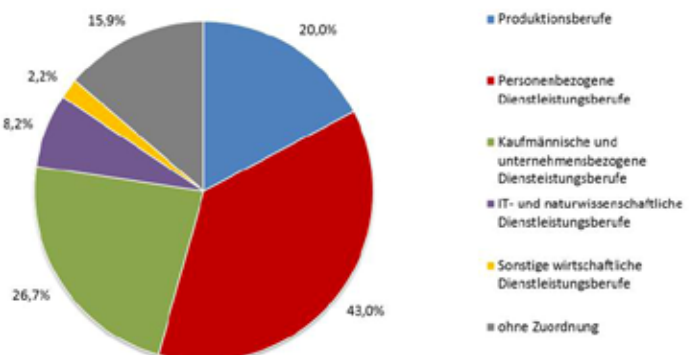
Auf dem Eintrittsformular können Neumitglieder ihre Berufe angeben. Die Clusterung hat die Bundesgeschäftsstelle vorgenommen, ist also keine Selbstauskunft. Die handschriftlichen Eintrittsformulare landen nicht immer in der Bundesgeschäftsstelle, weshalb nur die Online-Eintritte verwendet wurden. Von den ca. 7000 online eingetretenen 2017 haben rund 6000 das Feld ausgefüllt.

Anteil an zu Berufssectoren zugeordneten Berufen bei den Online-Eintritten 2017

Auch hier wurden wieder nur die Online-Eintritte verwendet, die Clusterung hat ebenfalls die Bundesgeschäftsstelle vorgenommen.

Online-Eintritte 2017

Anteil an zu Berufssectoren zugeordneten Berufen



www.die-linke.de

10

DIE LINKE.

Online-Eintritte 2017

Die 10 häufigsten genannten Interessen

Rang	Interesse	Anzahl	Anteil an Eintritten mit Interesse(n)	Anteil an Eintritten gesamt
1	Bildung	696	24,9%	11,4%
2	soziale Gerechtigkeit	681	24,4%	11,2%
3	Umwelt	469	16,8%	7,7%
4	Arbeit	410	14,7%	6,7%
5	Wirtschaft	377	13,5%	6,2%
6	Soziales	244	8,7%	4,0%
7	Frieden	229	8,2%	3,8%
8	Sozialpolitik	225	8,1%	3,7%
9	Außenpolitik	225	8,1%	3,7%
10	Gesundheit	197	7,1%	3,2%

www.die-linke.de

13

DIE LINKE.

Die 10 häufigsten genannten Interessen bei den Online-Eintritten 2017

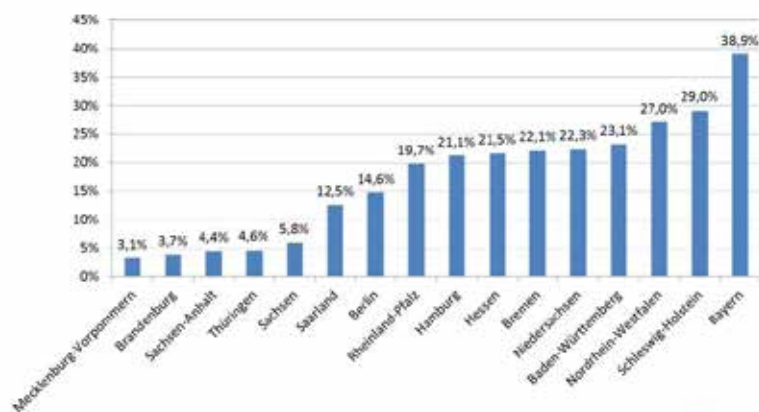
Diese Folie zeigt, welche Wörter im Feld „Interessen“ unter den Online-Neueintritten am häufigsten genannt wurden. Entscheidend ist die exakte Wortwahl, die Nennung einmal von „Bildung“ und einmal von „Hochschulpolitik“ würde also als zwei verschiedene Nennungen gelten. Diese Abbildung ist demnach nur als Trend zu sehen, da bestimmte Themen rausfallen können, einfach weil es verschiedene Begriffe für sie gibt, die jeweils nicht unter die Top Ten fallen, in der Summe aber schon.

Eintritte pro Landesverband in Relation zur Mitgliederzahl

Die Zahlen zeigen das Verhältnis von Mitgliederzahl und Neueintritten. Stichtag ist der 31.12.2016.

Eintritte 2017

Eintritte pro Landesverband in Relation zur Mitgliederzahl v. 31.12.2016



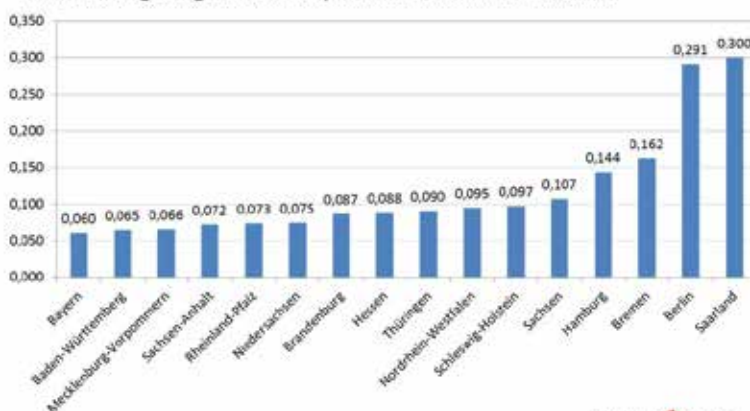
www.die-linke.de

14

DIE LINKE.

Eintritte 2017

Rekrutierungsfähigkeit: Eintritte pro 1000 Einwohner ab 14 Jahre



www.die-linke.de

15

DIE LINKE.

Rekrutierungsfähigkeit: Eintritte pro 1000 Einwohner ab 14 Jahre

Die Grafik zeigt das Verhältnis der Eintritte in einen Landesverband zur Einwohnerzahl des entsprechenden Bundeslandes im Jahr 2017.

DIE LINKE hat ein Problem...

Die Debatte um „Kosmopolitismus“ vereinfacht nicht nur grob, sondern legt auch falsche Schlüsse nahe, meint **Thomas Goes**

Die LINKE hat ein Problem, weil sie selbst „zu kosmopolitisch“ ist, vorwiegend „kosmopolitisch“ orientierte Bevölkerungsteile anspricht und damit größere Teile der ArbeiterInnenklasse nicht gewinnen kann. Kosmopolitisch steht dabei für zu weltoffen, zu progressiv. So lautet zugespitzt die neueste Diagnose, die die relative Schwäche der LINKEN erklären soll. Auslöser der Debatte sind die starken Zugewinne der AfD, das miserable Abschneiden der SPD und die guten Zugewinne der LINKEN in Westdeutschland. Dahinter steckt die Krisendiagnose, die Migrations- und Asylpolitik der Partei (und möglicherweise auch ihre Beschäftigung mit Themen wie Geschlechtergerechtigkeit) sei dafür verantwortlich, dass wir nicht noch besser abgeschnitten haben. Bei Lichte betrachtet zeigt sich, dass dies nicht nur grob vereinfachend ist, sondern falsche Lösungen für wichtige Herausforderungen nahelegt.

Verlieren wir „die Arbeiterklasse“?

Aber prüfen wir zunächst die Fakten. Was ist bei den Wahlen eigentlich passiert? Gegenüber 2013 hat die Partei insgesamt (bei gestiegener Wahlbeteiligung) 0,6 Prozent hinzugewonnen. Das war ein Plus von 541571 Stimmen, das sich der guten Entwicklung in den westlichen Bundesländern verdankt. Im Osten setzte sich dagegen ein Trend fort, der bereits vor dem „Sommer der Migration“ begonnen hatte: die Partei musste massive Verluste hinnehmen. Von 2009 auf 2013 verschlechterte sich das Stimmenergebnis der LINKEN bundesweit. 2013 bis 2017 setzten sich die Verluste im Osten fort, während im Westen solide Zugewinne gelangen – Ausnahme Berlin, wo die Partei 0,3 Prozent zulegte. Allerdings wurde auch hier in den Ostbezirken eher verloren, während in den Westbezirken zum Teil kräftig gewonnen wurde.

Hier scheinen Krisenmomente des ostdeutschen Parteimodells auf, nicht eine Krise der LINKEN insgesamt: stark auf Regierungsbeteiligungen ausgerichtet, kaum außerparlamentarisch aktiv und in Kämpfen der ArbeiterInnenklasse (zumal den gewerkschaftlichen) so gut wie nicht verankert. Auch ein Blick auf die demographische Entwicklung dort ist zumindest nichts für Herzschwache. Die fehlende Verankerung in der Arbeitswelt und den Stadtteilen, die Vernachlässigung des Parteaufbaus an der Basis bilden einen Teufelskreislauf. Und es wäre angebracht zu fragen, ob und wie denn Regierungsbeteiligungen dazu beigetragen haben, größere Teile der buntscheckigen ArbeiterInnenklasse zu gewinnen. Mit „übertriebenen identitätspolitischen“ Positionen jedenfalls hat diese Entwicklung wenig zu tun. Glaubt jemand tatsächlich, WählerInnen, die in Sachsen-Anhalt oder Thüringen von der LINKEN zur AfD wechselten, hätten sich anders entschieden, wenn die LINKE migrationspolitisch nicht für offene Grenzen, sondern für das heutige, stark eingeschränkte Asylrecht eintritt? Möglich, aber unwahrscheinlich. Auch eine Begrenzung von Migration durch ein entsprechendes Zuwanderungskonzept wäre in den Augen der derzeit zur AfD Tendierenden immer noch zu „großzügig“.

Natürlich gibt es auch im Westen Probleme und die LINKE kann sich nicht damit zufrieden geben, von 9,2 Prozent gewählt zu werden. Aber sind wir tatsächlich eine Partei urbaner Hipster, wie man glauben könnte, wenn man der Debatte folgt? Zu den Fakten gehört jedenfalls, dass 41 Prozent unserer Mitglieder Angestellte oder ArbeiterInnen in der Privatwirtschaft sind, also Angehörige der ArbeiterInnenklasse im engeren Sinne, hinzu kommen 34 Prozent Angehörige der lohnabhängigen

Schichten aus dem Öffentlichen Dienst. Keine andere deutsche Partei ist so sehr Partei der arbeitenden Klassen.

Und auch ein beispielhafter Blick auf Wahlergebnisse aus drei Gebieten mit eher proletarischer Zusammensetzung zeigt, dass die Diagnose „Kosmopolitismus vertreibt die ArbeiterInnenklasse“ so nicht trägt. Südbrookmerland steht für ein ländliches Arbeiterwohngebiet, Bochum I für ein eher proletarisches Stadtgebiet in NRW und Kassel-Rothenditmold für einen deklassierten Arbeiterstadtteil aus einer mittelgroßen Stadt. In Kassel gewann die Partei 2017 stadtweit 11,9 Prozent, in Rothenditmold waren es 18. In Bochum I stimmten 2013 12022 Menschen für die LINKE (7,9 Prozent), 2017 waren es 15953 oder 10,2 Prozent. In Südbrookmerland gewann die Partei 2013 473 Stimmen bzw. 4,82 Prozent, 2017 immerhin 711 Stimmen bzw. 6,6 Prozent.

Milieuforschung zeichnet ein problematisches Bild

In der Diskussion wird auf Milieuforschung Bezug genommen. Demnach findet die LINKE ihre AnhängerInnen überwiegend in gut ausgebildeten und – über oberflächliche Einstellungsmessungen bestimmte Haltungen – fortschrittlichen, weltoffenen Milieus, verliert bei anderen. Dass diese Milieus überwiegend auch Teil der ArbeiterInnenklasse im engeren Sinne und der lohnabhängigen Zwischenschichten sind, sollte dabei nicht vergessen werden. Nicht Einkommen oder Bildungsabschluss, sondern die Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entscheidet über die Klassenzugehörigkeit.



Hinzu kommt: Milieueinteilungen decken sich nur bedingt mit den realen Klassenverhältnissen. In der Studie „Populäre Wahlen“ der Bertelsmann Stiftung ist etwa von einem „prekären Milieu“ die Rede, das 9 Prozent der Wahlberechtigten umfasst. Alle Studien zeigen aber, dass allein zwischen 21 und 25 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten. Gemeint ist also nur ein bestimmtes Milieu mit Herkunft aus traditionellen ArbeiterInnenbereichen. Solche wissenschaftlichen „Kunstgriffe“ prägen die Debatten und sollten mit Vorsicht genossen werden – etwa dann, wenn es heißt, die LINKE habe bei „den“ Prekären verloren. Milieustudien umfassen in der Regel – relativ oberflächliche – Einstellungsmessungen. Darin wird oft ihre Stärke gesehen. Für eine sozialistische Politik reicht es nicht aus, desorientiert wohlmöglich sogar. Denn die Widersprüche im Alltagsbewusstsein werden so nicht deutlich. Es gibt immer Einstellungen, in unterschiedlichen Milieus, die Menschen davon abhalten, sich einer sozialistischen Kraft zuzuwenden, z.B. autoritäre Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Sexismus. Das ist in einer kapitalistischen Gesellschaft der Normalfall.

Kampf um die Köpfe führen

Die eigentlich entscheidenden Fragen schließen sich erst an: Wie

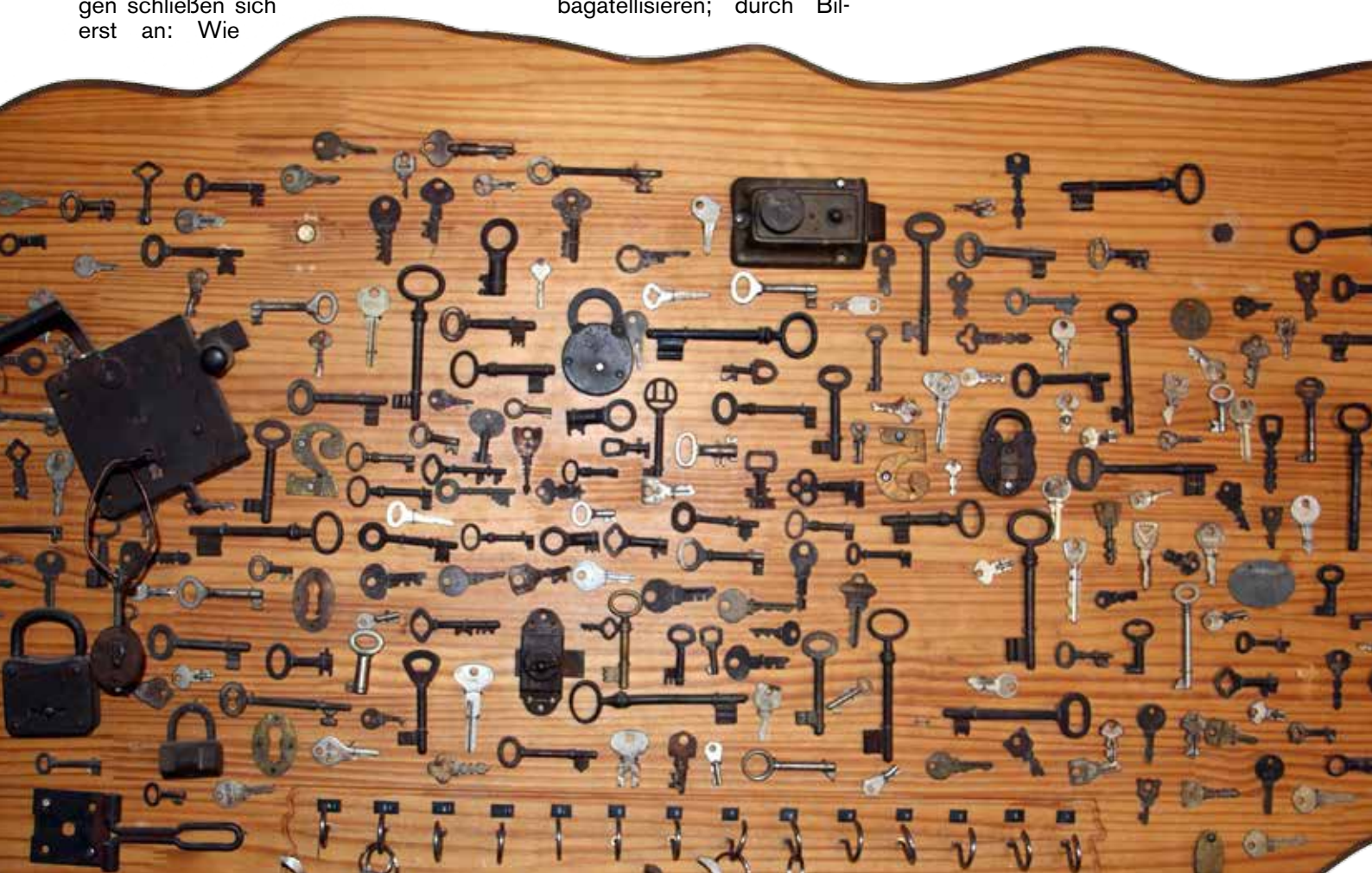
eindeutig prägen sie das Alltagsbewusstsein? Mit welchen Erfahrungen in Arbeit und Alltag gehen sie einher, mit welchen Ansprüchen auf Demokratie, an denen SozialistInnen ansetzen können? Auf autoritäre Einstellungen kann man auf zwei falsche Arten reagieren. Man kann sich einfach abwenden, diese Menschen abschreiben und den Rechten überlassen. Oder man kann darauf hoffen, sie für sich zu gewinnen, indem man sich dem anpasst, was ein Problem ist: Der erste Weg ist sektiererisch, der zweite opportunistisch.

Richtig wäre eine Strategie, die sich diesen Menschen zuwendet, aber aus einer klar sozialistischen Position heraus, die Liebe für die Klasse mit ebenso großer Sehnsucht nach einer von Rassismus und Patriarchat befreiten Gesellschaft verbindet. Die Widersprüche des Alltagsbewusstseins wären dabei, um an ein Wort von Brecht zu erinnern, unsere Hoffnung.

Wir sollten viel mehr an Organisationsprojekten von unten arbeiten, Orte der Gegenseitigkeit und Solidarität schaffen (etwa Volksküchen oder medizinische Assistenz); stattfindende Kämpfe durch politische Kampagnenarbeit flankieren, um sie zu stärken und politische Alternativen sichtbar zu machen; Widersprüche aushalten ohne sie zu bagatellisieren; durch Bil-

dungsarbeit an der Herausbildung neuer Weltanschauungen mitwirken. Es gilt, dem rechten Gesellschafts- und Staatsprojekt eine echte Alternative entgegenzusetzen, die dessen Hauptkampflinien (gegen Migration, gegen Islam, für innere Sicherheit) nicht verstärkt, indem man näher an vermeintlich „kommunitaristische“ Einstellungen (begrenzter Gemeinschaften und nationaler Zugehörigkeiten) heranrückt, sondern das politische Konfliktfeld neu strukturiert: durch eine antirassistische, internationalistische und feministische Klassenpolitik. Dazu gehören auch linkspopulistische Zuspitzungen, die der Macht der Millionäre und ihrer politischen Eliten die demokratische Rebellion der Millionen gegenüberstellen. Durch eine Partei, die eine lebendige Wechselbeziehung mit vielen Sektoren der buntscheckigen ArbeiterInnenklasse unterhält, weil sie an vielen Orten kämpft, widerspricht, diskutiert, sich streitet und geduldig zu überzeugen sucht.

Thomas Goes arbeitet als Arbeitssoziologe am SOFI in Göttingen, ist Mitglied der LINKEN und aktiv bei „organisieren-kämpfen-gewinnen“ (www.organisieren-gewinnen.de).



Links und kommunitaristisch

Andreas Nölke widerspricht der Einschätzung, dass kommunitaristische Positionen automatisch rechte Positionen sind und wirbt für einen linken Kommunitarismus

Traditionell hat die Links-Rechts-Dimension in den vergangenen Jahrzehnten den meisten Parteien (und ihren Wählern) als Bezugsrahmen für die Verortung im politischen System gedient. Menschen haben sich zumeist entweder als „links“, „rechts“ oder in der Mitte des politischen Spektrums verortet. Ausschlaggebend für die Zuordnung war normalerweise die Wirtschafts- und Sozialpolitik, etwa die Frage, ob der Staat die Verteilung wirtschaftlicher Güter durch Marktprozesse akzeptieren (rechts) oder sozial ausgleichend eingreifen soll (links).

Die traditionelle Dominanz der Links-Rechts-Orientierung soll uns aber nicht davon ablenken, dass es auch andere Dimensionen gibt, die den politischen Wettbewerb strukturieren können. Um die Jahrtausendwende war das beispielsweise die Liberal-Konservativ-Orientierung in der Gesellschaftspolitik. Die rot-grüne Koalition unterschied sich von ihren Vorgängern nicht durch eine linke Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern vielmehr durch eine deutlich liberalere Gesellschaftspolitik, etwa in Gleichstellungsfragen zwischen Männern und Frauen oder in Bezug auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Die entsprechenden Reformen wurden durch spätere Bundesregierungen nicht zurückgenommen. Diese Konfliktlinie ist damit inzwischen für den Großteil der Bevölkerung in den Hintergrund getreten.

Heute wird der Parteienwettbewerb zunehmend von einer alternativen Konfliktlinie strukturiert, für die sich in der aktuellen Diskussion – etwa bei Ruud Koopmans, Wolfgang Merkel und Michael Zürn vom Wissenschaftszentrum Berlin – die Gegenüberstellung von „kosmopolitisch“ versus „kommunitaristisch“ eingebürgert hat, auch wenn sie die

ursprüngliche Verwendung dieser Begriffe in der politischen Philosophie nicht trifft.

Kosmopolitische Positionen zeichnen sich nach dieser Gegenüberstellung dadurch aus, dass sie nicht nur in einer globalisierten Ökonomie die unvermeidbare Moderne sehen, sondern auch in Formen des Regierens jenseits des Nationalstaats, insbesondere der EU. Offene Grenzen sind sehr positiv besetzt, nicht nur in Bezug auf den Handel. In der aktuell zentralen Konfliktlinie der Migration befürworten die Kosmopoliten eine große Offenheit und Toleranz, Flüchtlinge werden grundsätzlich als Bereicherung gesehen, nicht als Konkurrenten oder Bedrohung.

Kosmopolitische und kommunitaristische Positionen

Kosmopolitische Positionen werden tendenziell von jenen Menschen vertreten, die etwa aufgrund ihrer hohen formalen Bildung, ihres Berufs, ihrer Lebensphase (Jüngere) und ihrer potentiellen Mobilität von Globalisierungsprozessen und wirtschaftlichem Strukturwandel eher gewinnen oder meinen zu gewinnen. Sie leben besonders häufig in Universitätsstädten.

Kommunitaristische Positionen haben dagegen die Bedeutung von lokaler oder nationaler Demokratie und Solidarität hervor, eine Solidarität, die aber gerade gegenüber MigrantInnen nicht grenzenlos sein könne, um einen funktionsfähigen Sozialstaat aufrecht erhalten zu können. Letzterer ist aus dieser Sicht jedoch essenziell, um Menschen einen Schutz gegen die Unbilden des Marktes zu bieten. Kommunitaristische Positionen zeigen eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen Globalisierung und gegenüber internationalen Institutionen, die nationale Demokratie und

wirtschaftspolitische Handlungsspielräume unter Druck setzen, wie beispielsweise TTIP oder die EU.

Kommunitaristische Positionen werden eher von jenen vertreten, die sich durch Globalisierungsprozesse – etwa im Bereich der Migration – und wirtschaftlichen Strukturwandel unter Druck sehen und in ihrem Lebenswandel stärker an ihre Region gebunden sind, sie werden eher von formal weniger gebildeten und älteren WählerInnen vertreten.

Die Herausbildung der neuen Differenzierung im politischen Wettbewerb hat bei vielen BeobachterInnen zu Konfusion geführt, insofern kommunitaristische Positionen häufig mit „rechten“ Positionen assoziiert werden. Die Zuordnung von Euro-, Globalisierungs- und Migrationsskepsis als „rechts“ ist allerdings verfehlt, denn die beiden analytischen Dimensionen „links-rechts“ und „kommunitaristisch-kosmopolitisch“ sind analytisch voneinander unabhängig. Sie können durch reale politische Positionen und Parteien unterschiedlich kombiniert werden. Die Abwesenheit einer Partei, die in Deutschland linke und kommunitaristische Positionen verknüpft, und die Prominenz der AfD, die kommunitaristische Positionen von rechts anspricht, führen allerdings dazu, dass kommunitaristische Positionen häufig pauschal als „rechts“ eingestuft werden.

Kommunitaristische Positionen auf der linken und der rechten Seite des politischen Spektrums differieren nicht nur tiefgehend in Bezug auf ökonomische Verteilungsfragen. Sie unterscheiden sich in der Praxis auch in der Begründung und Radikalität ihres Kommunitarismus. Rechte Positionen beruhen auf rassistisch-kulturalistischen Zuschreibungen unterschiedlicher Identitäten und

sind regelmäßig viel radikaler als linke. Positionen wie jene der AfD wenden den Schutz der eigenen Gemeinschaft in einen Chauvinismus gegenüber anderen, einschließlich Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, bis hin zu völkischen Positionen. Linken geht es dagegen um die pragmatische Einsicht, dass derzeit Sozialstaat und Demokratie am besten auf der nationalen Ebene zu verteidigen sind. Die internationale Perspektive besteht dann im Aufbau von Demokratie und Sozialstaaten in möglichst vielen Ländern anstatt der Vorstellung, das ließe sich global und ohne Grenzen organisieren.

Besonders deutlich kann man diesen Unterschied am Beispiel des Umgangs mit türkischstämmigen Deutschen illustrieren: Während die RepräsentantInnen der AfD das Misstrauen gegen deren Religion schüren, muss es einer links-kommunitaristischen Position im Gegenteil gerade auch um die politische Vertretung dieser Bevölkerungsgruppen gehen, auch da sie in Bezug auf formale Bildung und sozio-ökonomischen Status zu den weniger Privilegierten gehören, und damit zu den Kernklientelen einer solchen Position.

Potenzial für Linke

Besonders deutlich ist die Vereinbarkeit der beiden Präferenzen „links“ und „kommunitaristisch“ in Bezug auf die Opposition zur EU (der mit den Grundfreiheiten der wirtschaftliche Liberalismus in die Verfassung geschrieben ist), zum deutschen Exportismus (mit seinem Fokus auf Wettbewerbsvorteilen durch Niedriglöhne) und zu sozial unregulierter Migration (die regelmäßig zu Druck auf die ansässige Bevölkerung in demselben Qualifikationsniveau führt).

Durch die Abwesenheit einer links-kommunitaristischen Option fehlt vielen WählerInnen in Deutschland bisher ein politisches Angebot – im Gegensatz zu vielen Nachbarländern, etwa den Niederlanden (SP), Belgien (PTB) oder Dänemark (Enhedslisten). Ein Teil der seit langem rückläufigen Wahlbeteiligung ließe sich nach dieser Interpretation nicht zuletzt dadurch erklären, dass viele Menschen keine Partei finden, die ihren Präferenzen entspricht.

Eine seriöse Einschätzung des Wahlpotentials für eine links-kommunitaristische (von mir als „links-

populär“ bezeichnete) Position ist derzeit nicht möglich. Es gibt jedoch Hinweise, dass dieses Potential enorm ist. Zwei Gruppen stehen dabei im Vordergrund: Zum einen sind das jene Menschen, die schon lange nicht mehr wählen gehen (etwa ein Viertel der Bevölkerung). Zum anderen sind das jene Wähler der AfD, die nicht rassistisch motiviert sind, sondern diesen Wahlakt als Protest gegen ihre Vernachlässigung sehen. Das Potenzial wächst durch traditionelle SPD-Wähler, die sich von der Sozialdemokratie nicht mehr vertreten sehen.

Andreas Nölke ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie an der Universität Frankfurt/Main und Autor des Buchs „Linkspopulär: Vorwärts handeln statt rückwärts denken“.



Fata Morgana „Kommunitarismus“

Die Gegenüberstellung von „kosmopolitischen“ und „kommunitaristischen“ Milieus ist eine Sackgasse, findet **Jörg Schindler**

Andreas Nölke wirbt für eine „links-kommunitaristische“ Option, da für diese WählerInnen in der Bundesrepublik ein politisches Angebot fehle. Weder seine Analyse, noch die politische Schlussfolgerung hält jedoch nach meiner Auffassung einer Überprüfung in der Praxis stand. Selbstverständlich ist nicht zu bestreiten, dass durch die Bevölkerung ein scharfer gesellschaftlicher Konflikt geht: Dieser kreist darum, ob eine Regulierung politischer Prozesse a) überhaupt noch möglich ist und b) eher auf regionaler oder nationaler Ebene oder eben auf übernationaler Ebene erfolgen kann.

Nölkes Vorschlag ist nicht links-kommunitaristisch

Nölke geht davon aus, dass „die Bedeutung lokaler oder nationaler Demokratie und Solidarität hervorzu(heben)“, solidarischer oder fortschrittlicher sei. Nölke selbst merkt an, dass eine solche Solidarität, „aber gerade gegenüber MigrantenInnen nicht grenzenlos sein kann, um einen funktionierenden Sozialstaat aufrecht erhalten zu können“. Das lässt aufhorchen: Offenbar ist die kommunitaristische Solidarität also doch nicht an die räumliche Nähe, sondern an die Herkunft gebunden. Das ist ein bemerkenswerter Bruch. Links-kommunitaristisch handelnde Menschen würden nämlich keinen Unterschied zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft machen. Die in der Flüchtlingshilfe Engagierten handeln durchaus im besten Sinne des Wortes kommunitaristisch, helfen Neuangekommenen, in ihren lokalen Orten bei der Unterbringung, in

Sprachkursen. Das oft ganz ohne Verweis auf „große weltpolitische Zusammenhänge“, sondern als ein spontaner Akt der Solidarität im Nahraum. Demgegenüber finden wir seit 2015 auch im schlechten Sinne „kosmopolitisch“ argumentierende Leute, die wollen, dass die vor Krieg, Verfolgung und Armut Geflüchteten lieber „ihr Land wieder aufbauen sollten“ oder die Flüchtlingsaufnahme als Abziehen von Fachkräften aus armen Ländern darstellen („brain drain“). Der Bezug auf lokale und regionale Gemeinschaften wie auf globale Zusammenhänge kann also umfassend solidarisch und links sein –oder rückschrittlich, nationalistisch geprägt. In der Bevölkerung finden sich beide Tendenzen und zum Teil überschneiden sie sich.

Kommunitarismus und Kosmopolitismus von links

Das wird auch in anderen Konflikten deutlich. Keineswegs war die Zustimmung zu TTIP in jüngeren Milieus aus Universitätsstädten größer als in Kleinstädten und unter bedrohten Schichten im Niedriglohnbereich. Wenn man sich die TeilnehmerInnen der Demos anschaut, bildeten gerade kritisch-solidarische Mittelschichten, also jene, die nach Nölke angeblich „kosmopolitisch“ orientiert sein müssten, die Basis einer TTIP-kritischen Position in der Bevölkerung. Auch anhand eines etwas älteren Beispiels wird deutlich, wie wenig stimmig die Unterscheidung ist: der Gründung von attac. Auch hier bewirkten Menschen beider

angeblicher Strömungen die Etablierung dieses anti-neoliberalen Netzwerks in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Sie einte ein Unbehagen an der neoliberalen Ausrichtung der Finanzmärkte und des Welthandels. Es handelte sich um eine solidarische Haltung, die sich sowohl aus tatsächlich kommunitaristischer Überzeugung speisen konnte (die so genannten „Deglobalisierer“, die die wirtschaftliche Globalisierung zu Gunsten regionaler, ökologischer Wirtschaftskreisläufe begrenzen wollen) als auch aus „kosmopolitischer“ Überzeugung. Damals wurde über Möglichkeiten und Ebenen anti-neoliberaler Regulierung als radikale Reformpolitik kontrovers diskutiert. Aber es waren immer beide Auffassungen, „kommunitaristische“ wie „kosmopolitische“ dabei, und beide Positionen durften mit Recht das Ticket „links“ beanspruchen.

Bei Lichte betrachtet, benötigt die politische Linke eben beides: den „kommunitaristischen“ Gedanken, dass Solidarität und die Zurückdrängung von Herrschaftsverhältnissen immer auch im sozialen Nahraum verankert und von diesem ausgehen muss, sei es beim Kampf gegen eine Mieterhöhung im Kiez, um die gute Versorgung bei Pflegebedürftigkeit oder solidarische Betriebsratsarbeit. Und den „kosmopolitischen“ Gedanken, dass jedes gesellschaftskritische Engagement immer auch den Zusammenhang über den sozialen Nahraum hinaus

der Unterbringung, in



herstellen muss, weil die Verhältnisse, die zu Armut, Verunsicherung und Leiden im Alltag führen, einen Zusammenhang bilden, der weit über die regionale Ebene hinausgeht. Die gesellschaftlichen und Klassenkonflikte betreffen Menschen, die sich ganz unterschiedlichen lokalen oder weltanschaulichen Gemeinschaften zugehörig fühlen. Wird kommunitaristisches Engagement nicht umfassend solidarisch und in eine internationalistische Perspektive eingebettet, verkommt der "kommunitaristische" Gedanke zur auf Dauer hilflosen, rein lokalen oder gar egoistisch-bornierten Organisation, die nicht geeignet ist, gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend zu verändern. Eine Aufspaltung linker Politik in "Kommunitaristen" und "Kosmopoliten" ist eine gefährliche Sackgasse. Schlimmstenfalls ist es eine Denunziation, und zwar in beide Richtungen: Wer will sich schon gern als Gehilfe des "no-border-Neoliberalismus" bezeichnen lassen, wer umgekehrt als latent fremdenfeindlicher Provinz-Hinterwäldler? Eine solche Unterscheidung schwächt die Linke.

Auch für Wahlkämpfe eine Sackgasse

Die Beispiele machen die analytische Schwäche von Nölkes Unterscheidung deutlich: Es handelt sich um ein lediglich formale Unterscheidung. Ähnlich wie etwa in der Extremismustheorie werden nicht die wirklichen Inhalte der „kommunitaristischen“ und „kosmopolitischen“ Anschauungen in der Bevölkerung genau analysiert, sondern nur mit oberflächlichen Etiketten gearbeitet. Dies ist untauglich für eine erfolgreiche linke Strategie.

Das angeblich "enorme Potenzial" für eine vermeintlich „links-kommunitaristische“ Partei, von dem Nölke spricht, ist in Wirklichkeit eine zum Teil vorhandene Zustimmung in traditionellen ArbeiterInnenmilieus für eine national-orientierte und gesellschaftspolitisch recht konserva-

tive sozialdemokratische Position. Und dieses ist eben für Linke auch bei einer veränderten Sprache und Botschaft nicht einfach „abzurufen“. Auch das Beispiel der SP in den Niederlanden, immerhin von Nölke als Vorbild benannt, zeigt bei genauerer Betrachtung, dass eine solche Strategie nicht nur politisch gefährlich, sondern auch erfolglos ist.

So verlor die SP der Niederlande bei der letzten Kommunalwahl ca. 30-50 Prozent ihrer Stimmen, vor allem an die Konkurrenten von GroenLinks und an die Konservativen. Hintergrund dieser negativen Entwicklung war auch, dass die SP vermieden hatte, den Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Migrationspolitik aufklärerisch zu bearbeiten und insbesondere nicht mit einer humanen Migrationspolitik und der Forderung nach Bleiberecht verbunden werden wollte. Dies führte zum einen zur Entfremdung von einem Teil ihrer aktiven Basis und WählerInnenenschaft, der dann zu den linksliberalen Grünen abwanderte; zum anderen aber konnten keine anderen WählerInnengruppen gewonnen werden. Auch in migrantischen oder städtisch geprägten Bereichen führte diese angeblich "bodenständige" Strategie zu einem Desaster.

Sozialstaat und Demokratie auf allen Ebenen verteidigen

Selbstverständlich ist auch ein schlichter Bezug auf die städtischen Milieus kein Weg, sondern es muss darum gehen, die gemeinsamen materiellen Interessenlagen unterschiedlicher Milieus an einer anti-neoliberalen Regulierung des Kapitalismus, auf der regionalen, nationalen oder auch auf europäisch/internationalen Ebene, herauszuarbeiten und zu verbinden.

Die "Kommunitarismus-Doktrin" ist ideologisch, indem sie voraussetzt, was sie angeblich "beweisen" will: Dass es "Linken um die pragmati-

sche Einsicht" ginge, "dass derzeit Sozialstaat und Demokratie am besten auf der nationalen Ebene zu verteidigen sind, (...) anstatt der Vorstellung, das ließe sich global und ohne Grenzen organisieren". Wenn dem so wäre, bräuchte es tatsächlich nur noch genügend "Kommunitaristen" weltweit. Es blendet völlig aus, dass gerade zwischen Regionen und Nationalstaaten die kapitalistische Konkurrenz wirkt. Diese wurde gezielt von neoliberaler Politik durch den Umbau zum "nationalen Wettbewerbsstaat" angeheizt. In den 1990er Jahren herrschte daher ebenso eine massive nationale Standortkonkurrenz. Weil die Löhne und sozialen Standards so stark auseinanderklaffen, kann man "Sozialstaat und Demokratie" eben nicht "am besten auf nationaler Ebene verteidigen". In Zeiten des entfesselten Neoliberalismus muss auch die Gegenbewegung transnational organisiert und handlungsfähig sein. Die dauerhafte Durchsetzung und Absicherung linker Alternativen kann perspektivisch ebenfalls nur auf internationaler Ebene gelingen.

Bei der Gründung des globalisierungskritischen Netzwerks attac war eine wichtige Erkenntnis, dass eine Regelung von Migration, internationalen Handelsbeziehungen, gar eine Vermögensumverteilung und solidarische Neuordnung der Produktionsbeziehungen insgesamt nicht "kommunitaristisch" oder "kosmopolitisch" gelingen, sondern nur in einer Wechselwirkung von regionaler, nationaler und internationaler Ebene durchgesetzt und geregelt werden kann. Dahinter sollte die Linke von heute nicht zurückfallen.

Jörg Schindler ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der SL und stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN Sachsen-Anhalt, er arbeitet als Anwalt für Arbeits- und Sozialrecht.



Klassenkampf (queer-)feministisch, antirassistisch und populär

Lia Becker und Kerstin Wolter widersprechen dem vermeintlichen Widerspruch von Identitäts- und Klassenpolitik

In der LINKEN und der Linken wird derzeit viel darüber diskutiert, wie angesichts der Entwicklung hin zu einem autoritären Neoliberalismus und des Aufschwungs rechtspopulistischer Kräfte, eine Neubestimmung linker Politik aussehen könnte. In dieser Debatte werden häufig „Klassenpolitik“ und „Identitätspolitik“ gegeneinander diskutiert. Mehr oder weniger subtil schwingt dabei mit: Feministische, antirassistische oder queere Kämpfe seien Identitätspolitiken, die sich um das Selbstverständnis, die Lebensweise und die besonderen Interessen von Minderheiten drehen. Im Gegensatz dazu würde sich Klassenpolitik auf

gemeinsame und durch die Position als Lohnabhängige objektiv gegebene Interessen beziehen – und hätte demnach den Vorrang. In der aktuellen Debatte wird etwa dafür plädiert, dass die Linke „die Modernisierungsverlierer“ verstärkt ansprechen solle, statt sich an urbanen Milieus mit „kosmopolitischer“ Orientierung und postmoderner Lebensweise zu orientieren (vgl. die Artikel von Jan Korte sowie Heidorn/Marose, 2018). Didier Eribon, auf dessen Buch „Rückkehr nach Reims“ sich die Debatte immer wieder bezieht, hat sich zuletzt klar geäußert: „Es wurde so getan, als wäre meine Botschaft: Hört auf von Feminismus,

LGBT-Rechten und Einwanderern zu reden. Wir müssen uns wieder auf linke Werte und die Arbeiterklasse besinnen. So wurde ja auch mein Buch von Vielen gelesen, ganz besonders in Deutschland. Das halte ich für Unsinn (...).“

Wer ist die Arbeiter_innenklasse heute?

So lange offen bleibt, wer die Arbeiter_innenklasse heute ist und nur vage von „Modernisierungsverlierern“ und der „Mitte“ die Rede ist, bleibt unklar, was linke Klassenpolitik heißt. Wenn wir die unterschiedlichen Positionen von Lohnabhängigen betrachten, z.B. entlang der



Arbeit in profitablen Exportsektoren, produzierender Arbeit in Kleinbetrieben, Arbeit in wachsenden Dienstleistungsbranchen, Geschlecht, Bildung und Qualifikation, Stadt und Land sowie abgehängten oder boomenden Regionen, Migrationshintergrund, sexueller Lebensweise, körperlicher und gesundheitlicher Einschränkung, wird deutlich: Die Arbeiter_innenklasse ist vielgestaltig, mit potenziell gemeinsamen Interessen und konkret unterschiedlichen Alltagserfahrungen und Bedürfnissen.

Deutlich wird auch, dass manche Teile der Arbeiter_innenklasse stärker von Ausbeutung, gesellschaftlicher Gewalt und den Folgen neoliberaler Politik betroffen sind als andere. Allgemein sind in den vergangenen Jahrzehnten die Reallöhne gesunken, haben befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Teilzeit- und Minijobs massiv zugenommen. Mehr als die Hälfte hat ein geringeres Einkommen als vor 10 Jahren. Etwa 30 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland leben und arbeiten in prekären, unsicheren Verhältnissen. Von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen und Armut sind Frauen, Migrant_innen sowie ältere und junge Arbeiter_innen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen am stärksten betroffen. So arbeiten rund 22 Prozent aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen unter 10 Euro die Stunde – aber 34 Prozent aller Nicht-Deutschen, 30 Prozent aller Frauen, 27 Prozent aller 24- bis 35-jährigen, 43,4 Prozent aller ohne Berufsausbildung. Das

sind statistische Unterscheidungen, in der Wirklichkeit gibt es zahlreiche Überschneidungen.

Jene Menschen, die am meisten von Ausbeutung, Diskriminierung, sozialen und politischen Ausschlüssen betroffen sind, werden in der linken Debatte oft erneut unsichtbar gemacht und nicht als mögliche politisch handelnde Subjekte einer neuen Klassenpolitik erkannt. Das liegt auch daran, dass die Verschränkung von Klasse, Geschlecht, Rassismus, Homo- und Trans*feindlichkeit oft ausgeblendet wird. So sind Frauen* fünf Mal häufiger von Diskriminierung betroffen als Männer* (das *verweist auf eine Vielzahl von Geschlechtern, geschlechtlichen Lebensweisen, die nicht dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht entsprechen oder sich der vorherrschenden Alternative „Mann“, „Frau“ entziehen). Dieses Verhältnis wird noch deutlicher, wenn das Einkommen, Bildung, Lebensalter, Migrationshintergrund und sexuelle Orientierung hinzukommen. Lesbische Frauen aus der Arbeiter_innenklasse etwa arbeiten überdurchschnittlich häufig in prekären Jobs, sind mit Diskriminierung als Frauen* und als Lesben konfrontiert. Belastbare Zahlen zu Mehrfachdiskriminierungen sind immer noch rar, es wird zu wenig Forschung dazu gefördert. Eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt: Dreiviertel (76,3 Prozent) der lesbischen und trans*-Beschäftigten haben Diskriminierung am Arbeitsplatz in mindestens einer Form erlebt.

Klassenfragen und Identität(skritik)

Klassenfragen und Fragen der Identität voneinander zu trennen hat eine lange Tradition in der Klassentheorie. Ebenso lang ist die Geschichte der Kritik an dieser Position aus der Perspektive sozialistischer Feminist_innen und besonders aus Perspektive schwarzer, lesbischer und queerer Aktivist_innen. In Teilen der deutschen Linken ist diese Kritik leider bis heute noch nicht systematisch zur Kenntnis genommen worden. Eine verpasste Chance, wie wir finden.

Aus feministischer und antirassistischer Perspektive wird immer wieder dafür plädiert, den Blick auf die Lohnabhängigen als „ganze Menschen“ und damit auch auf ihre Lebensweise zu richten. Wenn, wie häufig, „soziale Frage“ und „kulturelle Kämpfe“ um Lebensweisen und Identitäten gegeneinander diskutiert werden, wird etwas voneinander getrennt, was im Alltagsleben miteinander verbunden ist: wie wir arbeiten und leben und dabei fühlen, denken, lieben, trauern; Erniedrigung, Diskriminierung, Gewalt oder Macht erfahren; uns dabei schämen, hilflos oder wütend fühlen. Eine intersektionale Perspektive macht deutlich, wie sich unterschiedliche Herrschafts- und Machtverhältnisse im Alltag konkret auswirken – wie sich dabei Ausbeutung, Gewalt und Diskriminierung gegenseitig verstärken.

Das Beispiel der #metoo-Bewegung zeigt, warum die Trennung von Kämpfen in der Lohnarbeit und im



Alltag, um soziale Frage und „Identität“ eine Sackgasse ist. #metoo hat dazu beigetragen, dass sexualisierte Übergriffe und Gewalt, die in unserer Gesellschaft allgegenwärtig sind und zu oft als normal hingenommen werden, von vielen Frauen* sichtbar gemacht wurden. Der Vorwurf, sich erneut zum Opfer zu machen, ist absurd. Viele Frauen* waren mutig genug, Scham und Vereinzelung zu überwinden, Solidarität und gemeinsamen Widerstand von Frauen* denkbar zu machen. Neben zwischenmenschlichen Beziehungen, der Familie und dem öffentlichen Raum, wurde in der Debatte leider nur ansatzweise der Betrieb als Ort von Übergriffen und als Raum feministischen Widerstands sichtbar. Frauen* im Niedriglohsektor haben es oft schwerer, sich am Arbeitsplatz zur Wehr zu setzen. Auch die Finanzierung autonomer Frauenhäuser und Unterstützungsangebote für Frauen mit niedrigem Einkommen und geringerer Bildung ist eine Frage von Klassenpolitik. In der #metoo-Bewegung wird noch zu wenig thematisiert, dass Einkommen, Wohnort, Mobilität, wie unser Körper aussieht und wie wir sprechen, mit darüber bestimmen, wie wahrscheinlich es ist, von direkter sexualisierter, homo- und transfeindlicher Gewalt betroffen zu sein, von Polizei und Behörden Unterstützung oder zusätzliche Diskriminierung zu erwarten.

Für eine feministische, intersektionale und verbindende Klassenpolitik

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nicht: Identitätspolitik oder Klassenpolitik (bzw. was davon Priorität haben soll), sondern: welche Klassenpolitik? Welche Identitäten werden als selbstverständlich angese-

hen in politischen Diskussionen und Organisationen? Und wer muss die eigene Position, Erfahrung und politische Verortung gegen machtvolle Widerstände, Ausschlüsse, Unsichtbarkeit und Scham immer wieder einfordern und sichtbar machen?

Es geht dabei weder politisch noch analytisch um „Minderheitenfragen“. Dieser Begriff ignoriert, wie der Zusammenhang von Klasse mit Rassismus, Sexismus und Heteronormativität vermittelt wird und auf sehr unterschiedliche Weise das Leben aller prägt. Wir alle sind in die Verhältnisse, „die aus dem Menschen ein erniedrigtes und geknechtetes Wesen machen“ (Marx) eingebunden, wirken aktiv oder passiv duldend daran mit – oder arbeiten an ihrer Umwälzung.

Feministische Klassenpolitik geht so auch über den liberalen Feminismus und liberale schwul-lesbische Identitätspolitik hinaus, die sich stark auf die Lebensrealität weißer Mittelklassenangehöriger konzentrieren und nicht die Verschränkung von Ausbeutung und Herrschaftsverhältnissen kritisieren. So plädiert die US-amerikanische Feministin Nancy Fraser in diesem Zusammenhang für einen „Feminismus der 99%“, der sich gegen den neoliberalen Kapitalismus und die Bereicherung der Multi-Millionäre, gegen den liberalen „Feminismus“ der Eliten und Konzerne ebenso wendet wie gegen die autoritäre, sexistische und rassistische Klassenpolitik von Trump und der neuen Rechten.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Diskussionen rund um die transnationalen Frauenstreiks, die u.a. in Argentinien, den USA, Spanien, Italien und Polen stattfanden. In diesen wird das Verständnis

von Klasse neu bestimmt und erweitert. An die Stelle des einheitlichen Wir tritt eine Perspektive, die Differenzen und Machtverhältnisse innerhalb der lohnabhängigen Klasse und zwischen Frauen* sichtbar macht, Zusammenhänge herstellt und Solidarität ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen entwickelt.

Hierzulande scheint es uns kurzfristig nicht möglich, eine Mehrheit der Lohnabhängigen für linke Politik zu gewinnen. Aber es gibt Ansätze für Klassenformierung und Kämpfe. Dazu gehören die Pflegestreiks und die Streiks im Sozial- und Erziehungswesen sowie im Handel (in denen mehrheitlich Frauen streikten), kleinere Streiks in prekären Bereichen wie der Logistik, Gastronomie, wachsende Proteste gegen steigende Mieten und Verdrängung. Im wachsenden Bereich des sogenannten „Plattformkapitalismus“ gibt es erste Organisierungserfahrungen von Fahrradkurierern. Die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, kommen aus den unterschiedlichsten Teilen der Arbeiter_innenklasse, sie sind Migrant_innen und Queers, Menschen, die schon ihr ganzes Leben in Deutschland leben und jene, die erst vor kurzem hierhergekommen sind. Ihre Solidarität ist Herausforderung und Chance einer verbindenden Klassenpolitik.

Wenn wir als LINKE mehr Menschen für eine Alternative gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus erreichen und organisieren wollen, brauchen wir eine verbindende und emanzipatorische Klassenpolitik. Diese muss von den konkreten Erfahrungen, den Arbeits- und Lebensverhältnissen derjenigen ausgehen, die am meisten von Ausbeutung und Armut, prekären Lebensver-



hältnissen betroffen sind. Zugleich müssen wir versuchen, Menschen aus Milieus der lohnabhängigen Mittelschichten, die zum Teil auch von sozialem Abstieg bedroht sind oder (zeitweise) prekär arbeiten, für gemeinsame Forderungen und übergreifende Kämpfe zu gewinnen. Dabei geht es nicht um Verbindungen nur um des Verbindens Willen. Nur auf bestimmte, z.B. weniger prekäre oder „deutsche“ Teile der Arbeiter_innenklasse zu setzen, würde nicht nur die Spaltungen, die der Kapitalismus produziert, unangetastet lassen. Ein solches Herangehen wäre auch mittelfristig wirkungslos gegen den Aufstieg der Rechten. Diese setzen nämlich auf eine klare, rassistische und männlich geprägte Identitätspolitik: der Identität eines vermeintlich homogenen deutschen Volks werden Geflüchtete, Muslime, Feministinnen, LGBTI, Linke entgegengesetzt.

Für eine verbindende Klassenpolitik sind Themen wie höhere Löhne und Abschaffung prekärer Arbeit, Tarifbindung (die Mehrheit der Frauen* und Migrant_innen arbeitet in nicht-tarifgebundenen Unternehmen), gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Aufwertung der feminisierten und unterbezahlten Arbeiten, armutsfeste Renten, Zugang zu Gesundheitsversorgung und bezahlbare Mieten wichtig. Es muss uns darum gehen, diese mit feministischen Perspektiven wie einer gerechten Verteilung der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit zu verbinden. Gesundheitsversorgung, Pflege und Wohnungsbau müssen der Profitlogik entzogen und wirklich demokratisiert werden. Geschlechtergerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit müssen Maßstäbe der Umgestaltung sein. Denn zu gemeinsamen

Kämpfen taugen solche verbindenden Themen und Forderungen nur, wenn die unterschiedlichen Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen*, Migrantinnen und LGBT darin konsequent einbezogen, statt unsichtbar gemacht werden. Genauso gehen auch die Kämpfe gegen sexualisierte Gewalt, für Bleiberecht für alle und für geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung nicht nur die Betroffenen an. Sie sind Teil des Klassenkampfes – der einen wie der anderen Seite.

Im Spannungsverhältnis von Klassenkampf und Emanzipation

Marx schreibt in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie von „der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, [...] einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren [...]. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat.“

Es wird eine Spannung deutlich zwischen dem Begriff der Arbeiter_innenklasse, der auf die kollektive Macht der Lohnabhängigen durch die Stellung in den Produktionsverhältnissen verweist, und dem Begriff des Proletariats, der für die Emanzipation aller Menschen durch Auflö-

sung der Teilungen der bürgerlichen Gesellschaft durch eine radikal veränderte gesellschaftliche Arbeitsteilung steht. Wird das Proletariat heute konkret und nicht abstrakt betrachtet, zeichnet es sich durch größtmögliche Verschiedenheit aus – und zugleich durch die Gemeinsamkeit, in einem zunehmend autoritären Kapitalismus anteilslos zu sein, mehrheitlich aus Frauen und feminisierten Körpern zu bestehen, mehrfach unterdrückt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt und von verschränkten Gewaltverhältnissen betroffen zu sein.

Eine verbindende Klassenpolitik steht vor der großen Herausforderung, die sich schneller verändernde, heterogene Zusammensetzung von Arbeiter_innenklasse und Proletariat heute mit den darin wirksamen machtvollen Differenzen zu erkennen – und nach Anknüpfungspunkten für übergreifende Solidarität zu suchen. Das setzt voraus, jene, die am meisten von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind, nicht erneut unsichtbar zu machen, sondern ihre Geschichten des Widerstands und der Solidarität, wie die der vielgestaltigen Arbeiter_innenklasse insgesamt – zu hören, sichtbar zu machen und gemeinsam mit übergreifender Solidarität ein neues Kapitel Geschichte zu schreiben.

Lia Becker ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der SL und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Parteivorsitzenden Bernd Riexinger, Kerstin Wolter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Parteivorsitzenden Katja Kipping.



Wie es gelang, mit einer Rückbesinnung auf linke Forderungen und der Unterstützung tausender Freiwilliger die Labour Party umzukrempeln, beschreibt Sarah Nagel

Zurück in die Zukunft

Jeremy Corbyn und seine UnterstützerInnen haben in den letzten Jahren zwei scheinbare Überraschungserfolge organisiert. Einmal, als der Sozialist Corbyn 2015 in einer Urwahl zum Parteivorsitzenden der britischen Labour Party gewählt wurde. Und ein weiteres Mal, als die Sozialdemokraten bei der Unterhauswahl am 8. Juni 2017 40 Prozent der Stimmen gewinnen konnten und damit den konservativen Tories die absolute Mehrheit vermasselten. Durch die Bewegung um Corbyn ist der Labour Party etwas gelungen, woran andere sozialdemokratische Parteien in Europa gescheitert sind: Sie hat sich programmatisch und personell erneuert und massiv Mitglieder gewonnen. 2014 waren es noch weniger als 200.000, jetzt sind es mehr als 500.000.

Labour ist mit linken Forderungen bei Wahlen erfolgreich und organisiert zehntausende AktivistInnen, die vor Ort für sie eintreten. Natürlich ist dieser Kurs in der Partei umstritten. Labour ist immer noch keine linke

Partei, sie hat nur neuerdings einen starken linken Flügel. Die neoliberalen Blairites und VertreterInnen gemäßiger sozialdemokratischer Positionen sind immer noch da und stellen die Mehrheit unter den Parlamentsabgeordneten. Noch ist unklar, ob die Dynamik der Bewegung verstetigt werden kann, vor allem außerhalb von Wahlkämpfen. Dass sie einfach wieder verschwindet, ist aber unwahrscheinlich. Dazu hilft es zu verstehen, wo sie herkam.

Eine Bewegung sucht ihr zu Hause Labour ist nicht plötzlich nach links gerutscht. Dass die Mitglieder 2015 einen erklärten Sozialisten zum Vorsitzenden wählten, war das Resultat einer langjährigen Entwicklung. Sie begann bereits 2008, als die internationale Wirtschaftskrise viele der neoliberalen Grundsätze ins Wanken brachte, die zu diesem Zeitpunkt in der Partei vorherrschend waren. Tony Blair und seine Vertrauten hatten ab den 1990er Jahren dafür gesorgt, dass die Partei sich von

sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedete, so wie es etwas später auch die rot-grüne Regierung unter Schröder tat. Die Krise traf Großbritannien hart. Im öffentlichen Bereich wurde massiv gekürzt, worunter vor allem die Armen litten.

Gegen die Kürzungen formierte sich Protest. Viele AktivistInnen, die später Corbyn unterstützten, kamen aus dieser Bewegung. So sieht es auch Alex Nunns, der Corbyns Aufstieg in seinem Buch „The Candidate“ im Detail nachzeichnet. Er macht drei Gruppen aus, die gemeinsam die Corbyn-Bewegung bildeten: Zum einen bisherige Mitglieder, die sich seit Jahren eine andere, soziale Politik wünschten. Zum anderen die Gewerkschaften, die wieder mehr Einfluss in der Partei gewinnen wollten und in Corbyn eine Möglichkeit dazu sahen. Und zuletzt neue UnterstützerInnen. Für sie hatte Corbyn die Botschaft, dass Ungleichheit und Armut nicht selbstverständlich



sind, sondern sich die Verhältnisse verändern lassen. Teils traten ehemalige Labour-Mitglieder wieder ein, die die Partei unter Blair enttäuscht verlassen hatten. Dazu kamen „junge Leute, die zum ersten Mal etwas mit Politik zu tun hatten, StudentInnen, KünstlerInnen, RebellInnen gegen das Establishment, Online-PetitionistInnen“ (Nunns 2018:13, übers.d.Verf.). Gemeinsam krepeln sie nun die Partei und deren Politik um - durch Kampagnen und indem sie mit tausenden Menschen in Kontakt treten, ob durch Haustürgespräche, Aktivitäten in Nachbarschaften oder die sozialen Medien. Unverzichtbar ist dabei die Plattform Momentum.

Die Graswurzel-Plattform

Wenige Wochen, nachdem Corbyn die Wahl zum Vorsitzenden gewonnen hatte, gründete eine Handvoll Leute um den Aktivisten Jon Lansman Momentum. Deren Ziel ist es, die Labour Party und die Gesellschaft von unten zu verändern. Mittlerweile hat die Plattform 40.000 Mitglieder, die überall im Land aktiv sind. „Unser Vorschlag ist einfach“, heißt es auf der Homepage: „Wenn mehr von uns zusammenkommen, können wir unsere Fähigkeiten und Energie dazu nutzen, jede Herausforderung direkt anzugehen. Mit unserer kollektiven Kraft, unseren Kampagnen, Netzwerken und Technologien können wir die Gesellschaft zum Besseren verändern“ (übers. d. Verf.). Das bedeutet einerseits die Unterstützung von Wahlkämpfen und

andererseits, sich vor Ort zu organisieren und gemeinsam Projekte zu starten. Im Zentrum steht, Probleme in kaputtgesparten Städten politisch anzugehen. In Stockport haben AktivistInnen zum Beispiel eine Kampagne mitorganisiert, um den Zugverkehr wieder in die öffentliche Hand zurückzugeben und die Ticketpreise erschwinglich zu machen. In Manchester haben Mitglieder Streiks von BusfahrerInnen unterstützt. Momentum ist auch in den sozialen Medien präsent und nutzt technische Mittel, um mehr Leute zu organisieren. Im Wahlkampf 2017 hat die Plattform eine große Rolle dabei gespielt, Menschen zu erreichen.

For the many, not the few

Ein Grund für Corbyns Erfolg war, dass er seit Jahrzehnten glaubwürdig für seine Positionen einsteht. Auch wenn er einige Zugeständnisse gemacht hat, sind die Grundsätze klar: Er will die Reichen stärker besteuern und mehr Geld in sozialen Wohnungsbau, Gesundheit und öffentlichen Nahverkehr investieren, wichtige Bereiche verstaatlichen, die Studiengebühren abschaffen, keine Kriegseinsätze. Anstatt eine imaginäre „Mitte“ anzusprechen, positioniert sich Labour klar links. Das spiegelte sich auch im Wahlprogramm „For the many, not the few“ wider. Damit hatte die Partei bei den Wahlen 2017 Erfolg – ganz besonders unter jungen WählerInnen, von denen fast zwei Drittel Labour wählten. Wie Richard Seymour in seinem

Buch zu Corbyn schreibt, ließ dieser sich außerdem nie auf die kritische Haltung zu Zuwanderung und den „nachtragenden Nationalismus“ ein, der Tories und Labour längst durchdrungen hatte. „Das zeigt, dass Corbyn mehr als nur das Establishment herausfordern will. Er will gegen verbreitete Vorurteile angehen und gewinnen“ (Seymour 2017:8, übers. d. Verf.).

Mindestens genauso wichtig wie die Forderungen war aber, dass Corbyn nie den Eindruck erweckte, er müsse nur gewählt werden und könne das Programm dann einfach umsetzen. Ihm und seinem Umfeld war immer klar, dass das nicht ausreichen würde. Wie es Bhaskar Sunkara, Herausgeber des Jacobin-Magazins ausdrückt: „Das Bemerkenswerte am Corbynismus ist nicht, dass er in neoliberalen Zeiten für einen gewöhnlichen Sozialstaatskapitalismus eintritt, sondern dass sich seine ProtagonistInnen den Grenzen von Reformen im Kapitalismus bewusst sind. Sie bringen Ideen ins Spiel, die den demokratischen Spielraum erweitern und Eigentum und Kontrolle des Kapitals herausfordern anstatt nur dessen Reichtum“ (Jacobin Magazine 8.6.2017, übers. d. Verf.).

Den Wandel organisieren

In der Partei treffen nun sehr verschiedene Auffassungen darüber aufeinander, wie Politik gemacht werden sollte. Zum Beispiel zwischen den neuen Parteimitgliedern und jenen, die schon lange dabei sind. Doch nicht nur die Mitgliedschaft, sondern auch der Parteiparat verändert sich. So gibt es nun eine Abteilung für Kampagnen vor Ort. Diese organisiert und unterstützt Konflikte in Kommunen oder Betrieben. Das ist eine zentrale Veränderung, denn ob Labour unter Corbyn weitere Wahlerfolge und vor allem gesellschaftliche Veränderungen gelingt, hängt auch davon ab, ob sich die Partei lokal verankern und dort einen konkreten Unterschied machen kann.



Foto: Andy Miah - flickr (CC BY-NC 2.0)

Sarah Nagel arbeitet in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE im Bereich Strategie und Grundsatzfragen. Sie ist in der LINKEN Berlin-Neukölln aktiv.

Zeit für den nächsten Schritt

Margareta Steinrücke fordert die 30-Stunden-Woche für alle

Vor 100 Jahren wurde der Achtstundentag in Deutschland Gesetz. Neben Frauenwahlrecht und Betriebsräten war er eine der großen Errungenschaften der Novemberrevolution 1918. 100 Jahre später wollen die Unternehmer*innen diese Errungenschaft zerstören. Statt die gewachsene Produktivität in kürzere, den Bedürfnissen der Menschen angepasste Arbeitszeiten umzusetzen, wollen sie den Achtstundentag beseitigen unter dem Vorwand, Digitalisierung und Globalisierung würden das erfordern. Sie benutzen die Wünsche der Beschäftigten nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu, Arbeitszeiten völlig zu entgrenzen. Business Europe, die europäischen Unternehmensverbände, versuchen schon lange mithilfe der EU-Kommission die Europäische Arbeitszeitrichtlinie weiter aufzuweichen und von den ursprünglichen Zielen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes abzulösen.

Dagegen hat die IG Metall mit ihrem jüngsten Tarifergebnis einer 28-Stunden-Woche für alle (wenn auch begrenzt auf zwei Jahre und ohne Lohnausgleich) einen ersten Schritt in die andere Richtung getan: eine an den Wünschen der Menschen und an den gesellschaftlichen Möglichkeiten orientierte moderne Arbeitszeitpolitik. Mit ihrem Slogan „Arbeitszeiten, die zum Leben passen“ hat sie aufgegriffen, was zwei Drittel der von ihr befragten 680.000 Beschäftigten geantwortet hatten: Sie würden gerne 35 Stunden oder weniger arbeiten. Die Streiks haben gezeigt, dass die Beschäftigten wirklich bereit sind, für kürzere Arbeitszeiten zu kämpfen.

Mit ihrem Wunsch nach einer „Kurzen Vollzeit“ zwischen 25 und 35 Wochenstunden stehen sie nicht allein: Die jüngste Arbeitszeitumfrage in der EU hat ergeben, dass die Beschäftigten Europas am liebsten im Schnitt 31 Stunden pro Woche arbeiten würden. Auch in Deutschland haben wir seit einiger Zeit

schon eine wirkliche Bewegung hin zur 30-Stunden-Woche: immer mehr Menschen machen es einfach, allerdings nur individuell und meist ohne Lohn- und Personalausgleich. Dies gilt es aufzugreifen und in eine kollektive und organisierte Bewegung für eine „Kurze Vollzeit“ für alle umzusetzen. Das würde eine neue Normalarbeitszeit um die 30 Stunden pro Woche bedeuten, mit vollem Lohn- und Personalausgleich für alle, nicht nur für Eltern oder Pflegende.

Der Standard-Einwand, wir hätten inzwischen Fachkräftemangel und müssten Arbeitszeiten deshalb eher verlängern, ist leicht zu entkräften. Zum einen gibt es mit allen aus der Statistik wegdefinierten Erwerbslosen und allen unfreiwillig in Teilzeit und in Minijobs Beschäftigten (Unterbeschäftigung) ca. 7 Millionen Arbeitsuchende. Die vorsichtigste Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung zu den Auswirkungen von Digitalisierung und Arbeit 4.0 geht von einem Arbeitsplatzabbau von etwa 4 Millionen in Deutschland aus. Ab 2018 kommen tausende Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt, die ihre Sprach- und Integrationskurse abgeschlossen haben.

Der Vorschlag für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, den Bernd Riexinger und Lia Becker unter dem Titel „For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle!“ vorgelegt haben, liegt voll im Trend. Sie schlagen als vierte Säule (neben existenzsicherndem Mindestlohn, unbefristeter Beschäftigung und Stressverhinderung) eine „Kurze Vollzeit“ vor. Die Umsetzung einer solchen „Kurzen Vollzeit“ muss an die jeweiligen Arbeitsbedingungen angepasst werden. Bei Schichtarbeitenden und Menschen mit Kinderbetreuungs- und Pflegeverpflichtungen als Sechsstundentag, bei Menschen mit Projektarbeit als längere Auszeit nach Projekten, bei Menschen mit langen Anfahrtswegen als Viertagewoche.

Aber das Interesse an kürzeren Arbeitszeiten haben alle Gruppen gemeinsam: die Jungen, die Frauen, die Erwerbslosen; die Männer und die Hochqualifizierten; die Älteren, um gesund die Rente zu erreichen. Und letztlich wir alle, um die enormen Kosten von Krankheit aufgrund von Arbeitslosigkeit und überlangen Arbeitszeiten zu reduzieren und von allen ausreichend Steuern und Sozialversicherungsbeiträge einnehmen zu können, um unseren Planeten zu erhalten, indem wir weniger umweltzerstörende Dinge und Schadstoffe produzieren und Zeit für einen ökologischen, Lebensstil gewinnen. Attac hat das Thema einer solidarischen Umverteilung von Arbeit zum Bestandteil sozialökologischer Transformation gemacht – so können auch unmittelbar Betroffene (z.B. im Braunkohlebergbau) für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft gewonnen werden.

Um eine im Interesse aller gelegene „Kurze Vollzeit“ zu erreichen und den Abbau der existierenden Schutzregelungen durch den gesetzlichen Achtstundentag zu verhindern, brauchen wir ein breites Bündnis aller Organisationen und Initiativen, die sich für ein Leben und Arbeiten in Würde und im Einklang mit der Natur einsetzen: allen voran die Gewerkschaften, aber auch Frauen-, Umwelt- und Sozialverbände, NGOs, die Kirchen, Menschen aus Wissenschaft, Politik, Arbeitsschutz und Gesundheitswesen – in Deutschland und in Europa!

Margareta Steinrücke arbeitet in der Arbeitszeitforschung und ist Referentin für Arbeitszeit-, Frauen- und Geschlechterpolitik an der Arbeitnehmerkammer Bremen.

Von Schweden lernen, heißt: für den **6-Stunden-Tag** kämpfen

Anstöße für eine neue Arbeitszeitinitiative kommen auch aus Schweden, und so sprachen wir mit **Ana Süssner Rubin** von Vänsterpartiet, der schwedischen Linkspartei

r&r: In eurer Kampagne zur nächsten Parlamentswahl wird die Forderung nach einem 6-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich eine zentrale Forderung sein. Wie ist es dazu gekommen?

Ana Süssner Rubin: Das Experiment begann in Göteborg. Dort gelang es, den 6-Stunden-Tag in einem kommunalen Seniorenpflegeheim durchzusetzen. Es sind zwar sehr wenige Beschäftigte, aber die Ausstrahlung geht weit über Schweden hinaus. Es gibt andere Beispiele in Schweden, zum Beispiel bei Toyota. Das Ergebnis: Die Beschäftigten sind weniger krank, zufriedener, die Produktivität ist gestiegen. Das zeigen auch diverse Studien. Das Ganze funktioniert jedoch nur mit vollem Lohnausgleich. Der 6-Stunden-Tag wird wie für die alte Vollzeit bezahlt. ArbeiterInnen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten, wie etwa Frauen in der Reinigungsbranche, wären sonst gezwungen, zwischen zwei existenziellen Interessen zu entscheiden.

In der Arbeitszeitdiskussion in Deutschland wird oft darauf hingewiesen, dass die Arbeitszeitwünsche sehr unterschiedlich sind. Ist der 6-Stunden-Tag wirklich für eine Mehrheit der SchwedInnen attraktiv?

Seit den 1970ern gibt es eine Mehrheit, die gerne 30 Stunden arbeiten würde. Aber in den letzten Jahren ist das Thema wichtiger geworden, durch veränderte Geschlechterverhältnisse und wegen des Stress in der Arbeitswelt. Die Chance war nie so groß, tatsächlich etwas zu bewegen. Daher sollten wir uns im Wahlkampf stark darauf konzentrieren. Wir wollen damit vor allem junge Menschen erreichen und diejenigen, die in schlecht bezahlten oder sehr anstrengenden Jobs arbeiten.

Muss Arbeitszeitverkürzung nicht in Streiks durchgesetzt werden?

Ja und nein. 2017 hat die Gewerkschaft der Krankenschwestern für 132.000 Beschäftigte die 32-Stun-

den-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt. Die Androhung eines Streiks hat dafür schon gereicht. Weil es mittlerweile so etwas wie einen neuen Konsens gibt, dass kürzere Arbeitszeiten besser für alle sind: für die Arbeitgeber, die Beschäftigten, die Familien und die PatientInnen. Dafür war ein langer Vorlauf von einigen Jahren notwendig, mit vielen Diskussionen in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft, auch über die Zustände im Gesundheitsbereich. Dort ist die Arbeit körperlich und psychisch sehr belastend.

Da in vielen Bereichen die Gewerkschaften jedoch nicht so stark organisiert sind wie im Öffentlichen Dienst, braucht es einen gesellschaftlichen „Kampf um die Köpfe“. Wir wollen eine gesetzliche Regelung für eine neue, kürzere „Normalarbeitszeit“ für alle durchsetzen. Es ist in Schweden möglich, die 30-Stunden-Woche als neue normale Arbeitszeit gesetzlich festzuschreiben - die alten Vollzeitverträge mit dem vorherigen Einkommen gelten dabei weiter. Es wird nicht sofort gelingen. Aber ich bin optimistisch, dass wir das in den nächsten zehn Jahren für alle durchsetzen können.

Ist die Arbeitszeitverkürzung für dich Ausdruck eines stärker feministisch geprägten Arbeitskampfes?

Ja, auf jeden Fall. Ich bin auch Gewerkschafterin und es sind besonders viele Frauen, die sich für die Perspektive des 6-Stunden-Tages engagieren. Schon heute arbeiten über eine Million Frauen in individuell geregelter Teilzeit 30 Stunden pro Woche oder weniger. Dies ist aber auch eine Sackgasse, da es dazu beiträgt, dass Frauen mehr Arbeit in der Familie und im Haushalt übernehmen und am Ende in Altersarmut leben. Der Kampf um den 6-Stunden-Tag ist feministische Gewerkschaftspolitik, auch wenn es von den Beschäftigten nicht unbedingt so bezeichnet wird.

Das Interview führte Lia Becker.



Es geht um die betriebliche Hausmacht

Rechte Gruppierungen versuchen versuchen neuerdings auch in den Betrieben Fuß zu fassen. Was man dagegen tun kann, beschreibt **Romin Khan**

Was tun gegen den Aufstieg der Rechten und den erstarkten Rassismus? Diese Frage stellt sich spätestens seit den letzten Betriebsratswahlen auch verstärkt für die Gewerkschaften, die in einigen (noch wenigen) Betrieben mit rechten Listen konfrontiert waren. Die Bedrohung ist somit nicht mehr nur auf der politischen Ebene durch die Ausstrahlungskraft der AfD auf die eigenen Mitglieder angesiedelt, vielmehr geht es jetzt um betriebliche Hausmacht. Die Debatten in den Gewerkschaften waren bisher eher von Grusel und Ratlosigkeit, als von einer kämpferischen Haltung erfüllt. Diese Passivität ist mit der Herausforderung, die auf der betrieblichen Ebene entsteht, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Was tun?

„Klare Kante gegen rechts“, „Mach meinen Kumpel nicht an!“ oder gleich die internationale Solidarität: Die gewerkschaftlichen Antworten auf Rassismus und rechte Haltungen sind bekannt. Doch treffen sie in diesen Tagen noch einen Nerv oder verhalten sie auf der Ebene des Appells, ohne wirksam zu werden? Ähnliches gilt für unsere Analysen über die unsozialen politischen Konzepte der AfD oder die Frage, wie soziale Entsicherung den Rechtsruck befördert. Vieles richtig, aber es fehlt die Bereitschaft in den Abgrund zu schauen, Rassismus nicht als Betriebsunfall, als falsches Bewusstsein abzutun, sondern die Wiederkehr völkisch-rassistischen Denkens als zentrale Herausforderung gewerkschaftlicher Politik anzugehen.

Die mediale und öffentliche Präsenz von Pegida, AfD und Co haben zu einer Verschiebung des Sagbaren beigetragen. Begriffe wie Umvolkung oder Überfremdung, eindeutig dem rhetorischen Arsenal des NS und NPD-Sprache entlehnt, verbreiten sich weit über dieses

Spektrum hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft. Das zentrale Bindeglied für die heterogene Gruppe der neuen Wutbürger ist dabei die Ablehnung des Islams, mit an Paranoia grenzenden Vorstellungen. So liegt die Zahl muslimischer Menschen in Deutschland bei etwa fünf Prozent und dürfte durch die Flüchtlingsbewegung 2015 nur geringfügig gestiegen sein. Dennoch gehen viele Menschen bei Umfragen von einem bis zu sechs Mal höheren Wert aus. Die Motive der Islamfeindschaft reichen dabei von rechten neorassistischen Einstellungen, in denen Kultur und Religion den Platz des Rasse-Begriffs einnehmen, über neoliberale Kosten-Nutzen-Analysen à la Sarrazin bis hin zu Positionen, die für Gewerkschaften und Linke anschlussfähig sind. Darin wird Muslimen unisono vorgeworfen, die Rechte von Frauen zu missachten und eigene religiöse Vorstellungen über die universelle Geltung der Menschenrechte zu stellen, als habe der arabische Frühling niemals stattgefunden.

Unsere Antwort auf diese Vorstöße lautet meist: „die (Muslime) sind doch gar nicht alle so“. Doch damit vollziehen wir die Spaltung zwischen „denen“ und „uns“ bereits mit. Das Narrativ, die Erzählung der Rechten von einer angestammten Bevölkerung und dem imaginären Kollektiv der Muslime ist gesetzt, und wir arbeiten uns daran ab. Gerade weil der Neorassismus sich dabei weniger gegen Einzelne richtet und er willkürlich definiert, wen er im Zweifelsfall als „verwertbar und gut integriert“ von seiner Ablehnung vorsorglich ausspart, reicht die solidarische Haltung, sich schützend an die Seite der betroffenen Menschen zu stellen, nicht aus.

Denn diese sind in ihrem Alltag mitunter stärker von institutioneller Diskriminierung und der Kultur des Verdachts und des Misstrauens betroffen, als von konkreten Anfein-

dungen. Gleichwohl nehmen rassistische Übergriffe im Zuge der sich verstärkenden Hetze gegen Minderheiten nachweislich zu.

Antirassistische Bildungsarbeit

Wir müssen in den Gewerkschaften stärker dazu beitragen, die Spaltung zwischen „uns“ und „denen“ zurückzudrängen, sprich die Erzeugung von „Fremden“, die dann mit bestimmten Eigenschaften belegt werden können. Dafür braucht es in der Bildungsarbeit ein historisches Verständnis des Rassismus, welches die Produktion des „Fremden“ im Arbeitsmarkt oder dem Staatsbürgerrecht vermittelt und die damit verknüpfte schlechtere soziale Lage nachvollziehbar macht.

Bedeutung gleicher Rechte

„Der gemeinsame Sozialstatus des abhängig Arbeitenden kann auch in Zukunft die Grundlage einer von wechselseitiger Anerkennung lebenden Alltagssolidarität bieten“, schreibt Hans-Jürgen Urban. Mit der Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Randgruppen wird diese untergraben. Die durchaus vorhandene Empörung darüber bietet Anknüpfungspunkte, das Prinzip gleicher Rechte als Stärkung der ganzen Klasse zu thematisieren. Wer stellt schon ernsthaft in Frage, dass auch KollegInnen ohne deutschen Pass das Recht haben, bei den Betriebsratswahlen mitzuwählen, wie es bis Anfang der siebziger Jahre noch unmöglich war. Und wem hilft es, wer profitiert davon, dass dies außerbetrieblicher Normalzustand ist? Bis heute bedeutet das exklusiv an die deutsche Staatsangehörigkeit gekoppelte Wahlrecht den faktischen Ausschluss einer wachsenden Zahl hier lebender und arbeitender Menschen. Denn von den zirka 10 Millionen Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen, verfügen nur etwa zwei Millionen EU-Angehörige über das

kommunale Wahlrecht, ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger sind von jeglichen Wahlen sowie Volksentscheiden ausgeschlossen. Dass diese Entrechtung in den Diskussionen über die Zustimmung zur AfD als angeblicher Arbeiterpartei kaum präsent ist, zeigt auf, wie schnell migrantische Lebensrealitäten übersehen werden. Letztendlich lässt sich der moderate Ton, den die rechten Gruppen in den Industriebetrieben anschlagen, auch genau darauf zurückführen: Die Anwesenheit von mit Wahlrechten ausgestatteten MigrantInnen sorgt dafür, dass die Rechten im Betrieb weniger offen rassistisch auftreten können. Es führt aber auch dazu, dass diese Listen auch von KollegInnen mit Migrationshintergrund gewählt werden.

Themen stärken, die die Debatte verschieben

Die Rechten setzen der Wahrnehmung einer allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und sozialer Unsicherheit einen politischen Ansatz entgegen, der auf einer Insider-Outsider-Logik, „wir gegen die anderen“ beruht,

wie es Dieter Sauer und andere in einer neuen Studie nachzeichnen. Dagegen fordern sie die „Gewerkschaften als Schutzmacht für alle Gruppen der Lohnabhängigen – Beschäftigte, Arbeitslose, Prekäre, MigrantInnen etc - zu stärken und damit ein ‚Gegengift‘ gegen das mit Ressentiments unterlegte Sicherheitsversprechen der Rechten“ zu schaffen. Es gäbe dabei viele Themen, die die Abgrenzung wieder symbolträchtig zwischen oben und unten verdeutlichen würden und gewerkschaftlich stärker aufgegriffen werden müssten. Doch vielfach sitzen Ressentiments so tief und werden aktuell über soziale Medien tausendfach reproduziert, dass es diesbezüglich auch klare Ansagen braucht. Betriebsvereinbarungen für respektvolles Verhalten und gegen Rassismus sind eine wirkungsvolle Ansage, dass rassistische Sprüche im Betrieb existenzbedrohende Folgen haben können.

Vielfalt ist mehr als nur eine Gegenerzählung

Die Streiks in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst haben in den

vergangenen Monaten eindrücklich gezeigt, dass die Fixierung auf eine weiße deutsche Facharbeiterschaft wie es auch in Teilen der Linken wieder en vogue ist, viel mit melancholischen Projektionen, aber wenig mit der Realität der heterogenen Klassenzusammensetzung zu tun hat. Wenn man sich die Strukturen in den Gewerkschaften anschaut, fällt auf, dass die Realität der Einwanderungsgesellschaft in der Mitgliedschaft schon lange angekommen ist, doch in den verantwortlichen Gremien und Führungspositionen noch kaum abgebildet wird. Es ist schon lange überfällig, dass sich dies ändert. Unsere Gegenerzählung der Solidarität zwischen verschiedenen lohnabhängigen Menschen muss sich sehr viel stärker auch personell abbilden, um den irrigen Gedanken ethnisch homogener Gruppen und Nationen das Wasser abzugraben. DIE LINKE ist mit ihrer starken Repräsentation von Abgeordneten mit Migrationsgeschichte ein positives Beispiel.

Romin Khan ist Referent für Migrationspolitik in der ver.di Bundesverwaltung

Björn Höcke von Opel-Protestkundgebung abgedrängt

Opel-Mitarbeiter demonstrieren in Eisenach

In Eisenach versammelten sich am Dienstag Beschäftigte, Mitglieder der Gewerkschaft und Politiker, um gegen die geplanten Sparmaßnahmen am Opelstandort in Thüringen zu protestieren.



In Eisenach versammelten sich am Dienstag Beschäftigte, Mitglieder der Gewerkschaft und Politiker, um



Bild 9 / 15

ZGT / 24.04.18 / ZGT

Höcke schubsen: Ende April 2018 jagten IG Metalller/innen die AfD von ihrer Demo für den Erhalt der Opel-Arbeitsplätze in Eisenach (Screenshot Thüringer Allgemeine).



Im Anschluss an die Debatte um Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ entspann sich innerhalb der LINKEN eine Debatte darüber, wie Abgehängte, Politikverdrossene und an die AfD verlorene Wähler (zurück-) gewonnen werden können. Häufig wird dabei eine Abkehr von Klassenpolitik bemängelt. Abgehängte würden sich kaum noch in einer LINKEN wiederfinden, die sich hauptsächlich mit Kämpfen gegen Rassismus und Sexismus beschäftige. In der Konsequenz wurde nach Wegen gesucht, wie der Begriff der Klasse auf die Höhe der Zeit gebracht werden kann: Klassenpolitik soll mit Kämpfen um Befreiung von Rassismus und Sexismus verbunden werden. In diesem Sinne lobte die Parteiführung eine Offensive des Zuhörens und Organisierens aus, in deren Zentrum Haustürgespräche und Organizing-Modellprojekte stehen. In einem dieser Modellprojekte in einer ehemaligen Sozialbausiedlung im Süden des Berliner Westbezirks Neukölln geht es um steigende Mieten und Verdrängung.

Klingelt man hier in der Gropiusstadt an den Türen, so hört man häufig: „Wird Zeit, dass ihr mal kommt!“ oder „Warum kommt ihr erst jetzt?“. Diese Reaktionen zeigen, dass es den Mieter*innen nicht nur darum geht, dass die Politik ihre Interessen vertritt, sondern dass sie vor Ort präsent ist. Womöglich steckt hinter der Politikverdrossenheit also auch die Erfahrung, sich nicht in einem ausreichendem Maße in die Politik einbringen zu können. Verweist Politikverdrossenheit also gar nicht so sehr auf ein Repräsentationsdefizit, sondern insgesamt auf eine Krise der repräsentativen Demokratie? Organizing knüpft an diese Analyse an: Gemeinsam mit von sozialer Ungerechtigkeit Betroffenen sollen Lösungsansätze entwickelt und

umgesetzt werden. Aufgabe der Organizer*innen ist es dabei, die Selbstorganisation anzuregen und sich dadurch schrittweise überflüssig zu machen. Anders als die in der LINKEN immer noch verbreitete Stellvertreterpolitik setzt Organizing auf Partizipation und Eigeninitiative.

In der Gropiusstadt funktioniert linke Stellvertreterpolitik schon lange nicht mehr. Hier an der Grenze zu Brandenburg liegt DIE LINKE bei ungefähr zehn Prozent, hat kaum Mitglieder und keine Verankerung. Die Zahl der Transferleistungsbezieher*innen

Ein weiterer Umstand macht den Stadtteil für Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme interessant. In den letzten Jahren sind immer mehr Familien mit Migrationshintergrund hinzugezogen. Drei von vier Kindern und Jugendlichen unter 18 haben einen Migrationshintergrund. Bei den Erwachsenen ist es jede*r zweite. Von ihnen hat jede*r fünfte keinen deutschen Pass. Angesichts dieser Sozialdaten und der Bevölkerungsentwicklung ist es nicht verwunderlich, dass NPD und AfD unter der alteingesessenen weißen Bevölkerung auf Stimmenfang geht. Überall

„Wird Zeit, dass i

Mit Organizing gegen Politikverdrossenheit
Tony Pohl zieht Zwischenbilanz eines Mod

unter den Bewohner*innen ist fast doppelt so hoch wie im Berliner Durchschnitt. Auch der Anteil an Erwerbslosen ist überdurchschnittlich hoch. Erschreckend ist jedoch, dass fast jede*r vierte Erwerbstätige auf aufstockende Leistungen zur Existenzsicherung angewiesen ist. Hinzu kommen steigende Mieten durch Anpassungen an den Mietspiegel nach Ablauf der Mietpreisbindung und umfangreiche energetische Modernisierungsmaßnahmen. Insbesondere im privatisierten Wohnungsbestand werden nach Abschluss der Bauarbeiten bis zu 180 EUR auf die Miete aufgeschlagen; für viele beinahe eine Verdopplung der Nettokaltmiete. Diese Zustände fördern Frust auf die Politik. Es ist kein Wunder, dass die Nichtwähler*innen in der Gropiusstadt heimlich die stärkste Kraft sind.

sieht man noch die Papierplakate der NPD von den letzten Wahlen. Besonders präsent ist jedoch die AfD, die gegen „Überfremdung“ hetzt und auf diese Weise die zugezogene Bevölkerung mit Migrationshintergrund zum Sündenbock einer Entwicklung macht, deren Verursacher in der Bundesregierung sitzen. Bei den letzten Wahlen erzielte die AfD hier bis zu 20 Prozent.

Grund genug für DIE LINKE, sich in die Gropiusstadt vorzuwagen. Wir starteten mit einem Mieten-Mapping auf einem zentral gelegenen Platz. Passant*innen wurden gebeten, Veränderungen ihrer Mietsituation auf einer Karte der Gropiusstadt zu dokumentieren. Auf diesem Weg erfuhrt die Projektgruppe von der geplanten Modernisierung in einem Mietshaus einer privaten Ge-



sellschaft mit 99 Mietparteien. Es folgten Haustürgespräche mit einer Einladung zu Kaffee und Kuchen, ein Workshop mit dem Stadtsoziologen Andrej Holm samt Mietrechtsberatung und gemeinsamem Ausfüllen von Härtefallanträgen. Während einer Sitzung des Bezirksparlaments überreichte eine Delegation der neu gegründeten Mieter*inneninitiative einen offenen Brief mit Forderungen an das Bezirksamt. Zeitungen und Lokalfernsehen interessierten sich für den Fall und berichteten. Inzwischen sind einige Erfolge vorzuweisen: Der Vermieter wurde in

Bezug auf die Asbestproblematik im Haus sensibilisiert. Nicht nur finden die Bauarbeiten im Unterschied zur Sanierung im Nachbarhaus bisher fachgerecht statt, offenbar wurde auch die für Abrissarbeiten von asbesthaltigen Bauteilen zuständige Fachfirma gewechselt. Offen ist jedoch nach wie vor der Ausgang des Kampfes um die Deckelung der Mietsteigerung.

Unabhängig vom Fortschritt in der Sache ist jedoch Bemerkenswertes innerhalb der Mieter*inneninitiative geschehen. Während auf den ersten

samen Engagements fallen rassistische Vorurteile nach und nach in sich zusammen.

Eine weitere Beobachtung: Zwei Drittel der Aktiven sind Frauen, unter den Kernaktiven sind fast ausschließlich Frauen. Die Gründe hierfür sind nicht restlos geklärt. Zum Teil liegt es schlicht daran, dass einige männliche Mieter Schicht arbeiten und daher nicht bei jedem Treffen dabei sein können. In der Konsequenz führt diese Konstellation jedoch dazu, dass ein Großteil der Aktivitäten von Frauen getragen wird, die dadurch die Gelegenheit bekommen, sich und ihre Fähigkeiten stärker in die Gruppe einzubringen. Männlich geprägtes Dominanzverhalten wird so marginalisiert.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Modellprojekt zeigen, dass durch Organizing Klassenpolitik und der Kampf gegen Rassismus und Sexismus verbunden werden können. Auf der Grundlage gemeinsamer Erfahrungen und gegenseitiger Anerkennung kann eine kollektive Identität geschaffen werden, die nicht auf nationaler Zugehörigkeit, sondern auf der Identifikation mit einem gemeinsamen Ziel – der Überwindung von konkreten Missständen und Ungerechtigkeit – beruht.

Tony Pohl ist aktiv im dargestellten Modellprojekt und Mitglied der LINKEN Neukölln.

„Ihr mal kommt!“

heit und den Aufstieg der AfD vorgehen?
Modellprojekte im Süden von Berlin-Neukölln



Treffen immer noch die Meinung vorherrschte, „man kann eh nichts tun“ ... „ich selber bin ja bereit, aber die Nachbarn haben kein Interesse“ ... „es hat alles keinen Sinn“, hört man solche Äußerungen heute nur noch selten. Offenbar macht das Modellprojekt nicht nur Mut, es schafft auch ein Gemeinschaftsgefühl. Durch regelmäßige Treffen sowie Klingel- und Unterschriftenaktionen wurde die allseits beklagte Anonymität im Haus durchbrochen. Dabei werden auch kulturelle Grenzen überwunden: So gibt es zwar nach wie vor Sprüche gegen „türkische“ Nachbarn, die „nicht richtig Deutsch sprechen“, übersehen wird dabei jedoch, dass sich in der Mieter*inneninitiative Menschen mit türkischem Hintergrund engagieren und die Zusammenarbeit reibungslos abläuft. Angesichts des gemein-

„Asyl für Obdachlose“? - Raum-Umverteilung jetzt!

Katalin Gennburg plädiert für eine linke Architektur- und Raumdebatte im 21. Jahrhundert

Es ist das „Asyl für Obdachlose“, welches Theodor W. Adorno im gleichnamigen Aphorismus als Geisteszustand und Lebenswirklichkeit im Nachkriegsdeutschland beschreibt. „Man kann überhaupt nicht mehr wohnen!“, klagt der Philosoph darin Architektur und Gesellschaft an. Eine Erkenntnis Adornos und der Moderne: Urheber- und Eigentümerschaft im gebauten Raum ist eben kein Nebenwiderspruch gesellschaftlicher Verhältnisse. Nein, Wohnen und Bauen ist politisch.

Hier werden Menschen sozialisiert und der sie umgebende Raum ist als Herrschaftsraum strukturiert. Wer wie wohnt und mit wem, ist bis heute Ausweis der eigenen Verhältnisse. Ob auf dem Land oder in der Stadt, Menschen stellen ihr Hab und Gut, ob Auto oder (Eigentums-)Wohnung in guter Lage, zur Schau. Wer sich die Miete nicht mehr leisten kann, bleibt meist zurück und die entsolidarisierte Gesellschaft nimmt keine Rücksicht auf Lebensumfelder und gewachsene Nachbarschaften. Erst die allgegenwärtige Wohnungskrise und Mietenexplosionen landauf, landab haben das Problem sichtbar gemacht und Öffentlichkeit erzeugt. Längst nicht mehr geht es

Dies ist kein Text über „urbane Phänomene“, der abgehängte Regionen vergessen machen will, er befasst sich mit Phänomenen in der kapitalistischen Gesellschaft, die uns im gebauten Raum gegenüberstehen. Dass die Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung vor allem in den Großstädten gelingt, liegt jedoch gerade daran, dass die Urbanisierungsgeschichte aus linker Perspektive keine Erfolgsgeschichte ist. Ja, die Debatte um linkes Großstadtmilieu hier und rechtes Landmilieu da ist auch deshalb oberflächlich, weil Urbanisierung schon Klassenkampf war als in Paris, Berlin und Chicago zentral gelegene Arbeiter*innenquartiere abgerissen und durch prächtige Magistralen, Weltausstellungen und Schlösser überbaut wurden. Der Marxist Henri Lefebvre hat in den 1970er Jahren das Recht auf die Stadt mit Blick auf die Arbeiter*innengeschichte formuliert und es als abstraktes Recht auf städtische Teilhabe wider die autoritäre Planungsgewalt erst formulieren können, weil die Moderne und die Post-Moderne heute genau dies hervorbringen: Klassenkampf im gebauten Raum und Machtverteilungskämpfe aller „Marktteilnehmenden“, und zwar überall.

den Großstädten, den „Metropolen“ und Orten des Kapitals, am stärksten sichtbar.

Seit jeher gilt: Stadtwachstum, Stadtbau und Widerstand sind Teil eines Ganzen - ohne Herrschaft, kein Widerstand. Ohne herrschaftssichernden Stadtbau und Neubau, keine Proteste.

Berlinschaut heute zurück auf bald ein Jahrzehnt Mieter*innenbewegung. Die Proteste jedoch haben sich verändert: von einstigen Häuserkämpfen und Hausbesetzungen („instandbesetzt!“), über Mietendemos und -proteste, sowie Volksbegehren zur Freihaltung des Tempelhofer Flugfeldes (ob des Misstrauens gegen den rot-schwarzen Immobilienfilz) und das sich daran anschließende und bis heute nicht zu einem Ende gekommene Mietenvolksbegehren in Berlin. Die Planungen für neue Stadtquartiere an den Rändern der Stadt sorgen für neuen Sprengstoff und sind doch nur alter (Planungs-)Wein in bzw. von alten SPD-Schläuchen, die noch der linken Neujustierung und Umsetzung des Versprechens „Wir geben euch die Stadt zurück!“ harren. Es sind jene Planungen, die an den Rändern der Stadt, nicht nur alte Stadt- und Dorfstrukturen umwälzen, sondern u.a. Wohn- und Lebensformen jener in Frage stellen, die ohnehin von Altersarmut und sozialer Ungerechtigkeit gebeutelt sind.

Die Mietenfrage als solche ist dem Grunde nach seit jeher eine Raum- und Umverteilungsfrage und nach dem guten alten Spruch Bertolt Brechts: „Wärst du nicht arm, wärst du nicht reich“ gestaltet sich die Raumverteilung in der bürgerlichen Gesellschaft genau so ungerecht wie eh und je.

Machen wir es konkret: Überall finden immer mehr junge Familien keine passende Wohnung für sich und den geplanten Familienzuwachs.

Die Verteilung des Stadtraums bzw. seine profitgetriebene Umverteilung politisiert und so organisieren sich inzwischen ganze Nachbarschaften gegen die Verdrängung von Gemüse- oder Kinderläden.

nur um die Großstädte, denn im Visier der Immobilienkonzerne sind auch kleine und Mittelstädte. Die Marktmacht von wenigen Riesen macht eben auch in Posemuckel, dass Mietpreisspiralen nach oben gezogen werden, wenn kein günstiger Wohnraum mehr verfügbar ist und der Mietspiegel kontinuierlich steigt.

Die Stadt als gebauter Raum ist Abbild gesellschaftlicher Machtverhältnisse, so die Perspektive marxistischer Stadtforschung. Die Annahme: Gesellschaftliche Machtverhältnisse, Klassen- und Kapitalverhältnisse widerspiegeln sich im gebauten Raum; mithin sind diese in

Oder: Immer mehr Menschen sind heute zu arm, um verdrängt zu werden, und das ausgestorbene geglaubte Phänomen der überbelegten Wohnungen, bekannt aus der Hochphase der Industrialisierung und seither auch als sozialpolitisches Thema mittels Wohnungsaufsichtsgesetzen und -ämtern politisch verwaltet und bearbeitet, verfestigt sich erneut.

Seit Jahren drehen sich die Kräne landauf und landab, doch immer weniger leistbare Wohnungen sind verfügbar. Das (!) ist Abbild jenes Raum-Umverteilungsprozesses von unten nach oben. Es ist dieses wichtige Detail, welches eine linke Wohnungspolitik wesentlich unterscheidet: DIE LINKE muss in ihrer sozialen Idee einer Umverteilungspolitik auch die Raumfrage mitdenken. Wenn einige Wenige viel zu viel Fläche besitzen und alle anderen keinen Platz mehr finden, dann braucht es eine Umverteilungspolitik, na klar!

Es ist deshalb nicht trivial anzuerkennen, dass auch Kleingartenschützer*innen und Nachverdichtungsgegner*innen ebenfalls Teil einer strategischen Raum-Umverteilungspolitik sein können, denn immer mehr Menschen stellen sich gegen Platzverschwendung

durch Spekulation und auf Kosten der Normal- und Geringverdienenden im Zeitalter des Klimawandels. Dass aber auf Kosten von Mensch und Natur Landraub betrieben wird und seit Jahren nahezu jede bebaute Grünfläche neuen Luxusbutzen weicht, interessiert inzwischen eben viele, Arbeiter*innen und Akademiker*innen gleichermaßen.

Eine verbindende Klassenperspektive im Bereich der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik lässt sich aus meiner Sicht deshalb vor allem über die Gesamtheit des gebauten Raums, mithin die sich in Summe im Raum materialisierenden Gesellschaftszustände (Auch Shoppingmalls? Auch Parkhäuser!) herstellen. Ja, eine neue Städtebaudebatte braucht es. Neu müsste daran sein, dass zunächst einmal das Scheitern früherer Stadtbau- und Gesellschaftsutopien überdacht werden müsste, denn die autogerechte Stadt als Leitbild der Moderne passt mitnichten zur sozial-ökologischen Transformationspolitik bspw. der LINKEN. Vor allem aber müsste eine LINKE Städtebaudebatte mit verbindender Klassenperspektive den öffentlichen Raum neu denken und politisieren. „Die Stadt gehört euch!“ meint eben auch, die Stadt gehört

nicht den Baumärkten, Autobahnen, Kreuzfahrtschiffen, Kasernen, und so weiter! Die Verteilung des Stadtraums bzw. seine profitgetriebene Umverteilung politisiert und so organisieren sich inzwischen ganze Nachbarschaften gegen die Verdrängung von Gemüse- oder Kinderläden. Es ist doch völlig irreführend, wenn über fehlenden Wohnraum für Geflüchtete und Obdachlose gesprochen wird, während gleichzeitig etliche Räume leerstehen, untergenutzt sind und die öffentliche Hand auf diese Privaträume keinen Zugriff hat. Die Umverteilung von Raum ist eine zutiefst soziale Frage und damit lassen sich Wohnungspolitik und Stadtentwicklungspolitik völlig neu justieren, denn DIE LINKE muss für eine Raum-Umverteilungspolitik streiten, weil das Wohnen als Grundrecht nicht allein in Neubauzahlen und Kubikmetern vergossenem Beton realisiert werden kann und wir eine Strategie für menschenwürdiges Wohnen für alle brauchen.

Katalin Gennburg ist Mitglied im Parteivorstand der LINKEN und seit 2016 Sprecherin für Stadtentwicklung, Tourismus und Smart City im Berliner Abgeordnetenhaus.



Wie man aus der Bielefelder Wohnungsnot eine Tugend gemacht hat, berichten Kristina Rein und Malin Becker

Bezahlbares Wohnen als verbindendes Klasseninteresse



Als Gründe für ihr geringes Interesse an Politik nennen Jugendliche hauptsächlich das Gefühl, von Politikerinnen und Politikern „übersehen“ zu werden sowie die Unwissenheit über die Möglichkeiten einer politischen Mitbestimmung vor Ort. Trotzdem lässt sich ein deutlicher Anstieg ehrenamtlich Aktiver u.a. in den Bereichen Kindergarten, Schule, Kirche oder freiwillige Feuerwehr feststellen. Während sich das gesellschaftliche Engagement also in den letzten Jahren erhöhte, verringerte sich die Mitarbeit in den Parteien sogar im langfristigen Trend. Dabei ist es dringend notwendig, dass mehr Menschen aktiv an der

Politik mitwirken. Eines der wichtigsten Ziele der Partei DIE LINKE ist daher das Schaffen kommunalpolitischer Angebote, durch die die Einwohnerinnen und Einwohner selbst an konkreten Veränderungen vor Ort teilhaben. Idealerweise sollte somit eine linke Alternative als Katalysator zwischen dem bereits bestehenden Veränderungsdrang hin zu einem gemeinsamen (Klassen-)Interesse verstanden werden. Eine „verbindende Klassenpolitik“ also, die neben typischen gewerkschaftlichen Forderungen ebenso die direkte Lebensweise der Menschen miteinschließt und der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirkt.

Von Rassismus zur Klassenfrage

In der zunehmenden Empörung der Bevölkerung über geflüchtete Menschen, die auch noch unsere letzten Wohnungen wegnähmen, erkannte allen voran Bielefelds wetterfester und zeitlosester Straßenkämpfer, Günter Seib, eben diese Notwendigkeit zur Verbindung eines Allgemeininteresses mit Klassenpolitik. Wohnungsmangel ist kein Verschulden von Neuankömmlingen in unserem Land, sondern das Produkt jahrelang misslungener Politik. Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum konnte einerseits ein grundlegendes Bedürfnis der Be-

völkerung aufgreifen, andererseits öffnete sie die Wahrnehmung für einen nach wie vor bestehenden Klassenkampf. Dies ermöglichte die Verschiebung des Diskurses von rassistischen Äußerungen zur Frage nach der Diskrepanz zwischen stagnierenden Löhnen bei parallel steigenden Mieten. Eine Kampagne zur Wohnungsnot war also genau richtig.

Mit dem Einwohnerantrag für die eigene Stadt konkret werden

Keine leichte Aufgabe für den dafür geschaffenen Arbeitskreis. So musste nicht nur der lokale Diskurs in diesem Sinne geöffnet, sondern auch ein Bewusstsein für ein gemeinsames Interesse geschaffen werden. Aus diesem Grund erfolgte über ein halbes Jahr lang eine Analyse der Situation vor Ort. Dazu gehörte u.a. die Recherche und Auswertung von Presse- und Erfahrungsberichten, Gespräche mit Verwaltung und Bauamt, juristische Beratung sowie die Berechnung der Kosten für unsere konkrete Wohnraumforderung. Am Ende aller Abwägungen stand der Einwohnerantrag „Bezahlbares Wohnen für alle“ mit den Forderungen:

1. Die Stadt Bielefeld baut bis zum 31.12.2020 3.000 bezahlbare Wohnungen von durchschnittlich 65 m² Größe; zu Mieten bis zur Höhe des jeweils aktuellen KdU*-Satzes von (zurzeit) 5,29 €/m².
2. Die Stadt Bielefeld behält diese Wohnungen in städtischem Eigentum mit alleinigem Belegungsrecht.

Ein erfolgreicher Einwohnerantrag hat die Folge, dass sich die Mitglieder des Stadtrates mit den konkreten Forderungen beschäftigen und über diese abstimmen müssen. Im Gegensatz zum Bürgerbegehren verpflichtet der Einwohnerantrag den Stadtrat aber nicht zur Umsetzung. Das dafür notwendige Quorum von 8.000 Unterschriften versprach viel Arbeit, doch überzeugte das Konzept einer „Politik mit den Menschen“ anstelle einer „Politik für die Menschen“. Die Menschen selbst wurden ermutigt, sich politisch zu engagieren, indem sie ihr Recht auf Wohnraum einforderten. Ein Großteil der jüngeren Menschen, wie Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler unterschrieben die Forderungen ohne Zögern, denn

sie waren entweder selbst bereits monatelang auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum oder kannten Betroffene in ihrem Umfeld. So ließ sich insbesondere dieser Personenkreis aktiv in die Kampagne einbinden, ohne deren Mitwirkung die Aktion gescheitert wäre. Dabei war nichts so erfolgreich, wie den Menschen in ihrem alltäglichen Leben zu begegnen: auf Wochenmärkten, an Ausgabestellen von Sozialtickets, an der Universität, vor Einkaufszentren oder auf großen Events wie Straßen- und Kinderfesten, Theatervorführungen und der Kirmes. Das A und O dabei war die Koordination: das Erfassen aller Veranstaltungen, die Registrierung und Zählung ausgefüllter Unterschriftenlisten sowie die Organisation von Treffpunkten. Wie aber ließen sich die Parteimitglieder mobilisieren, die für die Aktion gebraucht wurden?

Mobilisierung der Mitglieder und unserer Unterstützer/innen durch direkte Ansprache

Hartnäckig hält sich der Mythos, Menschen reagieren auf Massenmails. Doch niemand kommt zu einer Sammelaktion bei schlechtem Wetter, wenn man eine nette E-Mail schreibt. Erfolgt hingegen eine persönliche Ansprache durch einen Anruf, kann erklärt werden, dass es auf jeden Einzelnen ankommt. So wird man nur in seltenen Fällen stehen gelassen. Das Ergebnis war die Beteiligung von einem Drittel aller Bielefelder Parteimitglieder. Diese Mühe zahlte sich aus: nicht nur in Form der über 11.000 gesammelten Unterschriften, sondern insbesondere durch die rege Zustimmung zur direkten Politikform mit umsetzbarem Inhalt. Ausschlaggebend für eine kommunale Kampagne ist nämlich, dass deren Auswirkungen direkt und unmittelbar sind. So wird es für die lokalen Politikerinnen und Politiker

schwieriger, ihre Verantwortlichkeiten zu verschleiern. Umso wichtiger ist die detaillierte Dokumentation, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss. Ausflüchte wie „die Presse druckt ja doch nichts von uns“ können erst erfolgen, wenn der Presse auch etwas zum Drucken vorlag. Ansonsten bleibt den Menschen auch nichts anderes übrig, als der Überzeugung, dass DIE LINKE nur aus Berufspolitikerinnen und -politikern besteht.

Solidarität und alltagsnahe Politik vorleben

Obwohl der Einwohnerantrag im Rat abgelehnt wurde, wurde der Wille der Einwohnerinnen und Einwohner für ihre Kommunalpolitikerinnen und -politiker sichtbar. Zehntausende Menschen wurden in Bielefeld auf ihre Wohnungssituation angesprochen.

Das Ziel war nicht, das Erreichen eines Quorums, sondern der Dialog mit jedem einzelnen Menschen. Dies zeigte sich im Weitersammeln nach Erreichen der 8.000 Unterschriften. Die Voraussetzung eines gültigen Einwohnerantrags wurde mit weiteren 3.000 Stimmen überboten. Die Erfahrung, etwas verändern zu können, erlebte jede einzelne Person, die einen fremden Menschen davon überzeugen konnte, sich mit seiner Unterschrift an der Aktion „Bezahlbares Wohnen für alle“ zu beteiligen. Ebenso wie diejenige Person, die sich zum Unterschreiben entschloss, obwohl sie selbst nie von Wohnungsnot betroffen war. Das ist politische Solidarität. Diese Menschen sind jene, die links verstehen und leben.

Malin Becker und Kristina Rein sind Mitglieder der LINKEN Bielefeld und aktiv an der Kampagne „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ beteiligt.



Versuche linkspopulistischer Klassenpolitik in der Praxis

Violetta Bock berichtet auf Grundlage ihrer Arbeit in einem abgehängten Kasseler Stadtteil von konkreten Erfahrungen linkspopulistischer Klassenpolitik

Um vorzugreifen: Es kursiert das Gerücht, linkspopulistische Politik sei vereinfachend und deshalb simpel zu machen. Das Gegenteil ist richtig. Populäre Politik, die sich an die Vielen wendet und linkspopulistisch zuspitzt, stellt hohe Anforderungen an die eigene Arbeitsweise und theoretische Durchdringung der Praxis. Die Debatten, die wir vor dem Hintergrund unserer eigenen Arbeit in den letzten Jahren darüber geführt haben, haben uns bereits jetzt geholfen, unsere eigene Praxis zu verbessern.

Sämtliche Ansätze, um die es hier gehen wird, wurden und werden von den Beteiligten als Experimente angesehen, aus denen wir lernen können. Der Grundgedanke, der uns leitet, lautet: Wir wenden uns in unserer alltäglichen Politik wieder vermehrt an die Unentschiedenen – nicht durch Propagieren der richtigen Standpunkte, sondern durch Organisation von Gegenwehr.

Was ist populärer Sozialismus?

Drei entscheidende Momente bestimmen im Moment unseren Ansatz:

a) *die Maxime Selbstorganisation zu fördern*: Nicht in dem Sinne, dass wir andere organisieren oder die Aktiven sich darauf beschränken, sich mit sich selbst zufrieden zu geben, sondern wir wollen eine Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse fördern, um eine stabile, wachsende Gegenmacht von unten aufzubauen.

b) *die bewusste politische Organisation und Organisation*

c) *die dafür notwendige Orientierung auf gemeinsame Ziele, Gegner, Feinde und Bündnispartner durch populistische Verdichtungen, die unsere Interessen antagonistisch zu der vorherrschenden Wirklichkeit abgrenzen.*

Aber was ist für uns Linkspopulismus? Ich gehe hier nur auf charakteristische Abgrenzungen ein, die mir in dem Zusammenhang mit populistischer bzw. populärer Organisation besonders bedeutsam erscheinen.

Rechter Populismus knüpft an Ängste an und schürt sie. Hoffnung liegt, wenn überhaupt, in der Wiederherstellung einer Vergangenheit, wie sie tatsächlich nie bestand. Das „Wir“ der Rechten ist immer schon da, es ist „gleich“ – aufgrund von angeblicher gleicher Abstammung oder gemeinsamer Kultur und definiert sich durch die Abgrenzung zu einem austauschbaren „Anderen“.

Linker Populismus knüpft an die Hoffnung auf unsere Zukunft an, an die Möglichkeit einer radikalen Alternative, im direkten Angriff auf die scheinbar unvermeidbare Formel TINA (there is no alternative). Das „Wir“ entsteht im Kampf gegen „die da oben“, und betrachtet den Wandel als Chance um zu gewinnen, Klasseninteressen durchzusetzen. Der rebellische Geist dieses Ansatzes ist einer des aufrechten Gangs. Unsere Vision linkspopulistischer Politik unterscheidet sich klar von sozialdemokratischen Politikvorstellungen, wie sie in der LINKEN zuweilen ebenfalls unter der Überschrift linkspopulistisch oder links + populär verhandelt werden. Wenn ich sage, dass sich der linke Populismus auf die Vielen bezieht, dann in der Perspektive eines postnationalen Volkes der Vielen, um ein Bündnis zwischen ArbeiterInnenklasse und Kleinbürgertum zu schaffen. Damit meinen wir alle Menschen, die hier leben, ob mit oder ohne deutschen Pass. Und unser Ziel ist nicht ein so-



zial gerechterer, durch einen unverteilenden Staat gut regulierter Kapitalismus, sondern eine sozialistische Demokratie.

Linker Populismus und transformatives Organizing drohen oft genug mit linker „Realpolitik“ in Konflikt zu geraten – dann, wenn eben auf „Vernunft“, „Pragmatismus“ etc. orientiert wird, statt alles, was wir tun (vom Kampf für einen besseren Nahverkehr, dem Streit für bessere Schulausstattung bis zum Foodsharing usw.) immer in den direkten Zusammenhang mit dem Kampf für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu stellen.

Organisierungserfahrungen

Welche Erfahrungen haben wir nun bei den Versuchen gesammelt, eine solche populäre und linkspopulistische Politik zu entwickeln?

Ein erster Schritt lag darin, sich sowohl von der linken Szenekultur frei zu machen, mit den vermeintlich großen und kleinen Mobilisierungen und der Politik des Propagierens des richtigen Standpunkts als Dreh- und Angelpunkt zu brechen. Das ging einher mit einer anderen Vorstellung von dem, was wir als „linke Zentren“ etablieren wollen: keine safe-space Politik für einzelne Interessengruppen und Bedürfnisse, sondern Raum, Erfahrung und Technik bieten für Widerstand und Lösungen für kollektive Alltagsfragen, und dies immer wieder verbindend mit der Grundhaltung: Wir müssen kämpfen, unsere Interessen durchsetzen, um einen Fortschritt zu erzielen.

Der Stadtteilladen, den wir in den letzten vier Jahren etablieren konnten, war für unsere Arbeit insgesamt eine große Errungenschaft und Basis – allerdings nur durch die Entscheidung, uns von vorneherein und verbindlich auf Jahre festzulegen, aufzubauen – im Wissen um das Auf und Ab einzelner Themenzweige und um das Kommen und Gehen der weniger Überzeugten.

Ein Segen war, dass wir hier auf die KollegInnen bauen konnten, die wir schon aus der gewerkschaftlichen Arbeit in verschiedenen Betrieben kannten und die eine gewisse Härte und strategische Sicht mitbrachten, die über absehbare Niederlagen hinwegzukommen half – und für die dieser Raum von Anfang an für ihre eigene Arbeit eine wachsende Bedeutung gewann.

Kaum überraschend: Die besten Organisierungen scheinen dort zu gelingen, wo sie bewusst als kleiner Baustein zum Kampf für etwas furchtbar Großes und unerreichbar scheinendes empfunden werden – denn diese Motivation verhindert falsche Kompromisse und ein Abkühlen der Gemüter, sie ist der innere Fusionsreaktor, um die tägliche Kleinarbeit mit ihren unzähligen Talsohlen durchzustehen.

Dabei ersetzt in diesen Projekten die wöchentliche Bildungsarbeit die politische Organisation. Das im Alltag Erlebte, Er kämpfte und Erfühlte wird hier reflektiert, es wird davon abstrahiert, es wird eingebettet und weiterentwickelt. Die Vermittlung von ganz praktischen Organizing-Werkzeugen im Wechsel mit Diskussion marxistischer Grundannahmen und Einordnung aktueller politischer Ereignisse ergibt für die Aktiven verschiedenster Abstufung einen tatsächlichen Mehrwert – eine Eigenschaft, so wird oft vergessen, die eine Grundlage für politische Organisation (über Überzeugungstäter hinaus) ist und sein soll!

Was sich also bewährt hat:

- Eine organisierende statt eine propagierende politische Arbeit zu leisten, bzw. die Propagierung auf konkrete und gleichzeitig grundsätzliche Ziele zu beschränken, Bsp.: Nahverkehr für alle – ausbauen, statt abbauen, günstiger statt teurer. Oder im Betrieb „Weniger Arbeit – mehr Geld!“
- Praktischen linken Populismus erlernen wir, wenn wir „uns“ gegen „die“ organisieren, vereinfachend auch im Sinne der Verankerung der eigenen Interessen, gegen die Ideen des „partnerschaftlichen“ Auflösen des Konflikts, gegen die Befriedung, für die Zuspitzung. Beispiele dafür fanden wir in den letzten Jahren sowohl in kommunalpolitischen Konflikten als auch betrieblichen Organisationsansätzen.

Das verbindende Element der praktischen Arbeit

Eine grundsätzliche Unterscheidung von betrieblichen Organisierungen und denen im Stadtteil besteht in der Möglichkeit der Breite des alltäglichen gelebten Bündnisses. So unterschiedlich zwar Arbeitsbereiche, Standorte, Lohngruppen etc. in einem Betrieb spaltend wirken: Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist die gemeinsame Grundlage für das Erlebte, die gemeinsame Erfahrungswelt überschaubar (An dieser Stelle wollen wir nicht verhehlen, dass ein genauere Blick auf die Zusammensetzung heutiger (Industrie-)Betriebe nötig erscheint. Denn die lenkenden, kontrollierenden, reglementierenden Bereiche und „Arbeitsplätze“ nehmen einen scheinbar wachsenden Anteil an – und die Beschäftigten dort verarbeiten diesen Grundwiderspruch durchaus anders. Ihre Aufgabe ist es, die Spaltung aufrechtzuerhalten, was eine rebellische Organisation erschwert.)

Im Stadtteil hingegen ist eine von der Fläche her klein erscheinende Welt eine, in der sich unzählige, grundsätzlich verschiedene Erfahrungswelten miteinander verschränken: von denen, die in der dritten Generation am unteren Limit leben, von einem Nebenjob zur nächsten „Weiterbildung“ getrieben werden, denen mit Aufstiegschancen und denen, die vom System abgeschrieben worden sind, bis zu jenen, die feste Anstellungen und möglicherweise sogar mehr haben als sie zum täglichen Leben brauchen, und schließlich denjenigen, die wild entschlossen sind „hier raus“ zu kommen.

Selbst in Wohnvorstädten lauert hinter einer Mauer ein kleiner Industriebetrieb und im türkischen Supermarkt ist ein hitziger Angestellter auf die Idee gekommen, einen Betriebsrat zu gründen – ausgerechnet diesen Chef wollten wir doch ansprechen, ob er nicht für die Stadt-

*Die besten Organisierungen scheinen dort zu gelingen, wo sie **bewusst als kleiner Baustein** zum Kampf für etwas furchtbar Großes und unerreichbar scheinendes empfunden werden.*

teilzeitung spenden würde, gehört er doch bekanntermaßen zur linken Szene – findet Betriebsräte im eigenen Laden aber überflüssig.

Aber genau diese scheinbare Unübersichtlichkeit und Widersprüchlichkeit erzwingt auf der einen Seite eine klare, alltägliche Orientierung auf eine akzentuierte Klassenpolitik, auf der anderen Seite liegt hier die große Chance, ein „Wir“ zu bilden, das, trotz aller Einschränkungen, größer ist als in jedem Betrieb und zur Durchsetzung politischer Ziele im Kleinen wie im Großen eine entscheidende Grundlage bildet.

Bei der Auswahl der Themen ist die Unterscheidung betrieblicher Organisationsanlässe mit denen im Stadtteil jeweils für sich trotzdem überschaubar. Geht es im Betrieb, wenn nicht gerade um die direkte Erfahrung von Schließung und Stellenabbau – so sind es meistens die Themen Arbeitszeit, Entgelt und Würde. Im Stadtteil geht es fast immer um Mobilität, Zugang zur städtischen Infrastruktur, steigenden Mieten und miesen Wohnungen und dennoch muss man sich davor hüten, zu denken man wüsste selbst was das Thema der Leute ist und es besteht gerade die Kunst darin durch Fragen die richtigen zu identifizieren.

Die Organisationsfrage im Wechsel- und Spannungsverhältnis zur Partei DIE LINKE

In diesen genannten Ansätzen halten wir die politische Unabhängigkeit der Projekte für ein hohes, erhaltenswertes Gut. So arbeiten GenossInnen aus zig verschiedenen linken Traditionen Seite an Seite mit unseren Nachbarn und lernen über die praktische Arbeit mit- und voneinander – und verändern dabei ihre Haltung zur Organisationsfrage. Das ist spannend, weil es nur als bewusster Prozess, in dem sich alle verändern, positiv zu lösen ist.

Linker Populismus kann organisierend sein, wenn er statt alleine auf Repräsentanz, Wahlen und Parlamente auf den effektiven **Aufbau von Gegenmacht** baut.

In jedem Fall und zu jeder Zeit ist neu auszuloten, wie das wünschenswerte und gewinnbringende Wechselverhältnis zur Partei DIE LINKE auf den verschiedensten Ebenen aussieht, die asynchron laufenden Rädchen vom Auf und Ab der Bewegungen und dem Ticken der Partei nach parlamentarischen und inneren Notwendigkeiten in eine produktive Verbindung zu setzen, ist eine Kunst, die wir erlernen müssen. Nach unserer Erfahrung ist die Partei bisher selten dazu in der Lage gewesen widerständige Initiativen zu initiieren und diesen ihre eigene Autonomie zu lassen.

Ein für alle befriedigendes Wechselverhältnis aufzubauen, bedeutet auch hier den offenen Umgang zu pflegen – auf der einen Seite die Möglichkeiten und Chancen, die eine gute Zusammenarbeit mit sich bringt, zu betonen, ohne dabei irgendwelche Illusionen in den „Sozialstaat“ und StellvertreterInnenpolitik zu befeuern, - die gerne verbunden werden mit Parteiarbeit und speziell parlamentarischer Arbeit auf allen Ebenen. Nur „wir“ können uns selbst befreien.

Das ist aber äußerst kompliziert zu vermitteln, in beide Richtungen. Zweifelsohne wären die meisten der kleinen Erfolge und Abwehrkämpfe nicht zu gewinnen, hätte DIE LINKE den gesellschaftlichen Einfluss nicht und ließen Initiativen keinen Schulterschluss zu.

Quantitativ schwankt der Anteil der fest eingebundenen Mitglieder der Partei in unserem Stadtteilladen zwischen 30 und 50 Prozent. Schon

dadurch, und weil DIE LINKE ein heterogener Verbund ist, bleibt die Parteienabhängigkeit immer Thema und die Verflechtung formiert sich mit jedem Schritt neu und anders. Längst nicht alle, die sich für eine linke Politik öffnen, werden gleichzeitig offener werden für die Politik der Partei. Und darf dann das Parteimaterial im Wahlkampf dort gelagert werden? Welche Plakate kommen ins Fenster? Wer fühlt sich wann auf den Schlipps getreten, – und was sollen nur die Nachbarn denken. Populismus und transformatives Organizing: zwei Elemente die sich gegenseitig bedingen und befruchten – könnten.

Organizing kann transformativ sein – wenn es das ist, dann ist es populistisch verdichtend. Es treibt die Widersprüche auf die Spitze und so zu einer Lösung, mit der Option auf mehr. Die Beschränkung dabei beruht immer auf dem Wechselverhältnis zwischen den Basis-Projekten und populistischen Großprojekten. Linker Populismus kann organisierend sein, wenn er statt alleine auf Repräsentanz, Wahlen und Parlamente auf den effektiven Aufbau von Gegenmacht baut.

Wir gehen momentan in unserer Diskussion davon aus, dass ein breiter, linker Populismus, der eben nicht nur Phrasendrescherei ist, auch zu verknüpfen ist mit einer linken Politik in unserem alltäglichen Lebensumfeld. Er muss darüber hinausgehen, weil er sich auch an die Vielen richten soll, die wir in unserer Organisationsarbeit nicht erreichen – er darf sich von dieser Arbeit aber nie ganz lösen. Dies bedarf einer bewussten Entscheidung linker und LINKER Akteure und Organisationen, weg vom Rechner und weniger Sitzungs-marathon - ab vor die Haustür und in die betrieblichen Konflikte unser Feuer tragen, Konflikte erkennen und zuspitzen, auf dass die Plattitüden der rechten Hetzer an der Wirklichkeit zerschellen.



Violetta Bock ist Stadtverordnete der Kasseler Linken und setzt Ansätze des Organizing in ihrer eigenen Nachbarschaft um.

Erklärung der **UNTERSTÜTZUNG**



Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname _____

Straße _____ PLZ und Ort _____

Landesverband _____ Kreis-/Bezirksverband _____

ggf. Parteifunktionen _____

aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen _____

Telefonnummern _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte abtrennen und schicken an: Sozialistische Linke, DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Mit **SPENDEN** die Arbeit aktiv unterstützen

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

Einzelspenden bitte an:

Partei Vorstand DIE LINKE
IBAN: DE96 1005 0000 0013 2257 31
BIC: BELA DEB XXX
LANDESBANK BERLIN - BERLINER SPARKASSE
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):
monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Kontoinhaber/in _____

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

13.-15. Juli 2018

„Das bunte Haus“ Bielefeld-Sennestadt

Sommer mit der
Sozialistischen
Linken
Akademie

Verbindende Klassenpolitik - LINKE stärken, aber wie?

Anmeldung und Teilnahme

Die 12. Sommerakademie wird veranstaltet von:
Soli-Verein, Postfach 201649, 42216 Wuppertal

Preise für die Teilnahme:

Einzelzimmer mit Vollpension:	65,- Euro/Nacht
Doppelzimmer mit Vollpension:	50,- Euro/Nacht
Mehrbettzimmer mit Vollpension:	40,- Euro/Nacht
Camping mit Vollpension:	30,- Euro/Nacht
Tagesgäste mit Vollpension:	25,- Euro

Ermäßigte Preise für ALG II BezieherInnen und andere gering Verdienende auf Anfrage. (An geringem Einkommen soll die Teilnahme nicht scheitern.) Sonderkonditionen gibt es auch für Kinder, eine Kinderbetreuung wird angeboten. Kinder unbedingt mit anmelden!

Anmeldung online: www.soli-verein.de
Kontakt für Rückfragen: sommerakademie@soli-verein.de

Spenden

Spenden zur Unterstützung der Teilnahme von mittellosen GenossInnen können auf das Konto des Soli e.V. überwiesen werden.

Bankverbindung: IBAN: DE 3633 0500 0000 0018 9167
BIC: WUPSDE33XXX
Sparkasse Wuppertal

Anreise

Die Sommerakademie findet wie in den letzten Jahren im

ver.di Bildungszentrum „Das Bunte Haus“,
Senner-Hellweg 461
33689 Bielefeld-Sennestadt,
Tel. 05205 9100 0

statt. Unter www.verdi-das-bunte-haus.de findet Ihr eine detaillierte Anreisebeschreibung für PKW- und Bahn-FahrerInnen. Wie im vergangenen Jahr richten wir einen Fahrdienst zwischen Bahnhof Sennestadt und dem „Bunten Haus“ ein.

Achtung! Wir verweisen für die Anreise ausdrücklich auf den kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr, über den Hauptbahnhof Bielefeld (Vorplatz überqueren) mit der Stadtbahn – Linie 1 Richtung Senne. Dort an der Endstation steht ein Bus der Linie 135 und bringt euch bis Bielefeld-Sennestadt zur Württemberger Allee. Von hier ist „Das Bunte Haus“ zu Fuß in ca. 15 Minuten zu erreichen. Ihr solltet aber bei dieser Anreise vom Bahnhof Bielefeld eine Stunde einplanen.

Zu folgende Anreisezeiten ist der Empfang besetzt:

Freitag von 12:30 bis 21:00 Uhr
Samstag von 10:00 bis 16:00 Uhr
Sonntag von 10:00 bis 14:00 Uhr

Das Programm der Sommerakademie

Freitag, 13. Juli 2018

Einführung und Grundlagen

Diskussion Klassenpolitik

Diskussion sonstige Themen

Praxis

16:30 bis
18:00 Uhr

Klasse und Klassenkampf

Sophie Dieckmann

Was ist „Exportismus“ und wie kann er überwunden werden?

Martin Höpner, Ralf Krämer

Die Erneuerung der Labour-Party

Sarah Nagel

AfD im Betrieb

John Lütten

Abendessen

19:30 bis
21:30 Uhr

Podium Wie weiter mit Linke und Sozialdemokratie? Mit Matthias Micus, Kristina Vogt

21:30 Uhr

Geselliges Beisammensein

Samstag, 14. Juli 2018

9:30 bis
11:00 Uhr

Die Arbeiter_innenklasse sichtbar machen. Feminismus und Klassenfrage
Rhonda Koch, Lia Becker

Moderne Klassenpolitik

Bernd Riexinger,
Ines Schwerdtner

Das rechtsautoritäre Projekt der herrschenden Klasse in Österreich
Benjamin Opratko

ÖPNV zum Nulltarif

Luigi Pantisano

Pause

11:30 bis
13:00 Uhr

Kapitalismus und Krisen heute

Ralf Krämer

Studie ISF: Rechtspopulismus in Gewerkschaften

Ursula Stöger

Europapolitische Kontroversen in der LINKEN

Heinz Bierbaum

Ohne Kampagnen keine Parteientwicklung? Das Fallbeispiel Pflege
Bernd Riexinger, Esther Braun

13:00 Uhr

Mittagessen

14:00 bis
15:30 Uhr

Kapitalismus und Ökologie

Hans Thie

#metoo: Neuere Entwicklungen bei Feminismus und Klassenfrage
Alexandra Wischnewski,
Micha Klapp

France Insoumise – Vorbild für die deutsche Linke?

Peter Wahl

Kämpfe um bezahlbares Wohnen

Malte Fiedler, Kristina Rein

Pause

16:00 bis
17:30 Uhr

Klasse und Milieu

Heinz Hillebrand

Perspektiven im Kampf um Arbeitszeitverkürzung

Margareta Steinrücke

Syrien und Imperialismus

Andrej Hunko

Linkes Organizing in abgehängten Vierteln

Violetta Bock, Tony Pohl

17:30 Uhr

Abendessen

19:30 Uhr

Podium Klassenzusammensetzung und Milieus; mit Alex Demirovic u.a.

21:30 Uhr

Open End

Sonntag, 15. Juli 2018

9:00 bis
10:30 Uhr

Rassismus und Klassenfrage

Pazhareh Heidari

Klassenkampf im Osten

Volker Hinck, Stefanie
Haberkern (angefragt)

Linke Mobilitätspolitik

Sabine Leidig

Wie können Kämpfe im Niedriglohnsektor unterstützt werden?
Zuhal Demir (angefragt),
Nils Böhlke

Pause

10:45 Uhr

Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken

12:15 Uhr

Mittagessen und Abreise

Sozialistische Linke

Die gewerkschaftlich orientierte Strömung

Organisiert euch!

www.sozialistische-linke.de

www.facebook.com/sozialistischeLinke